

# Das Parlament

Berlin, Montag 05. Oktober 2015

www.das-parlament.de

65. Jahrgang | Nr. 41-42 | Preis 1 € | A 5544

## KOPF DER WOCHE

### Ein Minister unter Stress

Thomas de Maizière Es sind stressige Wochen für den Bundesinnenminister. Angesichts dramatisch ansteigender Zahlen von Asylbewerbern ist der CDU-Politiker nun vor allem zum „Flüchtlingsminister“ geworden. Obwohl dafür zuständig, den Zustrom zu bremsen und zu kanalisieren, muss de Maizière immer neue Rekordzahlen melden; allein im September dürften 280.000 Flüchtlinge angekommen sein – mehr als 2014. Vergangene Woche hat das Bundeskabinett auf Druck des Ministers Verschärfungen im Asylrecht beschlossen. Aber de Maizière geht davon aus, dass das nicht reicht, den epochalen Massenzustrom nach Deutschland deutlich und längerfristig zu senken. Schon hat er einen Gesetzentwurf zu einem Asyl-Schnellverfahren an den Landesgrenzen vorgelegt, der in der Koalition zunächst auf Skepsis stieß. Im Haus de Maizière geht man aber davon aus, dass der Handlungsdruck bald so groß wird, auch dies umzusetzen. (Seite 4) *kru*

## ZAHLE DER WOCHE

1,7

Milliarden Euro hat Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) am Rande der UN-Vollversammlung in New York für die weltweite Flüchtlingshilfe gesammelt. Deutschland trägt dazu 100 Millionen Euro bei.

## ZITAT DER WOCHE

»Wir brauchen globale Solidarität.«

Ban Ki Moon, UN-Generalsekretär, auf einer Sondersitzung vergangene Woche in New York am Rande der UN-Vollversammlung zur weltweiten Flüchtlingskrise

## IN DIESER WOCHE

**INNENPOLITIK**  
Flüchtlinge Maßnahmen zur Bewältigung des Asylbewerberzustroms Seite 4

**WIRTSCHAFT UND FINANZEN**  
Deutsche Einheit Regierung unterrichtet Parlament über Fortschritte Seite 10

**KULTUR UND BILDUNG**  
Bericht Stand der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik Seite 11

**KEHRSEITE**  
Bundestag Porträt einer Stipendiatin aus Tunesien Seite 14

## MIT DER BEILAGE



Das Parlament  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
60268 Frankfurt am Main



# Sorgen mit vier Buchstaben

TTIP UND CETA Minister Gabriel verteidigt im Bundestag Freihandelsabkommen gegen Oppositionskritik

Soziale Standards, ökologische Standards, Regelungen für Verbraucherschutz oder Kulturförderung: Hierzulande und jenseits des Atlantiks sanken die Normen. Das ist die eine massive Kritik der Opposition an den geplanten Freihandelsabkommen der EU mit Kanada (CETA) und den USA (TTIP). Nicht akzeptieren will sie zudem, dass private Schiedsgerichte bei Klagen von Unternehmen gegen willkürliches Staatshandeln entscheiden sollen. Um beide Punkte kreiste denn auch der jüngste Abkommen-Schlagabtausch im Bundestag. Dessen aktuellen Anlass der Minister für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel (SPD), vor allem daran aufhängte: „Sie machen doch diese Debatte, weil Sie vorbereiten wollen auf die Demonstration“, meinte er in Richtung Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen – mit Blick auf die Großveranstaltung am 10. Oktober in Berlin, Motto: TTIP und CETA stoppen.

Genau da hakte Gabriel ein: Falsch sei es, nicht weiter verhandeln zu wollen, stattdessen „den Kopf in den Sand zu stecken und sich auf Demonstrationen wohlzufühlen“. Freihandelsabkommen neuer Art, die im Gegensatz zu früheren Verträgen überhaupt erst Standards enthielten, werde es auf jeden Fall geben. Frage sei nur: „Beeinflusst die EU die Standards oder China und Asien?“ Wo bei für Gabriel außer Frage steht, dass es bei den Standards, über die derzeit die „zwei größten Handelsräume der Welt“ verhandeln, nur „Stück für Stück nach oben“ gehen kann. Sonst werde der Bundestag gewiss seine Zustimmung verweigern. „Warum sind wir so wenig selbstbewusst?“, fragte Gabriel seine Parlamentskollegen.

Das Thema Schiedsgerichte ist für ihn ohnehin vom Tisch – halb jedenfalls. Er macht sich weiter für einen Internationalen Handelsgerichtshof stark: „Es wird keine privaten Schiedsgerichte mehr geben.“ Bei TTIP. Ob das nachträglich auch bei dem – weil schon ausgehandelt – CETA-Abkommen erreicht wird, könne er „nicht versprechen“. Was Deutschland aufgibt, wenn es sich auf die zwei Verträge einlässt? „Gar nichts“, beschied Gabriel. Damit spielte er den Ball an Anton Hofreiter (Bündnis 90/Die Grünen) zurück. Der Fraktionschef hatte genau diese Frage gestellt: Was die Befürworter der Abkommen an Standards aufzugeben bereit sind – „für ein äußerst vages Wachstumversprechen“? Die EU dränge die USA, die strengen Richtlinien für den Finanzmarkt zu senken, umgekehrt solle die EU die strengen Vorgaben etwa im Lebensmittelbereich abschwächen. Beide Seiten seien zudem für private Schiedsgerichte. Dabei sei klar, dass



Deutsche Autos in Emden bereit zur Verschiffung: Mit TTIP und CETA soll der Export nach Nordamerika erleichtert werden.

© picture-alliance/dpa/Collage: Stephan Roters

gerade die schon vorhandenen Schiedsgerichtsvereinbarungen reformiert werden müssten: „Man darf nicht allem Falschen neues Falsches hinzufügen.“ Hofreiter griff die Einschätzung der Kanzlerin auf, mit den Freihandelsabkommen sei eine Riesenchance verbunden. Prognostiziert werde ein Wachstum von gerade mal 0,05 Prozent. „Dafür geben Sie Standards auf?“, fragte er: „Das ist doch lächerlich.“

»Man darf nicht allem Falschen neues Falsches hinzufügen.«  
Anton Hofreiter (Grüne)

»Anti-Amerikanismus« Michael Fuchs (CDU) hielt den Grünen vor, sie verteuerten internationale Handelspolitik und prangerten Wettbewerb an. Indes: „Wir wollen Wettbewerb“, meinte Fuchs – und das sei „im Sinne der Verbraucher“. Er wies darauf hin, dass Deutschland bisher 134 Freihandelsabkommen abgeschlossen habe, über die EU weitere 20. In denen seien insgesamt Schiedsgerichtsverfahren vereinbart. Dass die Grünen erst jetzt die Thematik aufgriffen, liege an deren „Anti-Amerikanismus“. Fuchs stufte TTIP auch deshalb als „so wichtig“ ein, weil damit „globale

Standards gesetzt werden können“ – nämlich für 800 Millionen Menschen. Fuchs wandte sich gegen das „Märchen“ von den niedrigen US-Standards: „Das ist doch durch VW ziemlich widerlegt worden.“ Klaus Ernst (Die Linke) griff Fuchs' positive Beschreibung der deutschen Exportwirtschaft auf: „Das haben wir ohne TTIP und CETA hingekriegt, der Export funktioniert auch ohne“, stellte Ernst fest. Bei beiden Abkommen vermisse er eine „robuste ökologische und umweltpolitische Weichenstellung“. Auch in den USA bestünden „dieselben Ängste“ über die Senkung der Standards. Schiedsgerichte hätten längst zu einer „Klageindustrie“ geführt. Ihr eigentlicher Zweck, der Schutz von Firmen vor Staatswillkür, sei „selbst zum Geschäft geworden“.

Dirk Wiese (SPD) lobte die Aktivitäten der Nicht-Regierungs-Organisationen: Ohne sie wäre es nicht zu einer „so engagierten Debatte über globale Handelsstandards“ gekommen: „Das ist gut und richtig.“ Freilich müsse auch gelten: „Die Debatte braucht keine Feinbilder“, sondern „Pro- und Contra-Argumente“. Die Globalisierung brauche „Regeln, keine Denkverbote“, sagte Wiese. Ausdrücklich sprach er sich für einen Internationalen Handelsgerichtshof aus. Energisch wandte er sich gegen die Forderung, TTIP zu stoppen: „Wer nicht am Verhandlungstisch sitzt, redet nicht mit.“ Europa müsse „mit starker Stimme präsent sein“.

Ein ganzes Bündel von Drucksachen ist im Vorfeld der Bundestags-Debatte geschnürt worden. An die Ausschüsse überwiesen wurde ein aktueller Vorstoß (18/6197) der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Darin wird ein Neustart in der europäischen Handelspolitik gefordert. Grundvoraussetzung müsse eine „robuste Standardsetzung“ sein. Fünf ältere Oppositionsanträge lehnte der Bundestag ab – entsprechend einer Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (18/4969). Darin gehen die Fraktionen Die Linke (18/1093 und 18/4090) sowie Bündnis 90/Die Grünen (18/1457, 18/1964 und 18/2620) hart mit den beabsichtigten Freihandelsabkommen ins Gericht. *Franz Ludwig Averdunk*

## EDITORIAL

### Gemüse und Geflügel

VON JÖRG BIALLAS

Was die Salatgurke bei der Europäischen Union ist, ist das Chlorhühnchen beim geplanten Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA: Gemüse wie Geflügel dienen dazu, angebliche Zustände griffig zu erläutern. Tatsächlich taugen sie als Beiträge zur Analyse des Diskussionsstandes eher wenig. Und schon gar nicht wird dadurch die Qualität der Schwierigkeiten verlässlich erfasst. Weder ist der Zustand der EU also durch die lächerlich erscheinende Festlegung des Krümmungsgrades der Gurke ausreichend beschrieben. Noch ist die Befürchtung begründet, freier Handel verletze zwangsläufig geltende Standards, etwa bei der Sicherheit von Lebensmitteln. Das Kürzel TTIP für Transatlantic Trade and Investment Partnership erregt die Gemüter im Land auch in Kreisen, die sich sonst eher beiläufig für Wirtschaftspolitik interessieren. Das dürfen Politik und Verwaltung nicht gering schätzen. Offensichtlich ist es so, dass diese vier Buchstaben die Sorge verbreiten, nationale könnten internationalen Interessen geopfert werden. Abermals schleicht sich ein Gefühl von Ohnmacht ein; wieder sieht es so aus, als würden fundamentale europäische Leitlinien über die Köpfe nationaler Parlamente hinweg verhandelt. Demokratie geht anders. Gewiss: Eine einheitliche Handelspolitik für Europa wäre ein Instrument, das verlässliche Standards setzen und damit für Transparenz sorgen würde. Allerdings kommt es dabei auf Details an. Und genau an dieser Stelle war die Öffentlichkeit viel zu lange auf Vermutungen, Halbwahrheiten und vage Informationen angewiesen, um sich ein Bild zu machen. Nicht viel besser ging es den Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Sie mussten den Eindruck gewinnen, bei der inhaltlichen Auseinandersetzung unerwünscht zu sein. Das soll jetzt anders werden. Gut so. Noch erstrebenswerter wäre freilich eine grundsätzliche Klärung der Frage, wie nationale Parlamente am Zustandekommen völkerrechtlicher Verträge in einem frühen Stadium beteiligt werden können. Parlamentspräsident Norbert Lammert (CDU) hat das wiederholt angemahnt. Wer europäisch denkt, darf sich auch großen Wüsten, wie TTIP einer wäre, nicht von vornherein verschließen. Freilich muss der Abwägung Raum gegeben werden, damit sich Meinung entfalten kann. Dafür sind Regeln und Zeit unerlässlich. Nur so lässt sich der wahre Stellenwert ermesen, von Gemüse bis Geflügel.

## Von der Freihandelszone bis zum Schiedsgericht

GLOSSAR Wichtige Begriffe zur geplanten europäisch-amerikanischen Handelsvereinbarung

**Freihandelszone:** Eine Freihandelszone ist ein Gebiet, in dem die beteiligten Länder keine Zölle erheben oder den Handel mengenmäßig beschränken. Die grundlegende Idee dahinter ist, dass es durch den Abbau von Handelshemmnissen zu einer effizienteren internationalen Arbeitsteilung kommen soll. Jeder macht, was er am besten kann.

**Freihandelsabkommen:** Ein Freihandelsabkommen ist ein völkerrechtlicher Vertrag. Die Vertragspartner verzichten untereinander auf Handelshemmnisse, um sich enger miteinander zusammen zu schließen. Die wichtigsten multilateralen Abkommen finden sich heute unter dem Dach der Welthandelsorganisation WTO. Vorläufer der WTO war das General Agreement on Tariffs and Trade – GATT. Damit wurde nach dem Zweiten Weltkrieg versucht, Zölle weltweit deutlich abzubauen.

**Zollunion:** Zollunionen sind völkerrechtliche Verträge zur Gründung regionaler Freihandelszonen. 1957 wurde mit den „Römischen Verträgen“ die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft EWG gegründet, die



Proteste gegen TTIP vor dem Europaparlament

© picture-alliance/dpa

auf eine Zollunion zwischen den beteiligten Ländern abzielte und aus der die heutige EU mit einem wirtschaftlich integrierten Binnenmarkt entstanden ist.

**Handelshemmnisse:** Ein Handelshemmnis ist eine Maßnahme, die sich nachteilig auf den Austausch von Waren und Dienst-

leistungen auswirkt. Unterschieden wird dabei in tarifäre und nichttarifäre Handelshemmnisse. Tarifäre Hemmnisse sind Zölle, nicht-tarifäre Handelshemmnisse sind unter anderem technische Standards oder Vorschriften über die Sicherheit von Lebens- oder Arzneimitteln sowie über Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

BRAUCHEN WIR TTIP?

Daran hängt so viel

PRO



Martin Greive  
Die WeltN24

**K**aum ein Land profitiert so vom freien Handel wie Deutschland. Gleichzeitig gibt es nirgends so einen Widerstand gegen das EU-Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP). Einige Kritikpunkte der Gegner sind berechtigt. Ja, die Verhandlungen waren zu Beginn zu intransparent. Ja, Schiedsgerichte müssen reformiert werden, damit Konzerne sie nicht zu unlauteren Klagen gegen EU-Staaten nutzen können. Auf die Bedenken ist die EU größtenteils eingegangen. Doch die Debatte ist ideologisch so aufgeladen, dass viele weder diese Fortschritte noch die Vorteile des Abkommens sehen wollen. Wer glaubt, dank gut laufender Konjunktur auf TTIP verzichten zu können, irrt. Scheitert das Abkommen, schadet Deutschland damit dem Fundament seines Wohlstands: dem freien Warenverkehr rund um den Globus. Gerade Mittelständler würden von TTIP profitieren. So kann ein Spielzeughersteller heute wegen unterschiedlicher Lenkrad-Normen keine Tretroller in die USA exportieren. Das würde sich durch das Abkommen ändern. Noch größer ist seine politische Bedeutung. Die Welthandelsorganisation (WTO) ist blockiert. Die USA orientieren sich zum asiatisch-pazifischen Raum. Europa braucht die USA aber, will es die Regeln der Weltwirtschaft mitgestalten. Sicher, dafür wird die EU in den Verhandlungen Standards opfern müssen. Doch wenn dabei der Verbraucherschutz außen vor ist und Osteuropa moderne Schiedsverfahren bekommt, kann man auf ein paar alte Gewohnheiten verzichten. Und schließlich hat TTIP eine ganz neue Dimension: Es geht darum, ob die EU Wirtschaftsinteressen mit neuen Ansprüchen der Bürger wie stärkeren Mitspracherechten in Einklang bringen kann. Es wäre fatal, wenn Europa an dieser Aufgabe scheitert.

Das braucht niemand

CONTRA



Ulrike Herrmann  
»die tageszeitung«

**E**in Freihandelsabkommen zwischen den USA und Europa ist überflüssig – denn der Handel floriert bereits. Jeden Tag überqueren Waren im Wert von etwa 1,8 Milliarden Euro den Atlantik. Das ist kaum noch zu steigern. Selbst die EU-Kommission gibt zu, dass TTIP nicht zu Wachstum führt: Bis 2027 sei mit einem Plus von 0,5 Prozent zu rechnen – im gesamten Zeitraum. Pro Jahr wären dies nur 0,036 Prozent, was unterhalb der statistischen Nachweismarge liegt. Es ist leicht erklärbar, warum TTIP kaum Wachstum erzeugt: Die Zölle in den USA und Europa liegen schon sehr niedrig. Wie die WTO schätzt, betragen die Zölle in den USA durchschnittlich 3,5 Prozent, in der EU sind es etwa 5,2 Prozent. Da ist nicht mehr viel Luft nach unten. Der Nutzen von TTIP ist gering, die Gefahren sind umso größer. Besonders problematisch wären die privaten Schiedsgerichte, die internationalen Konzernen erlauben würden, gegen Staaten zu klagen, wann immer sie ihre „legitimen Erwartungen“ auf einen Profit geschmälert sehen. Die Firmen könnten gegen jede Bestimmung vorgehen, die sie stört – ob beim Verbraucher- und Umweltschutz, beim Mindestlohn oder Kündigungsschutz. Stets könnten sie Milliarden verlangen, um für „entgangene Gewinne“ entschädigt zu werden. TTIP ist kein Freihandelsabkommen – sondern ein Freifahrtschein für Konzerne. Denn es sieht auch eine „regulatorische Kooperation“ vor. Dieser sperrige Ausdruck meint, dass die Firmen sehr früh zu jedem Gesetz gehört werden müssen, das potentiell den transatlantischen Handel berührt. Wieder könnten die Konzerne Regelungen zum Umweltschutz oder Mindestlohn torpedieren. TTIP braucht niemand, nur die Lobbyisten.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

**Herr Ernst, Ihre Fraktion begnügt sich nicht mit Forderungen zum transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP, sondern Sie verlangen gleich einen Stopp der Verhandlungen. Warum so drastisch?**

Stopp heißt nicht keine Verhandlungen, sondern Neustart auf anderer Ebene. Nämlich fairen Handel zu organisieren, nicht Freihandel. Wir sind aus vier Gründen prinzipiell gegen diese Form der Verhandlungen. Der erste: Alles vollzieht sich hinter dem Rücken der Menschen, die Verhandlungen sind nach wie vor nicht transparent, auch nicht für die Abgeordneten. Der zweite Punkt: TTIP und auch das CETA-Abkommen mit Kanada beinhalten eine besondere Gerichtsbarkeit für Unternehmen. Selbst wenn jetzt der Vorschlag der SPD durchkäme, statt privater Schiedsgerichte einen internationalen Handelsgerichtshof einzurichten, wäre das ein Sondergericht für international tätige Unternehmen, nicht für den normalen Bürger. Drittens die Frage: Wer setzt die Regeln? Aus meiner Sicht müssen sie demokratisch gesetzt werden. Wenn man das über den regulatorischen Rat macht, sind die Parlamente und damit die Bürger draußen. Viertens haben wir große Befürchtungen, dass es zu einem Absinken der Standards kommt und nicht der jeweils beste Standard vereinbart wird.

**Bei erwähnten Schiedsgerichten wurde vor allem kritisiert, dass sie aus privaten Rechtsanwältinnen bestehen und es keine Berufungsinstanz gibt. Der Vorschlag, den die EU-Kommission jetzt durchsetzen will, sieht Berufsrichter vor und eine Berufungsinstanz. Warum sind Sie trotzdem noch dagegen?**

Weil sich ja weiter die Frage stellt: Warum muss zum Beispiel ein deutsches Unternehmen, wenn es Probleme mit dem Atomastieg hat, vor ein deutsches Gericht gehen, aber Vattenfall kann vor ein Schiedsgericht gehen oder einen internationalen Handelsgerichtshof? Wir brauchen solche Sondergerichte nicht, das ist übrigens ein Argument des Bundeswirtschaftsministers von vor einem Jahr. Wir haben einen Rechtsstaat in den USA, wir haben Rechtsstaaten in der Europäischen Union, sonst wären sie gar nicht drin, wir haben einen Rechtsstaat in Kanada. Zwischen diesen Ländern ist daher weder ein Schiedsgericht noch ein internationaler Handelsgerichtshof notwendig.

**Nun hat ja allein Deutschland schon über hundert Freihandelsabkommen abgeschlossen, in denen Schiedsgerichtsverfahren vorgesehen sind, ohne dass sich bisher jemand groß aufregt hat. Was ist dann jetzt so alarmierend?**

Damals ging es darum, dass ein Industrieland Investitionen in einem politisch relativ instabilen Land ermöglichen wollte. Da galt es, einem Investor die Sicherheit zu geben, dass er zum Beispiel nicht enteignet wird. Jetzt ist der Charakter ein ganz anderer, es geht um Rechtsstaaten.

**Ein anderer Punkt, den Sie angesprochen haben, ist die Sorge, dass Verbraucherschutz- und Umweltstandards abgesenkt werden. Nun ist unbestritten, dass die USA in manchen Gebieten sogar strengere Standards haben als wir. Woher also diese Befürchtung?**

Weil wir wissen, dass bei den Verhandlungen, die die Europäische Union führt, schon Standards, die in Europa gelten, zur Debatte gestellt werden. Die Verhandler haben ja das Ziel, letztlich für die Hersteller in Europa und in Amerika die Kosten zu senken. Das würden sie aber nicht, wenn man überall den besseren Standard nimmt.

**Das Hauptargument der TTIP-Befürworter ist, dass wenn nicht Europa und die USA die Normen für den weltweiten Handel setzen, es andere tun, und dass dabei etwas Schlechteres herauskommt.**

»Standards werden gesenkt«

KLAUS ERNST Der Wirtschaftssprecher der Linksfraction kritisiert Geheimniskrämerei bei den Verhandlungen um Freihandel



© mdb-klaus-ernst.de/Katja Julia Fischer

Ich wundere mich über dieses Argument. Wenn die USA jetzt ein Handelsabkommen mit China machen, dann betrifft das die Chinesen und die Amerikaner. Ich habe noch niemanden gehört, der ernsthaft behauptet, dass deshalb der Handel zwischen Europa und Asien oder Europa und den USA weniger würde. Im Gegenteil: Wenn diese schlechteren Standards als unsere zum Beispiel im Verbraucherschutz vereinbaren, wird es für uns billiger, dorthin zu exportieren. Und wenn wir unsere Standards halten, dann müssen diese, wenn sie uns etwas lie-

fern wollen, diese Standards beachten. Das ist also ein vorgeschobenes Argument.

**Ein Punkt, bei dem sich deutsche und europäische Unternehmen Vorteile erhoffen, ist die öffentliche Auftragsvergabe, bei der sie jetzt in den USA kaum zum Zuge kommen. Ist das nichts, womit Sie sich anfreunden könnten?**

Nein, gerade das halte ich für groben Unfug. In Kanada und den USA ist das „Buy American“ teilweise sogar in der Verfassung der Bundesstaaten geregelt. Und warum sollte

zum Beispiel eine Gemeinde, die einen Auftrag zum Bau einer Schule vergibt, nicht erst einmal sehen, dass diejenigen das bauen, die in der Region leben und die Steuern aufbringen? Was wäre der Vorteil, wenn die ihren Job verlieren, weil irgendjemand, sagen wir im Schwarzwald, das billiger könnte? Wir erleben das Prinzip ja schon jetzt. Öffentliche Aufträge müssen europaweit ausgeschrieben werden. Mir haben Bauunternehmer gesagt, dass dann Leute aus Osteuropa kommen, teilweise über Werkverträge organisiert, die hier grottenschlecht bauen. Aber es geht nur noch nach dem Preis, und im Ergebnis verlieren die Leute hier ihren vernünftigen Job mit höheren Standards, und die schlechte Bauleistung bleibt übrig.

**Am Ende haben doch die Parlamente das letzte Wort, das Europaparlament wie auch die nationalen Parlamente in Europa und Amerika. Warum warten Sie nicht einfach ab? Vielleicht kommt ja etwas Besseres heraus, als Sie jetzt befürchten.**

Weil ich durch das ganze Vorgehen den Eindruck habe, dass die Bevölkerung bewusst herausgehalten werden soll, und dass auch die Parlamente bewusst herausgehalten werden. Vor dem Europäischen Gerichtshof wird auf Betreiben der EU-Kommission geklärt, ob das Handelsabkommen mit Singapur ein gemischtes Abkommen ist oder nicht, ob also die nationalen Parlamente mitreden dürfen oder nicht. Die Entscheidung wird Auswirkungen auf alle Abkommen haben. Vor diesem Hintergrund traue ich der EU-Kommission einfach nicht. Und wenn wir nicht einmal als Parlamente Einsicht in die TTIP-Dokumente erhalten, wenn wir immer noch keinen autorisierten Text und keine amtliche Übersetzung des längst ausgehandelten CETA-Abkommens haben, habe ich den Eindruck, dass wir hier sehr, sehr vorsichtig sein müssen.

**Aber obwohl Sie den Text noch nicht haben, fordern sie jetzt schon, das CETA-Abkommen abzulehnen.**

Ja, weil wir den Text auf englisch haben, auch wenn es noch nicht amtlich ist. In CETA sind die Schiedsgerichte vorgesehen. Würden wir das Abkommen jetzt akzeptieren, bräuchten wir eigentlich über TTIP gar nicht mehr zu reden. Denn 80 Prozent der amerikanischen Unternehmen, die in Europa agieren, sind auch in Kanada und könnten von dort auf die Schiedsgerichte zugreifen.

**Was sollte denn Ihres Erachtens an Stelle dieser Freihandelsabkommen stehen?**

Ich gebe ein Beispiel. Ich war im Sommer mit dem Ausschuss für Arbeit und Soziales in Bangladesch. Ich könnte Ihnen Fotos zeigen von Jungs und Mädchen, die mit neun, zehn Jahren in der Textilfabrik arbeiten. Wir brauchen Handelsabkommen, nach denen Waren, die mit Kinderarbeit, Lohn- oder Umweltdumping produziert wurden, nicht in Europa verkauft werden können, und umgekehrt. Das würde nicht dazu führen, dass dort nichts mehr produziert wird, sondern dass sich dort etwas ändert. Ein solches Abkommen wäre auch ein gleichberechtigtes, partnerschaftliches Handelsabkommen. Ich möchte einen fairen Handel.

Das Gespräch führte Peter Stützel. ||

Klaus Ernst gehört dem Bundestag seit 2005 an. Der 60-Jährige aus Bayern ist seit 2013 Vizevorsitzender und wirtschaftspolitischer Sprecher der Linksfraction.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Wirtschaftsexperte: Joachim Pfeiffer

**A**m Anfang seines politischen Lebens stand der Nato-Doppelbeschluss. Von einem „Erweckungserlebnis“ spricht Joachim Pfeiffer. Von den Jugendorganisationen trat nur die Junge Union dafür ein. Weshalb er 1982 Mitglied wurde, später bei der CDU. 13 Jahre ist er jetzt Bundestagsabgeordneter für den schwäbischen Wahlkreis Waiblingen. Seit anderthalb Jahren fungiert der 48-Jährige als wirtschafts- und energiepolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion. Sein aktuelles politisches Leben wird deshalb von CETA und TTIP bestimmt – den geplanten Freihandelsabkommen der EU mit Kanada und den USA. Für ihn schließt sich ein Kreis: „Damals haben Millionen gegen den Nato-Doppelbeschluss demonstriert.“ In des: „Ohne ihn würden wir zwei heute nicht hier im Reichstagsgebäude sitzen.“ Die Schar der TTIP-Kritiker ist auch enorm. Allerdings: „Ich habe in der Sache nichts, aber auch gar nichts gefunden, worin ich ein Gefahrenpotenzial erkennen könnte.“ Nachteile schon gar nicht: „Im Gegenteil, wir haben ein größeres Interesse am Zustandekommen als die Amerikaner – gerade wir Deutschen, die wir die größten Profiteure des Freihandels sind.“ Zu seinem politischen Dasein gehört auch Stuttgart 21: „Knapp die Hälfte meines Lebens habe ich mich damit beschäftigt.“ Und Erfahrungen dabei gemacht, die sich bei den TTIP-Turbulenzen wiederholen: „Viele Kritiker projizieren all ihre Ängste und Befürchtungen auf das eigentliche Thema.“ Seine Erfahrung: „Es gibt nichts, wofür TTIP nicht herhalten muss.“ Immer neue Wellen kämen, erinnert er erst einmal an die oft beschworenen Chlorhühnchen: „Das Thema

ist dann abgeebbt, als der Verbraucherschutz offiziell festgestellt hat, dass das gar nicht gefährlich ist.“ Gemüse und Salate aus Frankreich kämen ja schließlich „auch mit Chlor“. Hernach die Geheimhaltung – „als würden irgendwelche finsternen Mächte im Hinterzimmer verhandeln“, wie sich Pfeiffer mokiert. Dabei sagt er im Brustton der Überzeugung: „Es wurde noch nie ein Freihandelsabkommen so transparent verhandelt wie TTIP“ – und in seinen Bundestags-Jahren sei es schon um viele Freihandelsab-



**„Ich habe bei TTIP in der Sache nichts, aber auch gar nichts gefunden, worin ich ein Gefahrenpotenzial erkennen könnte.“**

kommen gegangen. „Aber wenn Sie Verhandlungsstände haben, werden Sie die ja nicht über die Medien kommunizieren.“ Von Gewerkschaftern mal auf die Geheimhaltung angesprochen, habe er schlicht eine Gegenfrage gestellt: „Wollen Sie bei Tarifverhandlungen Ihre Strategie vorher in der Zeitung veröffentlichen?“ Nächste Welle: die Parallelsitzung. „Wenn der Staat nachträglich Gesetze und damit eine Investitionsgrundlage verändert, ist das ein

hochsinnvolles Instrument“, sagt er und verweist auf einen aktuellen Fall: Die Münchner Stadtwerke klagten vor einem Washingtoner Schiedsgericht gegen Spanien, weil das Land im Nachhinein die Ökoförderung verändert habe. Schließlich: die Daseinsvorsorge – einen Zwang zu Privatisierung könne es geben, so die Sorge. Was Pfeiffer zurückweist. Wenn bisweilen Unmut über gegenwärtig Erlebtes laut wird, dann müsse er schon mal darauf hinweisen, dass TTIP ja noch gar nicht in Kraft ist.

Selbst interessierten Leuten erläutert er seine Einschätzung nicht immer erfolgreich. Erlebte Reaktion: „Sie wollen mich mit Fakten erschlagen, ich bin trotzdem dagegen.“ Freilich bleibt er dabei: „Viele Kritiker haben kein Interesse an der Sache“, stelle er auf seinen zahlreichen Reisen durch die Republik fest. Wie jüngst in Ulm, „TTIP stoppen“ hieß dort das Veranstaltungsmotto. Viel Frust habe sich entladen: „Aber da gab es nicht einen einzigen Punkt, der sich an der Sache orientiert hat.“

„Da wollte ich unbedingt hin“ – in den Wirtschaftsausschuss. Schon weil Pfeiffer bis zum Einzug in den Bundestag Leiter der Stuttgarter Wirtschafts- und Arbeitsförderung war. Wirtschaft und Arbeit: Das war nach der Wahl von 2002 zusammengekommen als Spiegelbild zum Ressort von Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD). Seit der letzten Bundestagswahl beschäftigt sich der Ausschuss mit Wirtschaft und Energie, entsprechend dem Ministeriumszuschnitt von Sigmar Gabriel (SPD). In Pfeiffers Berufslaufbahn sind auch fünf Jahre bei der Energieversorgung Schwaben aufgeführt.

Frank Ludw. Averdunk ||

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage  
Aus Politik und Zeitgeschichte  
ISSN 0479-611 x  
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion  
(außer Beilage)  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon (0 30) 227-3 05 15  
Telefax (0 30) 227-3 65 24  
Internet:  
http://www.das-parlament.de  
E-Mail:  
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur  
Jörg Biallas (jb)

Verantwortliche Redakteure  
Claudia Heine (che)  
Alexander Heinrich (ahe), stell. CvD  
Michael Klein (mik)  
Claus Peter Kosfeld (pk)  
Hans Krump (kru), CvD  
Hans-Jürgen Leersch (hle)  
Johanna Metz (joh)  
Helmut Stoltenberg (sto)  
Alexander Weinlein (aw)

Fotos  
Stephan Roters

Redaktionschluss  
2. Oktober 2015

Druck und Layout  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
Kurfürstenstraße 4–6  
64546 Mörfelden-Walldorf

Anzeigen-Vertriebsleitung  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Klaus Hofmann (verantw.)  
Frankenallee 71–81  
60327 Frankfurt am Main

Leserservice/Abonnement  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Vertriebsabteilung Das Parlament  
Frankenallee 71–81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 75 01-43 75  
Telefax (0 69) 75 01-42 53  
E-Mail: parlament@fs-medien.de

Anzeigenverkauf  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Karin Kortmann  
Frankenallee 71–81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 75 01-43 75  
Telefax (0 69) 75 01-45 02  
E-Mail: karin.kortmann@fs-medien.de

Anzeigenverwaltung, Disposition  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Anzeigenabteilung  
Frankenallee 71–81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 75 01-42 74  
Telefax (0 69) 75 01-45 02  
E-Mail: anzeigen@fs-medien.de

Abonnement  
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)  
Alle Preise inkl. 7% MwSt.  
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.  
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unvollständige Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Lebensmittelstandards und Handel sind zentrale Elemente von TTIP. Dagegen gibt es viele Proteste, auch im Europaparlament. (rechts)

© picture-alliance/landov/Westend61/dpa/Colledge: Stephan Roters

# Das Tor zur neuen Welt

**FREIHANDEL** Europa und die USA wollen durch das umfassende TTIP-Abkommen näher zusammenrücken

Es gibt wenige Themen, über die in der Öffentlichkeit so wenig bekannt ist und über die gleichzeitig so erbittert gestritten wird wie über TTIP. Das fängt bereits beim sperrigen Buchstabenkürzel an, das nur wenige Interessierte genau übersetzen können. „TTIP“ steht für die amerikanische Übersetzung der geplanten Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft („Transatlantic Trade and Investment Partnership“). Europa und die USA wollen dabei durch eine Freihandelszone wirtschaftlich näher zusammenrücken. Aber warum geht es dabei, wer profitiert von dem Abkommen, was ändert sich für Verbraucher und warum wird um das Abkommen so erbittert gestritten? Und vor allem: Warum brauchen wir überhaupt einen solchen Vertrag?

**Globalisierung** Die Idee hinter TTIP hat viel mit der Globalisierung der Weltwirtschaft zu tun. Deshalb verhandelt die EU mit den USA über einen engeren wirtschaftlichen Zusammenschluss. Mit 800 Millionen Verbrauchern würde der weltgrößte Wirtschaftsraum entstehen. Durch den Wegfall von Zöllen und anderen Handelshemmnissen soll es auf beiden Seiten des Atlantiks mehr Wachstum geben. Europa und die USA wollen sich dadurch vor allem gegen die boomenden Volkswirtschaften in Südostasien aber auch in den so genannten BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) behaupten. Denn der Anteil der alten Industriestaaten am Welthandel sinkt: Betrug der Anteil der US-Exporte an allen weltweit gehandelten Waren im Jahr 2003 noch 14,2 Prozent, so waren es 2012 nur noch 10,5 Prozent. Kamen 2003 noch 19,2 Prozent aller weltweit gehandelten Güter und Dienstleistungen aus der EU, waren es 2012 nur noch 15,4 Prozent.

Das soll sich mit TTIP ändern. Für Verbraucher beider Seiten, so lautet der Plan, würden nämlich in einer Freihandelszone viele Produkte billiger und das Sortiment abwechslungsreicher. Unternehmen könnten so billiger Waren exportieren, dadurch gingen die Preise für Produkte, die auf der anderen Seite des Nordatlantik produziert werden, nach unten und europäische Käufer könnten sich über neue amerikanische Waren freuen, die zu vergleichbaren Preisen verkauft werden wie in den USA und umgekehrt.

Vor allem durch den Wegfall von sogenannter „tarifärer Handelshemmnisse“ soll es schon bald mehr Wohlstand geben. Darunter versteht man in erster Linie Einfuhrzölle. So muss ein amerikanischer Kunde, der ein Auto oder einen Kleinlaster aus Europa kaufen will, 25 Prozent Zoll abführen, beim umgekehrten Geschäft berechnet die EU 22 Prozent an Einfuhrzoll. Nach Angaben des Verbands der Automobilindustrie (VDA) zahlen allein die deutschen Autobauer jährlich eine Milliarde Euro Zölle an die USA. Im Gegenzug erhebt die EU Spitzenzölle vor allem im Agrarhandel (bis zu 25 Prozent), die USA bei Textilien (42 Prozent), Bekleidung (32 Prozent) sowie Leder

und Schuhwerk (56 Prozent). Insgesamt sind die Zölle jedoch nicht das Hauptproblem. Den durchschnittlich 5,3 Prozent hohen Importzöllen, die von der EU auf Waren aus der USA erhoben werden, stehen durchschnittlich 3,5 Prozent Zölkosten in Amerika gegenüber.

Deshalb verhandeln seit Juli 2013 die Generaldirektion Handel der Europäischen Kommission mit US-Vertretern vom „Office of the United States Trade Representative (USTR)“. Die beiden Delegationen mit ihren rund 20 Arbeitsgruppen sind mehrheitlich mit Wirtschaftsfachleuten besetzt. Sie treffen sich in regelmäßigen Abständen zu Verhandlungsrunden in Brüssel oder Washington. An den eigentlichen Verhandlungen sind weder das EU-Parlament beteiligt noch Dachverbände von Verbraucherschutz- oder Umweltverbänden. Die Verhandlungen und seine Dokumente sind deshalb auch nicht öffentlich. Außer den Verhandlungsführern weiß deshalb niemand genau, was zurzeit alles verhandelt wird. Als Begründung dafür führt die Kommission an, die Verhandlungen könnten nicht erfolgreich sein, wenn die Beteiligten ihre Karten alle gleich offen auf den Tisch legen müssten. Zumindest die Europaparlamentarier sind damit nicht zufrieden. Aber auch im Bun-

destag regt sich zunehmend Widerstand. Die Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und den USA über ein Freihandelsabkommen (TTIP) sollten sofort gestoppt werden, verlangen etwa die Linken in einem Antrag. Darüber hinaus klagt die Linksfraktion den Einfluss von Unternehmensvertretern und Lobbyisten, denen durch ihre Verbindungen ermöglicht werde, „was demokratisch gewählten Parlamentariern und der Öffentlichkeit verwehrt ist: Einblick in relevante Dokumente, exklusiver Zugang zu den Delegationen und

**Mit 800 Millionen Verbrauchern würde der große Wirtschaftsraum entstehen.**

zeitnahe Information über den Verhandlungsstand“. Auch die Fraktion „Bündnis90/Die Grünen“ fordert die Bundesregierung auf, sich für ein „faires Abkommen“ einzusetzen. (siehe auch Seite 1) Denn das es nicht fair zugehen könnte, hat viel damit zu tun, dass es bei den meisten Verhandlungsrunden gar nicht um Handels- oder Zollfragen geht, sondern um so genannte

„nicht-tarifäre Handelshemmnisse“. Das bedeutet vor allem die Angleichung von industriellen und technischen Vorschriften und Sicherheitsstandards. Zum Beispiel sind die Sicherheitsanforderungen an Autos in den USA und der EU sehr unterschiedlich – egal ob es sich um Vorschriften über Crash-Tests handelt, oder um die Einhal-

tung von Grenzwerten für Emissionen. Und die unterschiedlichen Normen reichen bis hin zu unterschiedlichen Vorschriften für Stoßstangen oder Rückspiegel. Hier ließe sich für Autobauer und Zulieferer viel Geld sparen. Noch mehr Geld könnte eingespart werden, wenn man sich auf gänzlich neue Standards festlegt, beispielsweise bei der Elektromobilität. In den USA beträgt die Netzspannung 120 Volt, in der EU 220 bis 230 Volt. Es gibt also Unterschiede, die zu unterschiedlichen Zulassungsverfahren führen werden.

Doch der eigentliche Streit um TTIP lauert bei der gesetzlichen Angleichung von bestehenden Vorschriften diesseits und jenseits des Atlantiks. Und hier besonders bei Vorschriften im Umwelt- und Verbraucherrecht. Kritiker befürchten, dass eine Harmonisierung nach unten, also eine Angleichung auf dem jeweils niedrigeren Niveau, das Ergebnis sein werde. Umwelt- und Verbraucherschutzorganisationen in ganz Europa warnen deshalb davor, dass in der EU höhere Standards zu Tiererschutz, Klimaschutz und Datenschutz gelten als in den USA.

Die Bürger in Europa hätten deshalb viel zu verlieren, wenn die europäischen Standards an die amerikanischen Vorschriften angeglichen würden. Und daraus macht zum Beispiel der frühere US-Botschafter bei der EU, Stuart Eizenstat, der jetzt beim „Transatlantic Business Council“ tätig ist, keinen Hehl. Er sagt ganz deutlich: „Die Standards in Europa haben ein unbegründet hohes Niveau.“ Er nennt es „eine große Herausforderung“ die Standards so abzusinken, dass amerikanische Firmen uneingeschränkt Marktzugang erhalten. Eizenstat ist überzeugt: „Was für eine amerikanische Familie gutes Essen ist, kann nicht ungesund für eine europäische sein.“ Wird deshalb der Verkauf von Fleisch von hormon-behandelten Rindern oder von mit Chlor desinfiziertem Geflügel schon bald in der EU erlaubt sein? Oder der Verzehr von Fleisch von geklonten Tieren oder von solchen, die mit gentechnisch verändertem Futter gezüchtet worden? In Amerika ist dies alles erlaubt, in der EU nicht. Die USA sehen all dies als Handelshemmnisse und fordern, dass die EU ihre Standards „angleichen“ – also absenken soll. Und was ist mit dem auch in Deutschland hoch umstrittenen „Fracking“? In Amerika ist diese Methode zur Erdgasgewinnung erlaubt, in vielen Ländern Europas nicht, in Frankreich sogar ganz verboten. Für US-Konzerne wie Chevron oder ExxonMobil ist dies ein Problem: ExxonMobil hat beispielsweise bereits etliches Geld in Probebohrungen zwischen Rhein und Ruhr investiert und möchte hier gern fracken. Kritiker befürchten, dass Konzerne dies auf Grundlage von TTIP demnächst auch in Deutschland und der EU tun dürften. Oder dagegen klagen könnten. Denn TTIP ist nicht nur ein Freihandelsabkommen,

sondern – das „I“ im Namenskürzel verrät es – auch ein Investitionsschutzabkommen. Konzerne könnten so künftig gegen bestehende Umwelt- oder Sozialgesetze klagen, wenn sie ihr Geschäftsmodell bedroht sehen. Auch ganze Staaten könnten verklagt werden, wenn sich Unternehmen durch die Gesetzgebung diskriminiert fühlen und Schadenersatz fordern – vor eigens eingesetzten Schiedsgerichten. Die sollen aus drei Juristen bestehen, die nicht-öffentlich tagen und gegen deren Schiedssprüche es keinerlei Revision gäbe. Vergleichbare Schiedsgerichte gibt es bereits, zum Beispiel in der Nafta, der Freihandelszone zwischen Amerika und Kanada und in Kanada.

Vor einem vergleichbaren Schiedsgericht klagt übrigens der Energiekonzern Vattenfall gegen den Atomausstieg in Deutschland auf 4,7 Milliarden Euro Schadenersatz. Vattenfall klagt wegen der Stilllegung der schleswig-holsteinischen Atomkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel. Linksfraktionsvize Klaus Ernst warnt angesichts der hohen Kosten für juristischen Beistand vor schwer kalkulierbaren Risiken, sollte die Bundesregierung beispielsweise im geplanten Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA (TTIP) die umstrittenen Investorenschutzregeln mittragen. „Schiedsrichter von Schiedsgerichten fahren paradiesische Gehälter ein – auf Kosten der Steuerzahler“, sagt Ernst mit Blick auf den Streit mit Vattenfall. „Es ist ein Umding, dass die Bundesregierung trotz der Erfahrung mit Vattenfall weitere Investorenklagen riskiert, indem sie immer neue Investitionsschutzverträge zulässt.“ (siehe auch Seite 2)

Kritiker wie die grüne Europa-Abgeordnete Ska Keller oder das Bündnis Attac sehen durch die Schiedsgerichtsverfahren nichts Geringeres als die Demokratie bedroht. Durch solche Verfahren würde es möglich, dass ein ausländisches Unternehmen die Gesetzgebung eines souveränen Staates aushebelt. Dies sei eine verzerrte „Rechtsprechung“. Inzwischen hat die EU-Kommission eingelenkt. „Ein bereits bestehendes Gesetz kann nicht durch ein Handelsabkommen ‚ausgehöhlt‘ werden“, heißt es nun aus der Kommission. Denn auch aus der SPD mehren sich die Stimmen, die die Verhandlungen zwischen Europa und Amerika argwöhnisch beobachten. „Wir brauchen für ein solches Abkommen ein Mindestmaß an gesellschaftlicher Zustimmung in Deutschland“, sagt etwa SPD-Bundesjustizminister Heiko Maas. Aber nicht nur um Standards und Zölle geht es bei TTIP, sondern auch um Arbeits- und Menschenrech-

te. Beispielsweise haben die USA Abkommen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO nicht unterzeichnet. Dazu gehören die Verträge über das Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung.

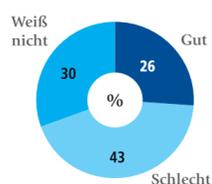
**Kulturelle Vielfalt** Auch das Abkommen zur Koalitionsfreiheit, also das Recht der Beschäftigten, sich frei zu organisieren, etwa in Gewerkschaften, haben die USA nicht ratifiziert. Deutsche Gewerkschafter befürchten deshalb durch TTIP Verschlechterungen bei der Vertretung von Arbeitnehmerinteressen, so dass es zu einer Aushöhlung gewerkschaftlicher Einflussmöglichkeiten in der EU kommen könnte. Aber das sind nicht die einzigen internationalen Verträge, die zwar von europäischen Staaten oder EU selber, aber nicht von den USA unterschrieben wurden. Beispielsweise sieht die Konvention zum Schutz der kulturellen Vielfalt, die die EU unterschrieben hat, vor, dass Nationalstaaten trotz internationaler Handelsabkommen eigenständige Kulturpolitiken betreiben dürfen und diese nicht als „nicht-tarifäres Handelshemmnis“ angesehen werden dürfen. In Deutschland gilt dies ganz besonders für die Buchpreisbindung oder die Filmförderung, die amerikanische Firmen gerne abgeschafft sähen. *Christoph Birnbaum*

Der Autor ist freier Wirtschaftsjournalist in Bonn.

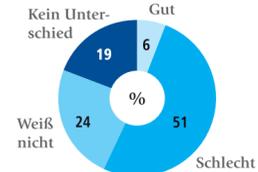
## Umstrittenes Abkommen

Das geplante Freihandelsabkommen TTIP zwischen der EU und den USA stößt auf Widerstand. Kritiker fürchten, dass unter anderem europäische Verbraucherstandards leiden könnten. Ergebnisse einer Umfrage in Deutschland zu TTIP in Prozent:

Denken Sie, dass TTIP gut oder schlecht für Ihr Land ist?



Sind Freihandelsabkommen mit anderen Ländern Ihrer Meinung nach gut oder schlecht für den Verbraucherschutz?



Wie genau verfolgen Sie die Verhandlungen zu TTIP?



Die Verhandlungen werden größtenteils abseits der Öffentlichkeit geführt. Sollten sie besser öffentlich stattfinden?



Quelle: YouGov Grafik: dpa+22474 (ediert) Stand: April 2015 rundungsbedingte Differenzen

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



125 Jahre Kürschner  
Politik Kommunikation seit 1890

Wir freuen uns auf Ihren Besuch:  
14.-18. Oktober 2015  
**FRANKFURTER BUCHMESSE**

Halle 3.1 – Stand G 30

Kürschners Politikkontakte  
E-Mail: [vertrieb@ndv.info](mailto:vertrieb@ndv.info)  
Datenbank: [www.kuerschner.info](http://www.kuerschner.info)  
Shop: [www.ndv.info/buchshop](http://www.ndv.info/buchshop)

Hauptstraße 74  
53619 Rheinbreitbach  
Telefon 02224 3232  
Telefax 02224 78639

Wie dramatisch Anlass und Hintergrund der ersten Bundestagsdebatte über das „Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz“ (18/6185) sind, machten in der vergangenen Woche gleich mehrere Redner deutlich: „Jeden Tag kommen zwischen 5.000 und 10.000 Flüchtlinge in unser Land“, rechnete etwa der CSU-Abgeordnete Stephan Mayer in der Debatte vor und konstatierte: „Wir hatten allein im September mehr Flüchtlinge in Deutschland zu verzeichnen als im gesamten letzten Jahr, und schon im gesamten letzten Jahr war es die vierthöchste Zahl der Flüchtlinge und Asylbewerber aller Zeiten.“ Oder der niedersächsische Innenminister Boris Pistorius (SPD): „Bis vor kurzem konnten wir uns die Ankunft von Menschen in der Größenordnung der letzten Wochen nicht einmal annähernd vorstellen“, sagte Pistorius, um dann festzustellen, man sei „an einem Punkt angelangt, an dem wir uns ehrlich sagen müssen: Es gibt Grenzen der Aufnahmegeschwindigkeit und der Aufnahmezahl“.

»Harte Entscheidungen« Der Gesetzentwurf ist Teil des von Bund und Ländern beim „Flüchtlingsgipfel“ im Kanzleramt am 24. September beschlossenen Maßnahmenpakets zur Bewältigung des Flüchtlingsstroms. Dieses Paket, sagte Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU), enthalte als zentrale Botschaften eine „zügige Ordnung und Beschleunigung der Asylverfahren“ sowie die Integration der schutzbedürftigen Flüchtlinge und der „Abbau von Fehlanreizen und konsequente Rückführung derjenigen, die kein Bleiberecht haben“. Ferner gehören dazu nach den Worten des Ministers der Abbau von Regelungen, die eine zügige winterfeste Unterbringung der Flüchtlinge erschweren, sowie Hilfen des Bundes für Länder und Kommunen.

Damit treffe man auch harte Entscheidungen, fügte der Minister hinzu. Dazu zählten die Verpflichtung der Flüchtlinge zur Unterbringung in Erstaufnahmeeinrichtungen, die Verringerung von Geldleistungen sowie die Streichung des Anspruchs auf Asylbewerberleistungen für vollziehbar Ausreisepflichtige, die nicht ausreisen. Der Beschleunigung der Asylverfahren, für die das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge de Maizière zufolge „nochmals deutlich mehr“ Personal und Mittel bekommt, soll auch die geplante Einstufung von Albanien, Kosovo und Montenegro als asylrechtlich sichere Herkunftsstaaten dienen. Darum hätten diese Länder selbst gebeten, sagte der Ressortchef. Dort lägen die Voraussetzungen für Asyl nur in wenigen Einzelfällen vor. Auch Bundesländer mit grüner Regierungsbeteiligung seien von diesem Schritt überzeugt worden. Dafür schaffe man legale Zuwanderungsmöglichkeiten aus den Balkan-Staaten. Dies sei ein fairer Kompromiss.

Mit dem Gesetzespaket bekenne man sich auch zur Aufnahme und Integration der Flüchtlinge, die schutzbedürftig seien und dauerhaft in Deutschland bleiben werden, sagte de Maizière weiter und betonte: „Das werden viele sein, sehr viele.“ Zugleich mahnte er, die Zuwanderer müssten auch die Rechts- und Werteordnung in Deutschland akzeptieren und einhalten. Ebenso gelte, dass jeder Zuwanderer das Recht habe, menschenwürdig und respektvoll behandelt zu werden. „Den rechtsextremen Pöbeleien und der stark gestiegenen Zahl von Straftaten bis hin zum Mordversuch treten wir politisch und mit aller Härte des Rechtsstaats entgegen“, unterstrich der Bundesinnenminister. Scharfe Kritik an dem Gesetzesvorhaben kam von der Linksfaktion. Deren Vorsit-

# Ringeln um Asyl

FLÜCHTLINGE Scharfe Oppositionskritik am Maßnahmenpaket der Regierung



Eine geflüchtete Mutter wartet mit ihrem Kind vergangene Woche in Berlin auf die Registrierung und Zuweisung eines Schlafplatzes.

© picture-alliance/dpa / Kay Nietfeld

zender Gregor Gysi beschienigte dem Paket, „Schritte in die richtige Richtung, allerdings auch Schritte in die falsche Richtung“ zu enthalten. Die Linken-Abgeordnete Ulla Jelpke sah als „positiven Aspekt“ des Pakets, dass „sich der Bund an der Finanzierung, die die Länder und Kommunen leisten, beteiligen“ werde (siehe unten links). Ansonsten sei der Gesetzentwurf aber ein „ganz gefährlicher Mix aus Gesetzesverschärfung, verfassungswidrigen Leistungseinschränkungen und Abschreckungsmaßnahmen“ und damit „genau das Gegenteil dessen, was wir gegenwärtig brauchen“. So sollten Flüchtlinge „bis zu

sechs Monate lang in Erstaufnahmelagern eingezwängt werden, einige sogar so lange, bis sie abgeschoben werden können“, obwohl dies zusätzliche Konflikte und auch zusätzliche Kosten verursache. In einem Antrag (18/6190) fordert die Fraktion die Bundesregierung auf, ihren „Gesetzentwurf zur Verschärfung des Aufenthalts- und Asylrechts nicht weiter zu verfolgen“.

»Schikane« Auch Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt kritisierte den verlängerten Verbleib der Flüchtlinge in den Erstaufnahmeeinrichtungen, in denen die Situation meist drückend und Konflikte

unvermeidlich seien. Der Koalition warf sie vor, sie wolle das Asylrecht an verschiedenen Stellen auf Kosten der Flüchtlinge schwächen. Die Ausgabe von Sachleistungen statt Bargeld an die Flüchtlinge nannte Göring-Eckardt wie Jelpke eine „Schikane“. Diese Regelung mache es auch den Helfern vor Ort schwerer, die „jetzt neben Betten aufstellen, neben Essensversorgung und neben Streitschlichtern auch noch Deo und Zigaretten verteilen“ sollten. Zu den „positiven Punkten“ des Gesetzesvorhabens zählte Göring-Eckardt, dass ein „Beschäftigungskorridor“ für Menschen vom West-Balkan geschaffen werden solle.

Dies öffne „die Tür für ein Einwanderungsgesetz, jedenfalls ein kleines Stück“. Aus dem „Einwanderungskorridor“, der nur ein „erster kleiner Schritt“ sei, müsse ein modernes Einwanderungsgesetz werden. Die Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion, Christine Lambrecht, begrüßte, dass nun für Flüchtlinge mit einer „guten Bleibeperspektive“ ein schneller Zugang zu Sprach- und Integrationskursen geschaffen werde. Auch sollten Flüchtlinge nach einem möglichst kurzen Verfahren vorhaben zählte Göring-Eckardt, dass ein „Beschäftigungskorridor“ für Menschen vom West-Balkan geschaffen werden solle. Dies öffne „die Tür für ein Einwanderungsgesetz, jedenfalls ein kleines Stück“. Aus dem „Einwanderungskorridor“, der nur ein „erster kleiner Schritt“ sei, müsse ein modernes Einwanderungsgesetz werden. Die Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion, Christine Lambrecht, begrüßte, dass nun für Flüchtlinge mit einer „guten Bleibeperspektive“ ein schneller Zugang zu Sprach- und Integrationskursen geschaffen werde. Auch sollten Flüchtlinge nach einem möglichst kurzen Verfahren vorhaben zählte Göring-Eckardt, dass ein „Beschäftigungskorridor“ für Menschen vom West-Balkan geschaffen werden solle.

man auch Maßnahmen ergreifen, „die schwerfallen“. Dazu gehörten die vorgesehene Einstufung von sicheren Herkunftsländern und die konsequente Rückführung von Menschen ohne Bleiberecht. Notwendig sei, die Balance zu halten zwischen der humanitären Verpflichtung, Menschen aus Not eine Perspektive zu bieten, und der „klaren Ansage“, dass Menschen ohne Bleiberecht hier nicht bleiben können.

Unions-Fraktionsvize Thomas Strobl (CDU) nannte die Neuregelungen die „bedeutendste Reform des deutschen Asylrechts seit den 1990er Jahren“. Richtungsweisend sei, dass künftig eine Reihe von Einschränkungen mit dem Status sicherer Herkunftsländer verbunden würden. Flüchtlinge aus diesen Staaten blieben künftig in den Erstaufnahmeeinrichtungen, in denen es kein Bargeld geben solle und aus denen sie nach dem Asylverfahren direkt in ihr Heimatland zurückgeführt würden. Dies sei ein Signal an Flüchtlinge vom West-Balkan, dass ein Asylantrag für sie keinen Sinn mache und es für sie andere Möglichkeiten gebe, nach Deutschland zu kommen. Weil man den Schutzbedürftigen heute und in Zukunft helfen wolle, müsse man hunderrtausende ablehnen, die nicht schutzbedürftig sind. „Nicht aus Härterzigkeit, sondern aus der Einsicht in die Grenzen unserer Möglichkeiten“.

»Weiter gehende Maßnahmen« Auch der CSU-Abgeordnete Stephan Mayer sprach von der „umfassendsten Reform“ des deutschen Asylrechts seit dem Asylkompromiss in den 1990er Jahren. Zugleich kündigte er schon die nächsten Initiativen an. Zwar werde nun ein sehr weitreichendes Gesetzgebungsverfahren auf den Weg gebracht, doch werde man „sehr schnell über weiter gehende Maßnahmen zu diskutieren und sie dann auch zu verabschieden“ haben, betonte der innenpolitische Sprecher der Unions-Fraktion.

Zurückhaltender äußerte sich an diesem Donnerstag de Maizière zu diesem Aspekt. Das bisherige deutsche Asylsystem sei „nicht auf einen solchen Andrang an Menschen ausgelegt“, nun habe man die Organisation und das Recht „auf die aktuelle Lage eingestellt“, sagte er und fügte hinzu: „Ob das reicht, wird man sehen.“ Bereits am Vortag war er bei der Befragung der Bundesregierung im Bundestag auf Vorstöße eingegangen, direkt an den Grenzen Asylverfahren durchzuführen. Dabei verwies er darauf, dass Deutschland die EU-Asylverfahrensrichtlinie umsetzen müsse, in der eine Ermächtigung aller EU-Staaten vorgesehen sei, ein solches „Landgrenzenverfahren“ einzuführen. Ein solches Verfahren habe man bereits an den Flughäfen und müsse diskutieren, ob man das in Deutschland auch an den Grenzen wolle. Dazu sei der Meinungsbildungsprozess in der Bundesregierung noch nicht abgeschlossen. In einem Rundfunkinterview hatte der Minister zuvor schon gesagt, dass man die Landverfahren an der Grenze vom Flughafenverfahren kenne: „Man kann schon jetzt jemand am Flughafen festhalten, prüfen, ob sein Asylantrag offensichtlich unbegründet ist und ihn zurück schicken. So etwas schwebt mir in Umsetzung dieser EU-Richtlinie auch vor“.

Jelpke warnte in der Debatte, wenn man „sogenannte Transitzentren an den Grenzen“ einrichte, werde man dort „Massenlager mit Hunderttausenden haben“. Der SPD-Abgeordnete Rüdiger Veit warf die Frage auf, wie bei einem solchen Verfahren die 3.621 Kilometer lange deutsche Landgrenze kontrolliert werden solle. „Wollen Sie da Zäune errichten“, die „im Ernstfall dann vielleicht auch noch durch die Bundeswehr oder wen auch immer“ gegen Flüchtlinge verteidigt werden müssten, sagte Veit und betonte, dies sei ein „völlig falscher Weg“. Helmut Stoltenberg

## »Strukturell, dauerhaft, dynamisch«

FINANZEN Bund will seine Mittel für die Flüchtlingshilfe massiv aufstocken

„Überragender Bedeutung“ kommt für Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) im vom Bundeskabinett beschlossenen Gesetzespaket zur Bewältigung der Flüchtlingskrise den finanziellen Hilfen des Bundes zu. Dazu lag dem Bundestag zu der Debatte um die Asylrechtsreform (siehe oben) auch ein Gesetzentwurf der Bundesregierung zur schnelleren Entlastung der Länder und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern (18/6172) vor. Danach sollen die Länder schon in diesem Jahr weitere 500 Millionen Euro, die bisher für 2016 eingeplant waren, zusätzlich für die Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern erhalten.

Kostenbeteiligung Für den Zeitraum ab 2016 hat der Bund zugesagt, sich „strukturell, dauerhaft und dynamisch“ an den gesamtstaatlichen Kosten zu beteiligen, die in Abhängigkeit von der Zahl der Aufnah-

me der Asylbewerber und Flüchtlinge entstehen, heißt es im Gesetzentwurf weiter. Die genauen Regelungen dafür sollen zwischen Bund und Länder bis zum Herbst gemeinsam festgelegt werden. Ebenfalls in erster Lesung befassten sich die Parlamentarier zugleich mit dem Regierungsentwurf eines Zweiten Nachtrags Haushaltsgesetzes (18/6090) vor. Danach sollen die Ausgaben des Bundes in diesem Jahr um 5,1 Milliarden Euro auf 306,7 Milliarden Euro erhöht werden. Die Ausgaben erhöhen dient vor allem der Finanzierung der Kosten für Aufgaben im Zusammenhang mit der steigenden Anzahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern. Nach dem Gesetzentwurf sollen die Länder und Kommunen im Jahr 2015 dafür insgesamt zwei Milliarden Euro erhalten. Bisher waren dafür eine Milliarde Euro vorgesehen.

Rücklage Weitere fünf Milliarden Euro sollen in eine Rücklage zur Finanzierung von Belastungen des Bundes fließen, die durch die strukturelle, dauerhafte und dynamische Beteiligung des Bundes an den Kosten der Länder und Kommunen und durch die Aufwendungen im Bundesbereich entstehen. Gespeist werden soll diese

Rücklage aus den in diesem Jahr zu erwartenden Überschüssen im Bundeshaushalt. Im Entwurf des Zweiten Nachtrags Haushaltsgesetzes für dieses Jahr ist zudem eine Zuwendung von 1,3 Milliarden Euro für den „Energie- und Klimafonds“ enthalten. Außerdem sollen in diesem Jahr nicht benötigte Zuweisungen an den Fonds in Höhe von 200 Millionen Euro in die Rücklage des Fonds fließen.

Pauschale Im Haushalt 2016 soll den Ländern 670 Euro pro Flüchtling und Monat zur Verfügung gestellt werden. Dabei wird davon ausgegangen, dass von der Registrierung bis zur Entscheidung fünf Monate vergehen und 800.000 Flüchtlinge und Asylbewerber in Deutschland sind. Insgesamt werden dies 2,68 Milliarden Euro für die Länder sein. Schließlich will der Bund ab 2016 unter anderem drei Jahre lang jeweils 500 Millionen Euro zusätzlich für den sozialen Wohnungsbau und für unbegleitete Minderjährige einmalig 500 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Diese Maßnahmen sind mit den Ländern fest vereinbart. Sie sind Teil der Haushaltsberatungen für den Etat des kommenden Jahres, die der Bundestag Ende November abschließen will. Michael Klein

## Über Wissen zur Integration

BILDUNG Junge Geflüchtete sollen schneller in Schulen und Berufsausbildungen kommen

Junge Geflüchtete sollen schneller in Bildung und Ausbildung kommen: Dieses Ziel wird von allen Fraktionen des Bundestages geteilt. Während man in der Großen Koalition aber der Ansicht ist, dafür schon viel getan zu haben, fordert die Opposition dringend Programme. Dies wurde in der Debatte am vergangenen Freitag über

zwei Anträge der Linken (18/6192) und Grünen (18/6198) deutlich, die beide an die Ausschüsse überwiesen wurden. Im Plenum betonte Bildungsministerin Johanna Wanka (CDU), momentan sei es die dringende Aufgabe, die vielen Flüchtlinge mit Unterkünften und Nahrung zu versorgen. Die „eigentliche Aufgabe“ werde es aber in naher Zukunft sein, sie zu integrieren. Dabei sei Bildung der effektivste Weg. Um schnell handeln zu können, habe ihr Haus nun 130 Millionen Euro „auf den Tisch“ gelegt – auch wenn klar sei, dass das Problem damit nicht gelöst und der Finanzbedarf künftig größer sei. Aber es sei eine wunderbare Idee, Geflüchteten mit einer Smartphone-App niedrigschwellige Angebote zum Deutschlernen zu machen und ihnen mit ehrenamtlichen Lernbegleitern die ersten Schritte in Deutschland zu erleichtern. Die gesetzlichen Regelungen, nach denen auch Geduldete eine Ausbildung aufnehmen und abschließen können, seien der richtige Weg. Das bekräftigten in der Debatte auch Karamba Diaby (SPD) und Cemile Giousouf (CDU). Beide betonten, insbesondere der Spracherwerb sei von großer Bedeutung. Während Karamba Überlegungen, die Schulpflicht für Asylbewerber aufzuheben,

eine klare Absage erteilt, betonte Giousouf, Deutschland sei schon lange ein Einwanderungsland. Deshalb gebe es auch viel Erfahrung bei der Integration: „Wir fangen nicht bei Null an.“ Kritik an der Koalition hagelte es dagegen von der Opposition. So sagte Beate Walter-Rosenheimer (Grüne), „abenteuerliche Vorschläge“ insbesondere aus der CSU vergifteten derzeit das gesellschaftliche Klima. Sie forderte die Koalition auf, nicht mehr in gute und schlechte Flüchtlinge zu unterscheiden, sondern schnell aktiv zu werden, um die jungen Menschen, die in diesem Jahr nach Deutschland kämen, schnell in Kitas, Schulen und Berufsausbildungen unterzubringen. Wenn Wanka glaube, dass 130 Millionen Euro dafür ausreichend seien, habe sie sich „richtig verrechnet“. Für die Linke beklagte Nicole Gohlke, die Regierung dürfe nicht „mit dem Finger“ auf die Länder und Kommunen zeigen, die bislang die Hauptlast bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise geschultert hätten. Auch wenn Wanka Maßnahmen für die Integration angestoßen habe, bedienten ihre Fraktionskollegen doch einen „dumphen Rassismus“. Ihre Faktion, sagte Gohlke, fordere ein Bund-Länder-Sofortprogramm für Sofortmaßnahmen. Susanne Kailitz



Eine syrische Asylbewerberin beim Deutschkurs

© picture-alliance/dpa / Stephan Sailer

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





# Wenn Brotpreise auf Unruhen hindeuten

**NSA-AUSSCHUSS** BND forschte im Anti-Terror-Kampf gezielt Flüchtlinge aus

© picture-alliance/Photoshot

Die erste Frage kam noch harmlos daher: „Haben Sie mal gesagt bekommen, dass Informationen, die Sie weitergegeben haben, Erfolg gebracht haben?“ Die nächste fiel schon schärfer aus: „Dass Personen aufgespürt, Ziele ausgeschaltet wurden, dass das Ihr Erfolg ist – ist Ihnen das mal begegnet?“ Und schließlich: „Dass vielleicht jemand gezielt getötet wurde?“ Fast fünf Stunden hatte die Zeugin K. schon auf ihrem Stuhl ausharren müssen, als die Fragenkaskade des Grünen-Abgeordneten Konstantin von Notz auf sie niederging. Nach jeder Frage den Blickkontakt zum Rechtsbeistand neben ihr suchend, mit endlos gedehnten Bedenkenpausen spärliche Antworten einleitend, hin und wieder um sich schauend, wo hinter ihr der Regierungsvertreter vom Kanzleramt mit Strenge und Akribie über die Grenzen des Untersuchungsauftrages und die Bedürfnisse des Geheimtut wachte. Dann die Frage, ob es mal Komplimente für ihre Arbeit gab. „Weiß ich nicht“, kam die Antwort. Niemals ein Erfolgserlebnis? „Ich erinnere mich an keinen Fall“, sagte Frau K. aus.

**Total erschöpft** Wie wichtig diese Zeugin dem 1. Untersuchungsausschuss zur NSA-Affäre war, ist schon daraus zu ersehen, dass sich die Abgeordneten vergangene Woche sechs Stunden lang mit ihr abmühten – bis sie erschöpft um Abbruch der Vernehmung bat. Die Juristin ist seit 1986 beim Bundesnachrichtendienst (BND) tätig. Sie leitete unter anderem die „Hauptstelle für das Befragungswesen“ (HBW), und zwar von 2008 bis zur Auflösung der

Stelle am 30. Juni 2014. Bis dahin war die HBW zuständig für die Ausforschung von Asylbewerbern, Flüchtlingen, in früheren Zeiten auch Spätaussiedlern, nach nachrichtendienstlich verwertbaren Informationen aus ihren Herkunftsländern. Eine Verbindungsperson im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge lieferte die Hinweise auf möglicherweise interessante Kandidaten. Diese wurden dann kontaktiert. Sie könnten einer deutschen Regierungsstelle – vom Geheimdienst war nie die Rede – mit Auskünften sehr behilflich sein, wurde ihnen bedeutet. Selbstverständlich seien sie völlig frei, zu kooperieren oder auch nicht, und es werde ihre Entscheidung keinerlei Auswirkung auf ihr Asylverfahren haben.

**Drohnenkrieg** Die HBW zählte zuletzt vier Außenstellen und etwa 100 Mitarbeiter, unter ihnen 50 Befragter. Überdies waren der Behörde bis zu zehn Amerikaner zugeteilt, Agenten der „Defence Intelligence Agency“ (DIA), des Militärgeschichtsdienstes der USA. Gemeinsam mit ihren BND-Kollegen forschten sie im Jahr schätzungsweise 300 Flüchtlinge aus. In Ausnahmefällen, wenn auf deutscher Seite das Personal knapp war, sei es vorgekommen, dass Amerikaner allein gefragt hätten, berichtete die Zeugin. Bis auf einmal im November 2013 das Kanzleramt die Ausnahmen strikt untersagte. Die Enthüllungen des früheren NSA-Mitarbeiters Ed-

ward Snowden über die Schnüffeltätigkeit der US-Dienste lagen erst einige Monate zurück; zudem war die HBW durch Presseberichte ins Gerede gekommen. Der Vorwurf lautete, durch die Tätigkeit der Befragungsstelle sei der Bundesnachrichtendienst in den Drohnenkrieg der USA gegen radikalislamische Freischärler verstrickt. Wären etwa, so das Szenario, in den Vernehmungen von Flüchtlingen aus Krisenregionen die Handynummern von Terrorverdächtigen zur Sprache gekommen, so hätten sich anhand dieser Daten die Betroffenen als Ziele tödlicher Luftschläge markieren lassen. War es so? „Das war kein zentraler Punkt“, sagte die Zeugin, als der Ausschussvorsitzende Patrick Sensburg (CDU) sie darauf ansprach. Auch die Amerikaner von der DIA seien an anderen Auskünften interessiert gewesen: „Für die war medical intelligence, also die Ausstattung von Krankenhäusern, ein Thema, aber Handynummern haben keine Rolle gespielt.“

**»An entscheidenden Stellen ist uns nicht die Wahrheit gesagt worden.«**

Konstantin von Notz (Bündnis 90/Die Grünen)

**Versorgungslage** Worum sei es in den Befragungen denn gegangen? Um die Versorgungslage in den Herkunftsländern, etwa den Brotpreis, erwiderte die Zeugin. Der Brotpreis sei von einem enormen nachrichtendienstlichen Interesse, denn er stehe als Indikator dafür, ob in einer Region demnächst womöglich Unruhen zu erwarten seien. Sensburgs Hinweis, für ihn

persönlich wäre es Anlass zur Sorge, wenn sich der BND für Brotpreise, nicht aber für die Kontaktdaten prominenter Terroristen interessierte, ließ die Zeugin unbeindruckt. Freilich mochte sie im weiteren Verlauf dann nicht mehr ausschließen, dass hin und wieder doch Handynummern abgefragt wurden: „Nach meinem Erkenntnisstand war das nicht gezielt der Fall, sondern kam höchstens als Beifang zustande.“ In wie vielen der jährlich 300 Befragungen sei so ein „Beifang“ denn angefallen? Eine Handvoll, mehr nicht, mutmaßte Frau K.

**Verfälschte Geodaten** In den Vernehmungen wurden den Flüchtlingen auch Satellitenbilder oder Karten ihrer Herkunftsländer vorgelegt, wo sie strategische Punkte markieren konnten. „Ab einem bestimmten Zeitpunkt“ habe sich der BND entschlossen, den Amerikanern diese Geodaten nur noch in verfälschter Form vorzulegen, sagte die Zeugin aus. Von welchem Zeitpunkt an? „Weiß ich nicht mehr.“ Aus welchem Anlass? Sei vielleicht ein deutscher Staatsbürger durch Drohnenfeuer zu Tode gekommen? „Das weiß ich nicht.“ Habe sie mit BND-Kollegen je über den US-Drohnenkrieg geredet? „Dafür gab es für mich keinen Anlass.“ An entscheidenden Stellen, resümierte von Notz, „ist uns heute nicht die Wahrheit gesagt worden.“ Einen auskunftsfreudigen und selbstbewussten Zeugen erlebte der Ausschuss dafür am Freitagmorgen. Der frühere BND-Präsident August Hanning verteidigte mit Verve die Zusammenarbeit mit den US-Diensten. Ohne diese Kooperation hätte der BND seine Aufgaben nicht erfüllen können, sagte er. *Winfried Dolderer*

## Nein soll tatsächlich Nein heißen

**STRAFRECHT** Grüne wollen Schutzlücken bei Sexualstraftaten schließen. Koalition bereitet eigenen Gesetzentwurf vor

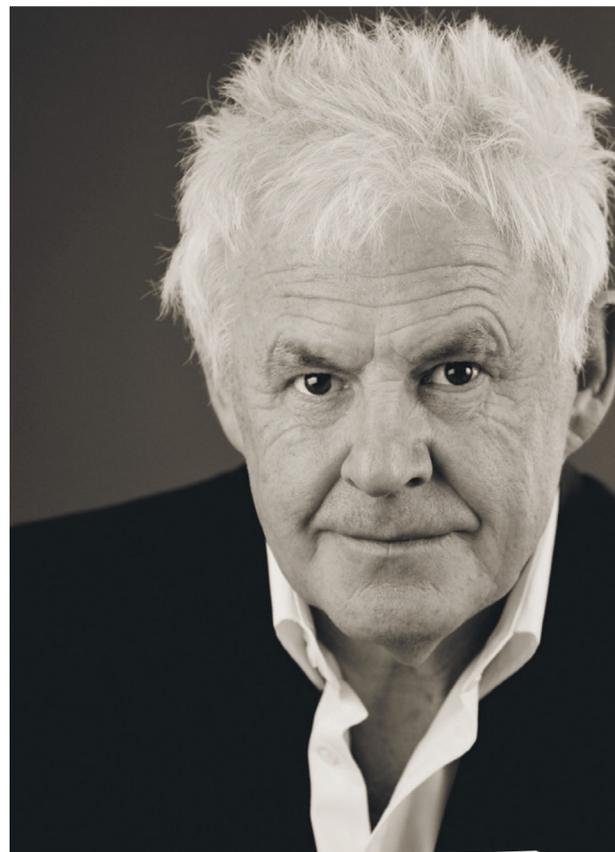
Das Sexualstrafrecht steht vor einer Verschärfung. Konkret geht es um Schutzlücken im Bereich der sexuellen Nötigung beziehungsweise Vergewaltigung. Anlässlich der ersten Lesung eines Gesetzentwurfs der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (18/5384) am vergangenen Donnerstag bekräftigten Redner aller Fraktionen, dass in dem Bereich Handlungsbedarf bestehe. Dazu sei Deutschland auch durch die sogenannte Istanbul-Konvention aufgefordert, mit der angemahnt werde, jedwede sexuelle Handlung gegen den Willen des Opfers unter Strafe zu stellen. Umstritten ist allerdings, wie das erreicht werden kann. Der Grünen-Entwurf sieht vor, den Paragraphen 177 des Strafgesetzbuches (StGB) komplett zu überarbeiten. Nach derzeit geltendem Recht liegt eine sexuelle Nötigung vor, wenn der Täter Gewalt anwendet, damit droht oder eine schutzlose Lager des

Opfers ausnutzt. Die Grünen wollen, dass künftig schon das Drohen mit einem „empfindlichen Übel“ ausreicht, um den Tatbestand zu erfüllen. Zudem sollen auch Fälle aufgenommen werden, in denen der Täter die Arg- oder Wehrlosigkeit des Opfers ausnutzt oder ein entgegenstehender Wille des Opfers erkennbar vorhanden ist. Der bisher in Paragraph 179 StGB geregelte sexuelle Missbrauch widerstandsunfähiger Personen soll ebenfalls im neuen Paragraphen erfasst werden.

**Ringeln um Formulierungen** „Unser Gesetzentwurf stellt damit klar: Nein heißt Nein“, sagte die Grünen-Abgeordnete Katja Keul in der Debatte. Die geltende Rechtslage erfasse bestimmte Fälle nicht. Das 1997 dafür eingeführte Merkmal der schutzlosen Lage habe „keine Besserung gebracht“. Künftig solle sich jeder, der erkannt habe,

dass der andere den Sexualkontakt nicht wolle, strafbar machen. Vertreter der Koalitionsfraktionen verwiesen auf einen Referentenentwurf aus dem Bundesjustizministerium zum selben Thema, der sich in der Ressortabstimmung befindet. Alexander Hoffmann (CSU) betonte, die Ausarbeitung brauche noch Zeit. „Es ist ein Ringeln um Formulierungen“, sagte Hoffmann. Wenngleich Strafbarkeitslücken bestünden, müsse vermieden werden, dass „unter Umständen sozial adäquates Verhalten unter Strafe“ gestellt werde. Dirk Wiese (SPD) kritisierte am Grünen-Entwurf die vorgesehene Streichung des Paragraphen 179 StGB. Menschen mit geistiger Erkrankung oder Behinderung könnten nicht einfach wie vorgesehen unter das Merkmal wehrlos subsumiert werden. „Hier müssen wir sehr genau hinschauen“, mahnte Wiese. Der Entwurf lasse zudem

teilweise zu breiten Raum für eine Rechtsinterpretation, was bei schwerwiegenden Taten vermieden werden sollte. Die Linke-Abgeordnete Halina Wawzyniak lobte die Intention des Grünen-Entwurfs, zeigte sich aber im Detail nicht überzeugt. Sie regte eine umfassendere Reform des Sexualstrafrechtes an. Wawzyniak warnte zudem vor der „Illusion“, dass es durch eine rechtliche Klarstellung zu mehr Verurteilungen in dem ausgesprochen kompliziert abzuurteilenden Rechtsbereich kommen werde. Es werde mit neuer Gesetzgebung nicht einfacher. *Sören Christian Reimer*



HELMUT ORTNER  
**FREMDE FEINDE**  
SACCO UND VANZETTI  
EIN JUSTIZMORD

Helmut Ortner  
**Fremde Feinde**  
Sacco und Vanzetti – Ein Justizmord  
296 Seiten  
Gebunden mit Schutzumschlag  
13,5 x 21,5 cm  
€ 24,90

Jetzt im Buchhandel

**»Ortner's Buch ist ein Lehrstück für alle, die mit Andersdenkenden und Außenseitern zu tun haben. Wir alle.«**

Frankfurter Allgemeine Zeitung

**nomen Verlag**

nomen@nomen-verlag.de  
www.nomen-verlag.de



## Disput über die Öffnung der Ehe

**GLEICHSTELLUNG** Das zwischen CDU/CSU und SPD umstrittene Thema „Ehe für alle“ hat vergangene Woche den Rechtsausschuss beschäftigt. In einer Anhörung ging es vor allem um die Frage, wie eine Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare rechtstechnisch umgesetzt werden könnte. Reicht eine einfachgesetzliche Änderung im Bürgerlichen Gesetzbuch, wie es Gesetzentwurf und Antrag der Fraktion Die Linke (18/8, 18/5205) sowie ein Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (18/5098) vorsehen? Oder muss im Grundgesetz der Artikel 6, der den besonderen Schutz von Ehe und Familie garantiert, geändert werden? Eine Frage, die auch entscheidend ist für das Verfahren: Für die erste Variante bräuchte es eine einfache Mehrheit im Bundestag, für eine Verfassungsänderung je eine Zweidrittel-Mehrheit im Bundestag und Bundesrat. Für Jörg Benedict, Rechtswissenschaftler von der Universität Rostock, ist die Änderung des Grundgesetzes ein Muss. Der Ehe-Begriff des Grundgesetzes basiere konstitutiv unter anderem auf einem „Heterosexualitäts-Prinzip“. Der von Befürwortern der Ehe-Öffnung angeführte gesellschaftliche Wandel sei keine Rechtsquelle und führe daher nicht von sich aus zu einem Verfassungswandel, sagte Benedict während der Anhörung. Dem widersprach Frauke Brosius-Gersdorf, Rechtswissenschaftlerin von der Leibniz Universität Hannover. Einer einfachgesetzlichen Öffnung der Ehe stehe die Verfassung „eindeutig“ nicht entgegen. Das historische Ehe-Verständnis sei praktisch „irrelevant“. Die Verfassungsväter und -mütter hätten einen „begrenzten Vorstellungshorizont“ gehabt, die Anerkennung von gleichgeschlechtlichen Paaren sei gar nicht Thema gewesen, Homosexualität sei damals noch strafbar gewesen, so Brosius-Gersdorf. Der in der vorvergangenen Woche in Erster Lesung beratenen Gesetzentwurf der Bundesregierung (18/5901) war weniger Gegenstand der Diskussionen. Er sieht überwiegend redaktionelle Änderungen hinsichtlich der Gleichstellung von Lebenspartnerschaften und Ehe im Zivil- und Verfahrensrecht sowie dem sonstigen öffentlichen Recht vor. Manfred Bruns vom Leben- und Schwulverband in Deutschland kritisierte, dass nicht sämtliche Vorschriften, in denen noch diskriminiert werde, bereinigt würden. scr



Den Angehörigen kommt in der Pflege eine entscheidende Rolle zu. Viele fühlen sich damit aber überfordert.

© picture-alliance/ZB

# Der Kraftakt

**PFLEGE** Experten mit Lob und Tadel für die geplante Reform

## Streit ohne Gericht klären

**VERBRAUCHERSCHUTZ** Die von Bundesregierung und Koalition vorgesehene Regelung zur alternativen Streitbeilegung in Verbraucherangelegenheiten ist bei Sachverständigen überwiegend auf Zustimmung gestoßen. Bei einer Anhörung im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz vergangene Woche regten die Experten indes Nachbesserungen an den gleichlautenden Gesetzentwürfen (18/5089, 18/5295) an. Ziel der grundlegenden EU-Richtlinien und der Entwürfe ist es, Verbrauchern eine alternative Schlichtung zum Rechtsweg bei Streitigkeiten bezüglich Kauf- und Dienstleistungsverträgen zu geben. Jutta Gurkmann (Verbraucherzentrale Bundesverband) wies darauf hin, dass in Deutschland noch keine „Schlichtungskultur“ etabliert sei. Entsprechend sei die Idee der freiwilligen Teilnahme nur im Hinblick auf Verbraucher überzeugend. Für Unternehmen sollte über weniger Beliebigkeit im Vorgehen nachgedacht werden, sagte Gurkmann. Sie mahnte zudem an, dass die Schlichtungsverfahren transparent gestaltet werden müssten. Eine Auskunftspflicht über Ergebnisse solle nicht nur gegenüber Behörden etabliert werden, sondern auch gegenüber qualifizierten Verbrauchereinstellungen. Damit solle auch vermieden werden, dass grundsätzliche Rechtsfragen nicht den Weg zu den Gerichten finden. Skeptischer äußerte sich Manja Schreiner (Zentralverband des Deutschen Handwerks). Im Entwurf sei keine Gleichbehandlung von Unternehmen und Verbrauchern gegeben. So müsse ein Unternehmen fallabhängig über die freiwillige Teilnahme an einem Schlichtungsverfahren entscheiden können. Missbrauch sei durch Gebühren vorzubeugen. Martin Schmidt-Kessel (Universität Bayreuth) forderte, die Umsetzung wissenschaftlich zu begleiten. Es handle sich um eine „Reise ins Ungewisse“. Insbesondere im Handel- und Handwerk sei vollkommen unklar, wie sich die neu zu etablierenden Verfahren auswirkten. scr

Eine Studie der Deutschen Angestellten Krankenkasse (DAK) hat jüngst eine unangenehme Wahrheit ans Licht gefördert: Pflege kann krank machen, und viele pflegende Angehörige fühlen sich von der Aufgabe schlicht überfordert. Der Studie zufolge leiden rund 20 Prozent der pflegenden Angehörigen unter Depressionen. Auch Angst- oder Schlafstörungen kommen gehäuft vor. Insgesamt leidet rund die Hälfte der pflegenden Angehörigen an psychischen Problemen. Hinzu kommen körperliche Belastungen mit gewichtigen Folgeschäden. „Das zeigt, wieviel Druck auf Menschen lastet, die neben Job und Familie noch die Pflege eines Angehörigen übernehmen“, merkte DAK-Chef Herbert Rebscher dazu an. Ohne die pflegenden Angehörigen wäre die Betreuung der immer größer werdenden Gruppe alter und kranker Leute aber nicht zu stemmen und klar ist auch, die meisten Senioren wollen in gewohnter Umgebung versorgt werden.

**Entlastungen** Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) verspricht nun Entlastungen in der Pflege für Patienten wie auch für pflegende Angehörige. Die Pflegeversicherung soll künftig früher greifen. Mittelfristig könnten so rund 500.000 Menschen zusätzlich profitieren. Einige Fachleute bezweifeln, ob das schon reicht, denn gerade die Versorgung Demenzzentraler ist extrem aufwendig und erfordert umfassende professionelle Hilfe. Bei einer öffentlichen Anhörung über das sogenannte zweite Pflegestärkungsgesetz (18/5926) vergangene Woche im Bundestag machten Experten jedoch deutlich, dass sie die Intention und Ausrichtung der aktuellen Pflegereform sehr begrüßen. Die Probleme lauern in den Details einer äußerst komplexen Regelungsdichte. So machten Sachverständige darauf aufmerksam, dass mit der neuen Pflegesystematik bestimmte Patientengruppen erheblich benachteiligt werden könnten. Mit dem Gesetz wird ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff eingeführt, der erstmals die Gruppe

der Demenzzentralen systematisch mit berücksichtigt. Künftig haben Menschen Anspruch auf Pflegeleistungen unabhängig davon, ob sie unter körperlichen Gebrechen leiden oder unter einer Demenz. Aus den bisher drei Pflegegraden werden fünf Pflegegrade, und hier setzt die Expertenkritik hauptsächlich an.

**Hohe Hürden** Der Sozialverband VdK rügte wie andere Verbände die geplante Leistungsminderung in den unteren Pflegegraden 2 und 3 im stationären Bereich. Vor allem die Absenkung des Leistungssatzes für den Pflegegrad 2 (bisher Pflegestufe I) um rund 300 Euro sei inakzeptabel und werde „schwerwiegende negative Folgen“ haben, weil Pflegebedürftige künftig die vollstationäre Versorgung nicht in Anspruch nehmen könnten. Auch die Bundesinteressenvertretung für alte und pflegebedürftige Menschen (BI-VA) warnte, vor allem rein körperlich Beeinträchtigte würden häufig keinen hohen Pflegegrad erreichen können. Mit der Absenkung der Leistungen in den unteren Pflegegraden müssten Betroffene weitaus höhere Eigenleistungen erbringen mit der Folge, dass diese Patienten häufiger in der ambulanten Versorgung verbleiben. Dies werde tendenziell dazu führen, dass „Heime hauptsächlich von Schwerstpflegebedürftigen aufgesucht werden“.

Hier schließt sich gleich ein anderes Problem an, das schon länger bekannt ist: Die medizinische Behandlungspflege in Pflegeheimen wird von der Pflegeversicherung statt von der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) getragen. Das stellt nach Ansicht der Deutschen Stiftung Patientenschutz eine gravierende Benachteiligung für die Heimbewohner dar. Denn die Pflegeversicherung übernehme nur die Kosten in Höhe der pauschalen Leistungsbeiträge. Da diese in der Praxis schon ohne Behandlungspflege ausgeschöpft seien, müssten Bewohner dies faktisch selbst finanzieren. Laut einer Studie summieren sich die Mehrbelastung auf bis 2,3 Milliarden Euro pro Jahr. Der Verband katholischer Altenhilfe

in Deutschland (VkaD) sprach von einem sozioethischen Problem und forderte, die Behandlungspflege müsse unabhängig vom Aufenthaltsort der Patienten von der GKV getragen werden. Der Deutsche Caritasverband erklärte, wenn in vollstationären Pflegeeinrichtungen die Versorgung für Patienten mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz verbessert werden solle, dann müsse auch das Personal aufgestockt werden, um Nachteile für Bewohner ohne eingeschränkte Alltagskompetenz zu vermeiden. Das Deutsche Rote Kreuz (DRK) forderte mehr Wertschätzung und eine bessere Bezahlung für Pflegekräfte sowie eine „krisensichere Finanzierung“ der Pflegeversicherung. Der Paritätische Gesamtverband verlangte in dem Zusammenhang einen Verzicht auf den Pflegevorsorgefonds, der mit dem ersten Pflegestärkungsgesetz beschlossen worden ist. Das Geld werde „dringend für die Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs benötigt“. Viele Fachleute meinen, die Pflegeversicherung sei trotz der rund fünf Milliarden Euro zusätzlich pro Jahr ab 2017 weiter unterfinanziert. Linke und Grüne sehen das genauso und fordern in Anträgen (18/5110;18/6066) einen Systemwechsel mit Einführung einer solidarischen Pflegebürgerversicherung. Die Bundesvereinigung Lebenshilfe rügte, es sei nicht ersichtlich, ob der Entwurf Teil eines Gesamtkonzeptes oder ein mit der Sozialhilfe (SGB XII) „nicht abgestimmtes Bruchstück“ darstelle. Für Menschen mit geistiger Behinderung, die oft auf Leistungen der Pflege und Eingliederungshilfe angewiesen sind, sei das reibungslose Ineinandergreifen verschiedener Systeme von besonderer Bedeutung. Auch andere Experten forderten eine Gesamtkonzeption innerhalb der Sozialgesetzbücher. In der Expertenrunde explizit gelobt wurden die neuen Beratungsangebote für Patienten und Angehörige. Die Organisation der Pflege, das wurde auch klar, ist mit der jüngsten Reform keineswegs abgeschlossen. Ein Einzelsachverständiger warnte die Abgeordneten vor überzogenen Erwartungen, was die Abkehr von der berüchtigten Minutenpflege angeht. Die Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs sei zwar „ein Meilenstein“, es bleibe aber noch viel zu tun. Claus Peter Kosfeld

»Ich frage mich, ob nicht die Heilserwartungen überschrieben.«

Gesundheitsexperte Heinz Rothgang

## AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

### Hartz-IV-Sanktionen bleiben

**SOZIALES** Verpasste Termine, nicht eingereichte Bewerbungen oder abgelehnte Jobangebote. Hartz IV-Empfänger müssen in solchen und ähnlichen Fällen auch weiterhin mit einer Kürzung der Gelder rechnen. Vorstöße der Opposition mit dem Ziel der Abschaffung der Sanktionen (Die Linke: 18/1115) sowie der Forderung nach einem Sanktionsmoratorium (Bündnis 90/Die Grünen: 18/1963) lehnte der Bundestag vergangenen Donnerstag ab. Man wolle am Prinzip des „Fördern und Fordern“ festhalten, hieß es von Seiten der Koalition. Gleichwohl, so räumte Dagmar Schmidt (SPD) ein, gebe es Änderungsbedarf. „Wir wollen eine Angleichung der Sanktionsmöglichkeiten von Unter-25-Jährigen an die der Über-25-Jährigen.“ Es gebe keinen Grund, junge Leute härter zu bestrafen, sagte sie.

Das gesellschaftliche Leben, so Jutta Eckenbach (CDU), werde über Regeln organisiert. „Wer daran teilnehmen möchte, muss diese Regeln beachten“, sagte sie. Das gelte „für Alteingesessene und für neue Bürger gleichermaßen“. Katja Kipping (Die Linke) verwies hingegen darauf, dass Sanktionen zu einer existenziellen Bedrohung für den Einzelnen werden könnten. Das Existenzminimum sei ein Grundrecht, betonte sie. „Ein Grundrecht steht allen zu. Das muss man sich nicht verdienen“, sagte die Linke-Abgeordnete. Gegen die „Bestrafungslogik“ der heutigen Sanktionen sprach sich auch Wolfgang Strengmann-Kuhn (Grüne) aus. Er forderte eine Aussetzung und eine grundlegende Evaluation der Regelungen. Götz Hausding

### Armutsbericht als Regierungssache

**SOZIALES** Die Erfassung des alle zwei Jahre scheinenden Armuts- und Reichtumsberichts wird auch künftig Sache der Bundesregierung bleiben. Die Fraktion Die Linke konnte sich mit ihrem Antrag (18/5109) zur Übertragung der Berichterstattung auf eine unabhängige Kommission nicht durchsetzen. In der vergangenen Woche stimmten CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen in abschließender Beratung gegen den Antrag. Die Linke hatte darin kritisiert, dass die Zuständigkeit der Bundesregierung zu einer schönen Darstellung der Situation führe. Die Fraktion forderte unter anderem, die strukturellen Gründe für soziale Ungleichheit ins Zentrum des Berichtes zu stellen. In der Debatte merkte Dagmar Schmidt (SPD) an, die Armuts- und Reichtumsberichterstat-

tung werde ja nicht im luftleeren Raum erstellt. Durch die Zuständigkeit der Bundesregierung sei der Bericht aber ein Politikum „und genau das soll er auch sein“, sagte sie. Matthias W. Birkwald (Die Linke) stellte fest: „Unser Sozialstaat schützt heute nicht mehr vor Armut. Genau deshalb brauchen wir eine schonungslose, ehrliche Berichterstattung.“ Matthias Zimmer (CDU) plädierte dafür, den von der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ in der 17. Wahlperiode erarbeiteten Wohlstandsindikator mit in die Berichterstattung aufzunehmen. Wolfgang Strengmann-Kuhn (Grüne) betonte, das bisherige Verfahren habe sich prinzipiell bewährt. Dennoch müsse man nachbessern und den Bundestag besser in die Berichterstattung einbinden, forderte er. Claudia Heine

### Streit um Arbeitslosenversicherung

**ARBEIT** Der Zugang zur Arbeitslosenversicherung soll, vor allem für Kurzezeitbeschäftigte, leichter werden. Das fordert die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in einem Antrag (18/5386), über den der Bundestag in der vergangenen Woche erstmals beraten hat. Die Grünen plädieren dafür, Befristungen, Teilzeit- und Projektarbeit stärker in der Arbeitslosenversicherung zu berücksichtigen. So soll schon nach viermonatiger Beitragszeit ein zweimonatiger Bezug von Arbeitslosengeld möglich sein. Das Verhältnis von Beitrags- zu Anspruchszeiten (2:1) soll aber auch künftig bestehen bleiben. Brigitte Pothmer (Grüne) kritisierte in der Debatte, dass aufgrund der jetzigen Rechtslage ein Viertel derjenigen, die in die Arbeitslosenversicherung einzahlen, bei Jobverlust unmittelbar in Hartz IV landen. „Das ist eine große

Gerechtigkeitslücke, die schnell geschlossen werden muss“, forderte Pothmer. Albert Weiler (CDU) kritisierte den Antrag, da er von falschen Annahmen ausgehe und es zum Beispiel nicht stimme, dass es immer mehr befristete, unsichere Beschäftigungsformen gebe. Das Gegenteil sei der Fall, so Weiler. Jutta Krellmann (Die Linke) warf ihm vor, die Veränderungen in der Arbeitswelt nicht zu registrieren. „Die jetzige Arbeitslosenversicherung trägt den Risiken der Arbeitswelt kaum Rechnung“, stellte Krellmann fest. Markus Paschke (SPD) machte klar, dass er die Sache anders bewertet als sein Koalitionskollege. „Wir müssen die Zugänge den flexiblen Verhältnissen anpassen.“ Unter anderem forderte er eine Verlängerung der Rahmenfristen, innerhalb derer Ansprüche auf die Versicherung erworben werden können. che

## Teilung dauert noch

**OST-RENTEN** Linke scheitert mit Antrag zur Angleichung

Als die Fraktion die Linke im Juni 2014 ihren Antrag formulierte, konnte sie nicht wissen, dass es über ein Jahr bis zu dessen abschließender Beratung dauern würde. Umso besser passte nun das Datum: Einen Tag vor dem 25. Jahrestag der Deutschen Einheit debattierte der Bundestag in der vergangenen Woche den Linken-Antrag (18/1644) zur Angleichung des Rentenrechts in Ost und West. Der zeitliche Zusammenhang spielte diesem aber nicht in die Hände: In namentlicher Abstimmung votierten von den 501 anwesenden Abgeordneten 403 gegen den Antrag, 45 dafür und 53 enthielten sich. Deutlich wurde in der Debatte jedoch, dass eigentlich alle Fraktionen eine solche Angleichung 25 Jahre nach der Vereinigung für angebracht halten. Der Weg dahin ist jedoch rechtlich sehr knifflig – und aus Sicht der Koalition offenbar nicht so zu lösen, wie es der Linken vorschwebt. Der Linken geht es vor allem darum, Verbesserungen für jene Berufsgruppen zu erreichen, deren Ansprüche aus DDR-Zeiten im Rahmen der Rentenüberleitung nicht ausreichend berücksichtigt worden sind.

Dietmar Bartsch (Die Linke) betonte, trotz aller Erfolge bestehe bei der Rente ein „ganz großes Defizit“. Dass Mütter für ein im Osten geborenes Kind weniger Geld aus der Mütterrente erhalten als für ein im Westen geborenes, sei „völlig inakzeptabel“, sagte er in Bezug auf einen weiteren Antrag (18/4972) seiner Fraktion, der im Anschluss an die Debatte an die Ausschüsse überwiesen wurde. Jana Schimke (CDU) betonte: „Wenn man zwei unterschiedliche Staaten zusammenführt, dann ist es schlichtweg nicht möglich, für jeden Einzelfall eine individuelle Lösung zu finden.“ Dennoch sei man gerade bei der sozialen Einheit sehr weit gekommen, auch wenn sich nachvollziehbarer Weise Einzelne benachteiligt fühlen. Die Unterschiede bei der Mütterrente seien perspektivisch nicht zufriedenstellend. „Aber wir haben uns beim Rentenpaket an geltendes Recht gehalten“, so Schimke.

**Sorge vor neuer Ungerechtigkeit** Er verstehe nicht, warum es bei der Angleichung des Rentenrechts nicht vorankomme, wandte sich Markus Kurth (Bündnis 90/Die Grünen) an die Koalition. Bei der Gruppe der aus der DDR-Geflüchteten und bei den in der DDR Geschiedenen müsse dringend etwas passieren. Es könne nicht sein, dass Menschen, die geflüchtet sind und jahrelang in der Bundesrepublik gearbeitet haben, bei der Rentenberechnung wieder wie DDR-Bürger behandelt werden, mahnte Kurth. Waltraud Wolff (SPD) zeigte sich überzeugt, dass neue Ausnahmen für die von den Linken aufgelisteten Berufsgruppen nur neue Ungerechtigkeiten erzeugen. Das sei zwar keine frohe Botschaft, aber eine ehrliche Botschaft. Gleichwohl seien im Zuge der Rentenüberleitung Ungerechtigkeiten entstanden. Diesen sollte man aber eher mit einem steuerfinanzierten Härtefallfonds begegnen, verwies Wolff auf eine Forderung ihrer Fraktion. 2019 sollte es ihrer Meinung nach ein einheitliches Rentenrecht geben. Claudia Heine



Der Rentenwert-Ost liegt derzeit bei 92 Prozent des Westniveaus.

© picture-alliance/Ulrich Baumgarten

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

## Lieferketten bleiben Streitpunkt

**MENSCHENRECHTE** Es ist eine Frage, die nicht nur die Entwicklungspolitik umtreibt: Welche Auswirkungen hat die europäische Handelspolitik auf die Produktionsbedingungen in Entwicklungs- und Schwellenländern – und damit auf die Situation der Menschenrechte? In einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte sprach sich vergangene Woche ein Teil der Experten für mehr Sensibilität bei der Ausgestaltung und Anwendung von EU-Handelsabkommen aus. Umstritten war jedoch die Frage, inwieweit Unternehmen eine Haftung für die Einhaltung von Arbeits- und Nachhaltigkeitsstandards entlang ihrer Lieferketten auferlegt werden sollte.

Sven Hilbig (Brot für die Welt) bezeichnete Freihandel als „nicht per se fair und nachhaltig“. Die EU habe sich zwar mit dem Vertrag von Lissabon dazu verpflichtet, Menschenrechte in ihrer auswärtigen Politik zu schützen. Andererseits sei man noch „weit davon entfernt“, dies in der Handelspolitik umzusetzen. Es brauche mehr als einzelne Reformansätze, sondern einen „Kurswechsel“, sagte Hilbig.

Armin Paasch (Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e.V.) nannte die Vorgaben des Lissabon-Vertrages „vorbildlich“, die Umsetzung indes eine große Herausforderung. Handels- und Investitionsabkommen dürften nicht dazu führen, den Spielraum der Partnerländer einzuschränken, was zum Beispiel durch Regelungen zu Schiedsgerichten geschehen könne. Wichtige Schritte wären die Einführung von Folgenabschätzung auf die Menschenrechte bereits im Vorfeld solcher Abkommen sowie die Verankerung von Revisionsklauseln. Paasch forderte zudem verbindliche Offenlegungspflichten für Unternehmen im Bereich der Konfliktrohstoffe.

**Firmenrückzug** Renate Hornung-Draus (Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände) warnte indes davor, Unternehmen generell auf eine Haftung für ihre Lieferketten zu verpflichten. Selbst große Unternehmen hätten nicht die Möglichkeiten, die Produktionsbedingungen bis in die „vierte oder fünfte Stufe“ zu kontrollieren. Wenn eine umfassende Kontrolle nicht möglich sei, würden sich Firmen zudem aus als „riskant“ geltenden Ländern zurückziehen. Es müsse aber darum gehen, die Produzenten dort an Mindeststandards wie die ILO-Kernarbeitsnormen heranzuführen. Birgit Spießhofer (Deutscher Anwaltverein) meldete Zweifel an, inwieweit Lieferverträge geeignet seien, „zusätzliche Themen, die nicht zwingend handelsrechtlicher Natur“ seien, wie etwa Menschenrechte und Nachhaltigkeit, „im Huckepack mitzutransportieren“. Es gebe für den Auftraggeber „rechtlich keinen Durchgriff in der gesamten Lieferkette“. Es müsse vielmehr darum gehen, entwicklungspolitisch und in Kooperation zwischen europäischen Unternehmen, Produzenten vor Ort, den dortigen Regierungen und der Zivilgesellschaft nachhaltige Strukturen zu schaffen.

Michael Windfuhr (Deutsches Institut für Menschenrechte) argumentierte, dass die Durchsetzung der Menschenrechte staatliche Aufgabe sei: „Handelspolitik hat vor allem dann negative Auswirkungen, wenn Regierungen der Partnerländer sich nicht besonders um die Menschen kümmern.“ Gleichwohl gelte es bei Handelsabkommen mit Entwicklungsländern besonders sensibel vorzugehen: Folgeabschätzungen im Vorfeld etwa seien „wichtig, gleichwohl auf keinen Fall einfach“. Wichtig seien zudem Beschwerdemechanismen für Betroffene sowie flexible Klauseln, die helfen könnten, Abkommen bei auftretenden Problemen anzupassen. **ahf**



Besonders die Rechte von Kindern werden weltweit mit Füßen getreten: Mehr als 230 Millionen Kinder leben gegenwärtig in Kriegs- und Krisengebieten. Allein in Syrien, Libyen, im Irak, Jemen und Sudan können mehr als 13 Millionen keine Schule besuchen. © picture-alliance/dpa

# Eine Frage der Perspektive

**MENSCHENRECHTE** Bericht der Bundesregierung stößt im Bundestag auf gespaltenes Echo

Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.“ So steht es im ersten Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948. Doch die Wirklichkeit sieht anders aus, wie der aktuelle Menschenrechtsbericht der Bundesregierung (18/3494) einmal mehr offenbart: „Frauenrechte sind weiterhin nur in geringen Teilen der Gesellschaft vollständig akzeptiert“, heißt es zum Beispiel im Abschnitt über Afghanistan. In Mali seien Rechte wie Zugang zu Bildung, zu sauberem Trinkwasser und Gesundheit, „nur ansatzweise verwirklicht“. Und die Lage im Irak oder in Somalia bewertet die Bundesregierung im Berichtszeitraum vom 1. März 2012 bis zum 28. Februar 2014 gar als „verheerend“ beziehungsweise „desaströs“. Doch auch in Deutschland ist nicht alles perfekt: So sieht die Regierung unter anderem bei der Chancengleichheit von Männern und Frauen weiteren Handlungsbedarf. „Es ist wichtig, den Blick auch ins Inland zu wenden“, betonte Frank Schwabe (SPD) am vergangenen Donnerstag in der Bun-

destagsdebatte über den Menschenrechtsbericht. Zwar sei hier vieles besser als anderswo auf der Welt, dennoch gebe es in der Tat auch in Deutschland Menschenrechtsverletzungen. Es sei daher gut, dass der Bericht die Lage im In- und Ausland gleichberechtigt bewerte. Genau diesen kritischen Blick nach innen vermisste die Opposition jedoch. „Der Bericht bleibt unscharf und asymmetrisch“, kritisierte Omid Nouripour (Bündnis 90/Die Grünen). „Menschenrechtsverletzungen im Westen, wie zum Beispiel in Guantanamo, werden kaum thematisiert, stattdessen liegt der Fokus auf dem globalen Süden.“ Inge Höger (Die Linke) warf der Bundesregierung vor, „zwei gefährlichen Grundannahmen“ zu folgen: „Dass in Deutschland alles in Ordnung ist und wir für das Elend in anderen Teilen der Welt nur eine geringe Verantwortung tragen.“ Beides sei falsch. Deutschland und die EU seien wegen ihrer Klimapolitik, ihrer Handels- und Wirtschaftspolitik, der Rüstungsexporte und der Beteiligung an Kriegseinsätzen mitverantwortlich für viele Menschenrechtsverletzungen und Flüchtlingsprobleme, urteilte Höger. Sie forderte, „diese blinden Flecken zu erkennen und Mauern in den Köpfen zu überwinden“. Der Bundesregierung schlug

er vor, eine verbindliche Menschenrechtsprüfung bei Investitionen von deutschen Unternehmen im Ausland einzuführen und Spekulationen auf Nahrungsmittel an der Börse sowie den Import von Kraftstoffen aus Biomasse zu beenden. In Deutschland forderte Höger mehr Investitionen in den sozialen Frieden, etwa in den sozialen Wohnungsbau und die Bekämpfung der Steuerflucht. Omid Nouripour wies in einer sehr emotionalen Rede besonders auf das „unbegreifliche Ausmaß“ der Gewalt gegen Kinder hin. 230 Millionen Kinder lebten derzeit in Kriegs- und Krisengebieten, Millionen würden Opfer von Armut, Folter, Hinrichtungen, Kinderarbeit und sexuellem Missbrauch. „Das macht uns sprachlos, aber es ist unsere Pflicht, darüber zu sprechen“, mahnte Nouripour. Er appellierte an die Bundesregierung, eine internationale Erklärung zum Schutz von Schulen und Hochschulen in Konfliktgebieten zu unterzeichnen, um Kindern wieder Zukunftsperspektiven zu eröffnen. 49 Staaten hätten sich der Ende Mai in Oslo verabschiedeten „Safe Schools Declaration“ bereits angeschlossen, mahnte Nouripour. Ihm sei „schleierhaft“, warum die deutsche Regierung die Unterschrift verweigere.

Die Redner der Unionsfraktion thematisierten vor allem die Flüchtlingskrise und die daraus resultierenden Herausforderungen für die Menschenrechtspolitik. Doch schlugen Erika Steinbach und Michael Brand (beide CDU) dabei recht unterschiedliche Töne an. Während Steinbach von einer „ungeheuren Zahl“ von Menschen sprach, die „mit einem ganz anderen Wertefundament“ nach Deutschland gekommen seien, und urteilte, die „Grenze der Aufnahmefähigkeit“ sei erreicht, betonte der Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses: „Gerade in Situationen mit Problemen gilt der christliche Kompass. Gerade dann kommt es auf die helfende Hand an.“ Wer aus solch verzweifelter Lage nach Deutschland komme, habe Anspruch auf eine menschliche Behandlung „unabhängig von Herkunft, Religion und Hautfarbe“. Steinbach sprach indes von einer Situation in den Flüchtlingsunterkünften, die Menschenrechtsengagierte hellhörig machen müsse. Sie verwies auf Berichte über Gewaltausbrüche, sexuelle Übergriffe und die Bildung von Clanstrukturen und konstatierte: „Ethnische und religiöse Konflikte sind nach Deutschland importiert worden.“ Steinbach sprach sich daher dafür aus, den Zuwanderungsstrom „so konse-

quent wie möglich“ zu stoppen. Wer die Menschenrechte ernst nehme, müsse ein Grenzregime implementieren, „mit dessen Hilfe Nichtasylberechtigte sofort abgewiesen werden“. Einig waren sich Brand und Steinbach in einem Punkt: dass die Situation in den Herkunfts- und Anrainerstaaten dringend verbessert werden muss. Frank Schwabe plädierte zudem für „vernünftige Kontingenzlösungen“ in der Europäischen Union. Sie könne zum Beispiel festlegen, pro Jahr 200.000 Menschen aufzunehmen.

»Gute Ausgangsbasis« Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und gegen das Votum der Linken nahm der Bundestag eine Entschließung (18/6183) zum Menschenrechtsbericht der Bundesregierung an; die Grünen enthielten sich. Darin würdigt das Parlament den Bericht als „gute Ausgangsbasis für die parlamentarische sowie die gesellschaftliche Debatte“ und begrüßt den darin angekündigten Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Leitlinie über die menschliche Verantwortung in Unternehmen. Es bittet die Regierung aber darum, im nächsten Bericht ein besonderes Augenmerk auf die weltweite Lage der Religions- und Glaubensfreiheit zu legen. Außerdem soll sie über die weltweite Verflechtung des Sklaven- und Menschenhandels informieren. Der zwölfte Menschenrechtsbericht der Bundesregierung muss dem Bundestag spätestens am 31. Januar 2017 vorliegen. **Johanna Metz**

»Es ist gut, dass der Bericht die Lage im In- und Ausland bewertet.«  
Frank Schwabe (SPD)

»Verletzungen der Menschenrechte im Westen werden kaum thematisiert.«  
Omid Nouripour (Grüne)

## 300 Millionen Impfungen

**ENTWICKLUNG II** Die Impfallianz GAVI will in den Jahren 2016 bis 2020 zusätzlich 300 Millionen Kinder in Entwicklungsländern impfen. Die Impfrate bei Kindern weltweit sei mit rund 86 Prozent so hoch wie noch nie, sagte GAVI-Geschäftsführer Seth Berkley vergangene Woche im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. „Unser Ziel ist es, hundert Prozent der Kinder zu erreichen.“ Dafür sei es nötig, Datenbanken und funktionierende Kühlketten für Regionen aufzubauen, die bisher kaum eine Gesundheitsversorgung haben. Durch die Impfung von 300 Millionen Kindern können nach Darstellung der Organisation bis zu sechs Millionen vorzeitige Todesfälle vermieden werden. Seit Gründung im Jahr 2000 habe GAVI zur Impfung von 500 Millionen Kindern beitragen können. Die Impfallianz erreicht nach eigener Darstellung mit Abnahmegarantien erhebliche Preisnachlässe bei Impfstoffherstellern. Getragen wird die Initiative von Staaten, der Weltgesundheitsorganisation WHO, der Weltbank, dem Kinderhilfswerk UNICEF, Unternehmen sowie privaten Spendern wie der Bill & Melinda Gates Stiftung. Deutschland ist mit seiner Zusage vom Januar dieses Jahres, bis 2020 insgesamt 600 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen, viertergrößter staatlicher Geber. **ahf**

## Agenda 2030 – ein erster Schritt ist getan

**ENTWICKLUNG I** Für Experten spielt Deutschland eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung der neuen Nachhaltigkeitsziele

Ob man ihn nun historisch nennen will oder nicht – der UN-Gipfel zur Agenda 2030 vom 25. bis 27. September in New York war ein Erfolg. Das sahen nicht nur die Mitglieder des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung vergangene Woche in einer öffentlichen Anhörung so, sondern auch die fünf geladenen Experten. 193 Staaten hatten sich in New York auf die 17 Punkte der „Post 2015-Agenda“ geeinigt. Die nachhaltigen Entwicklungsziele („Sustainable Development Goals“, SDG) lösen damit die im Jahr 2000 beschlossenen Millenniumsentwicklungsziele („Millennium Development Goals“, MDG) ab. Letztere nahmen vor allem die soziale Dimension in den Blick und waren nur an die Entwicklungsländer adressiert. Die neuen Ziele berücksichtigen auch ökologische Aspekte und nehmen die Industrieländer genauso in die Pflicht.

**Eine bessere Welt** Der Unionsabgeordnete Matern von Marschall (CDU), Mitglied der deutschen Delegation in New York, lobte, in dem Text des „Weltzukunftsvertrages“ sei die Handschrift Deutschlands sichtbar. Zu Unrecht drohe er unter dem Eindruck der Flüchtlingsproblematik in der öffentlichen Betrachtung unterzugehen, sagte er, schließlich würden die SDGs

helfen, Fluchtursachen zu bekämpfen. Marschall machte zugleich deutlich, „dass wir unsere Hausaufgaben machen müssen“. Es gehe jetzt darum, die vereinbarten Ziele mit der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie zu verknüpfen und eine europäische Strategie zu entwickeln. Auch für Ingolf Dietrich vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammen-

arbeit und Entwicklung stellt die nationale Nachhaltigkeitsstrategie den Rahmen dar, „in dem wir die Agenda in Deutschland umsetzen wollen. Seiner Ansicht nach habe die Flüchtlingsproblematik der Agenda Auftrieb gegeben. Für Carsten Träger (SPD), ebenfalls Teilnehmer in New York, war der Gipfel auf jeden Fall „historisch“. Alle 193 Mitgliedstaaten hätten sich zu den Nachhaltigkeitszielen bekannt. „Wenn es gelingt, die Ziele umzusetzen, ist die Welt im Jahr 2030 viel besser als heute“, freute sich Träger. Auch die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, Rita Schwarzelühr-Sutter (SPD), sprach von einem „vollen Erfolg“. Alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit – Ökologie, Ökonomie und Soziales – seien in der Agenda „gleichwertig abgebildet“. New York mache daher Mut für die Weltklimakonferenz Anfang Dezember in Paris. „Die Erarbeitung einer Agenda in einem multinationalen Prozess ist möglich“, urteilte Schwarzelühr-Sutter. Bei der Umsetzung stünden nun aber „alle in der Pflicht“. Sie sei eine „Querschnittsaufgabe über viele Ressorts hinweg“.

»Andere mitnehmen« Ganz so optimistisch wie die Abgeordneten zeigten sich die

Vertreter von Nichtregierungsorganisationen indes nicht. Klaus Milke, Vorstandsvorsitzender von Germanwatch, wollte von einem historischen Gipfel nicht sprechen. Die Ziele müssten schließlich erst implementiert werden. Positiv wertete es Milke jedoch, dass die SDGs und die Klimaziele in einen Kontext gesetzt worden seien. Deutschland, so seine Forderung, müsse nun andere europäische Länder, die noch nicht so weit seien, mitnehmen, „aber ohne erhobenen Zeigefinger“. Auch Olaf Tschimpke, Präsident des Naturschutzbundes Deutschland (Nabu), machte deutlich, dass Deutschland bei der Implementierung der Ziele eine besondere Rolle spielt. Für die Umsetzung hierzulande sei es entscheidend, „wie Kommunen und Wirtschaft eingebunden werden können“. Die Lackmusprobe aber sei, ob das gelinge, was die Parlamentarische Staatssekretärin angekündigt habe, urteilte der Nabu-Präsident: „Die Ministerien müssen sich übergreifend gemeinsame Ziele setzen



17 globale Ziele haben die UN Ende September in New York verabschiedet.



Anzeige

**DAS WILL ICH ONLINE LESEN!**

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.  
Mehr Themen.  
Mehr Hintergrund.  
Mehr Köpfe.  
Mehr Parlament.

Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de  
parlament@fs-medien.de  
Telefon 069-75014253

Der Ukraine-Konflikt, so sehen das wohlmeinende Beobachter, habe die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) geradezu „wachgeküsst“. Für kritischere Stimmen hat der Konflikt indes die Schwächen der seit vier Jahrzehnten bestehenden Organisation offengelegt: Das lähmende Konsensprinzip ihrer 57 Mitgliedstaaten, die schwache Bindungskraft ihrer Beschlüsse, das falsche Spiel, das namentlich Russland betreibt, wenn es Zusammenarbeit suggeriert, diese aber hinter den Kulissen sabotiert. Und dennoch betrachten in Deutschland Außenpolitiker der Koalition wie der Opposition die OSZE als Glücksfall – nämlich als eines der wenigen „institutionellen Formate, in denen wir strukturierte Gespräche mit Russland führen können“. So drückte es Hans-Peter Uhl (CSU) vergangenen Donnerstag in einer Debatte zum deutschen OSZE-Vorsitz im kommenden Jahr aus, die die Opposition mit ihren Anträgen (18/5108, 18/6199) auf die Tagesordnung gebracht hatte. Linke und Grüne setzen sich für eine Stärkung der OSZE ein in der Frage der Abrüstung und der Rüstungskontrolle, der Krisenprävention und zivilen Konfliktbearbeitung wie auch in der besseren Ausstattung von Beobachtern wie im Falle der Ukraine. Beide Anträge wurden in die Ausschüsse überwiesen.

**Deeskalation** Andrej Hunko (Die Linke) forderte eine Abkehr von den wechselseitigen Eskalationen, die den Frieden in Europa bedrohen: „Die Sicherheit ist bedroht durch Manöver, durch den Konflikt in Donbass, auf der Krim, durch weitere Aufrüstung sowohl auf russischer Seite als auch in den Nato Staaten.“ Auch die Ankündigung, die US-Atomwaffen in Deutschland neu aufzurüsten, sei Teil der Bedrohung. Die OSZE müsse aus ihrer Defensive herauskommen, müsse wieder stärker „in Richtung Deeskalation und Frieden wirken“ können. Der Konflikt in der Ukraine sei auch Folge einer Schwäche der Organisation. „Frieden in Europa ist nur mit Russland möglich, und die OSZE ist der institutionelle Rahmen, in dem er organisiert werden kann, wenn der politische Wille dafür da ist“, sagte Hunko.

Jürgen Klimke (CDU) sprach von einem „ungeheuren Erwartungsdruck“, der auf der OSZE liege. „Sie soll den Konflikt in der Ukraine und andere Sicherheitsfragen quasi im Alleingang lösen, soll Vertrauen schaffen, Frieden wiederherstellen und den Waffenstillstand überwachen.“ Die OSZE sei stark als Vertrauensbildner, als Moderator, als Überwacher von Fortschritten. „Sie ist jedoch gegen Unwille nicht zur Einigung zu zwingen“, sagte Klimke mit Blick auf das Konsensprinzip. Gleichwohl werde die Bundesregierung den Vorsitz im kommenden Jahr nutzen, um Impulse zu setzen in der Frage der Ukraine-Krise. Klimke sprach sich zudem dafür aus, die Organisation „noch fitter“ für die Zukunft zu machen. „Fakt ist, dass die OSZE für die gestiegenen Anforderungen eine bessere finanzielle Ausstattung benötigt, dass die Strukturen an die unübersichtliche Lage angepasst werden müssen.“

Agnieszka Brugger (Grüne) wunderte sich, dass in der Debatte um eine neue deutsche Verantwortung in der Außen- und Sicher-



Die Beobachter der OSZE sollen die Umsetzung des Minsker Abkommens in der Ukraine überwachen. In den vergangenen Monaten wurden sie von den Konfliktparteien häufig an ihrer Arbeit gehindert.

heitspolitik so viel über Nato und EU, jedoch viel zu wenig über die Vereinten Nationen gesprochen und über die OSZE geschwiegen werde. „Die OSZE gehört in den Mittelpunkt dieser Debatte.“ Sie habe die wichtige Aufgabe, „dem gegenseitigen Aufrüsten auf beiden Seiten und dem verbalen Machtgehabe, in dem auf einmal schlimmerweise Nuklearwaffen wieder eine Rolle spielen, Vertrauen und Transparenz zu schaffen. Die wahre Gefahr aktuell sei nicht, wie es manchmal diskutiert werde, dass Russland einen Nato-Mitgliedstaat angreift, viel wahrscheinlicher sei es, dass bei den zahlreichen Übungen und Manövern unbeabsichtigt etwas passieren könnte. Brugger räumte ein, das „es leider viel zu viele“ OSZE-Mitglieder gebe, die die Organi-

sation „boykottieren oder auch torpedieren“ würden. So könne die OSZE die extrem schwierige Aufgabe nicht erfüllen, die Umsetzung des Minsker Abkommens zu überwachen – was auch mit der Verweigerung zu tun habe, den OSZE-Beobachtern den Zutritt zu Gebieten in der Ostukraine zu gewähren. „Das ist untragbar“, sagte Brugger.

**Normandie-Format** Doris Barnett (SPD) sah indes die Chance, dass die Abkommen Minsk I und II Ausgangspunkte für einen grundlegenden Veränderungsprozess sein könnten. „Dass wir die OSZE stärken wollen, insbesondere bei der Durchsetzung der verbindlichen Grundlegenden Prinzipien, ist richtig und bleibt ein Daueranliegen für jeden Vorsitz.“ Bei 57 Mitgliedstaaten unterschied-

licher politischer Herkunft und Prägung werde es sowohl darauf ankommen, „die Latte nach oben zu verschieben, als auch darauf, gleichzeitig alle an Bord zu halten“. Deutschland sei gut gerüstet für den Vorsitz, schließlich habe die Bundesregierung mit der Anwendung des Normandie-Formats – also der Gespräche zwischen Russland, Ukraine, Frankreich und Deutschland – gezeigt, dass Konfliktmanagement möglich sei. Die Kunst werde sein, mit Verhandlungen, neuen Formaten und auch „mithilfe von uns Abgeordneten“ Konflikte zu überwinden. All diese Schritte dürften nicht mit „Siebenmeilenstiefeln“ zu gehen sein. „Aber wenn sie Gewalt verhindern, wenn Menschenleben verschont werden, ist mir die Schuhgröße egal“, sagte Barnett.

## Eine Wahl, die keine sein dürfte

**WEISSRUSSLAND** Präsident Alexander Lukaschenko bleibt voraussichtlich fest im Sattel

Die Präsidentschaftswahlen in Weißrussland am kommenden Sonntag stehen unter dem Eindruck des Krieges in der Ukraine. Ähnlich wie in Russland hat es die staatliche Propaganda geschafft, dass in Weißrussland Reformen und Demokratie vor allem mit Chaos und Niedergang verknüpft werden. Der amtierende und sicherlich auch künftige Präsident, Alexander Lukaschenko, inszeniert sich als Bewahrer von Stabilität, Ruhe und Ordnung. Aber das ist nicht der einzige Grund, warum den Oppositionskandidaten kaum Chancen eingeräumt werden.

Bereits im Vorfeld der Wahl gab es beträchtliche Hürden: 100.000 Unterstützer-Unterschriften musste jeder Kandidat innerhalb eines Monats zusammenbringen, um zugelassen zu werden. Nur eine wirkliche Oppositionskandidatin hat es überhaupt ins Rennen geschafft: Die 38-jährige Psychologin Tatjana Korotkewitsch sammelte 107.000 Unterschriften. Zum Vergleich: Amtsinhaber Alexander Lukaschenko hat aus dem Stand mehr als 1,7 Millionen Unterstützer rekrutiert.

Die Opposition ist seit Jahren zersplittert, die verschiedenen Gruppierungen konnten sich auch dieses Mal nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen. In Erinnerung bleibt zudem die rigorose Verhaftungswelle nach den Präsidentschaftswahlen im Dezember 2010. Erst im August dieses Jahres kam der ehemalige oppositionelle Präsidentschaftskandidat Nikolai Statkewitsch gemeinsam mit fünf weiteren Oppositionellen nach jahrelanger Haft frei.

Seitdem in Weißrusslands Hauptstadt Minsk Gespräche zur Lösung des Krieges in der Ukraine stattfinden, versucht sich Lukaschenko als geopolitischer Makler – und als lachender Dritter: „Es gibt in Europa mittlerweile schlimmere Diktatoren als mich.“ Ganz so unbeschwert dürfte man im Präsidentenpalast jedoch nicht nach Moskau blicken. Ales Bjaljazki von der Menschenrechtsorganisation „Viasna“ sieht das Regime durchaus unter Druck: Lukaschenko könne sich der Unterstützung aus Moskau nicht mehr so sicher sein wie einst und sei zu gewissen Konzessionen gegenüber der EU bereit, um die wirtschaftlichen Beziehungen zu verbessern.

Seit 1994 regiert Lukaschenko. Und es scheint, als verfolge der ehemalige Instrukteur der Grenztruppen und Vorsitzende einer Sowchode den Plan, Weißrussland in eine Monarchie zu verwandeln. Seit 2007

taucht bei offiziellen Anlässen sein Sohn Kolya in seinem Gefolge auf. Zuletzt in New York bei der Vollversammlung der Vereinten Nationen. Der mittlerweile 11-Jährige trägt dabei oft den gleichen Aufzug wie sein Vater. Lukaschenko hat bereits Generäle genötigt, vor dem Kind zu salutieren. Um Kolya als Nachfolger zu installieren, müsste Lukaschenko jedoch noch ein paar Jahre durchhalten.

**Kandidaten** Die Chancen stehen aus seiner Sicht nicht schlecht. Die Bevölkerung scheint die Herrschaft Lukaschenkos kaum in Frage zu stellen. Auf den Straßen gibt es keine Werbung für Kandidaten, nur noch für den Wahltermin. Die Opposition hat auf Kundgebungen für faire Wahlen verzichtet. Die Chancenlosigkeit spiegelt sich auch in der Liste der Kandidaten wieder. Sergei Haidukewitsch, der Vorsitzende der Liberaldemokratischen Partei, gilt als Politdown. Seine Art von Opposition bleibt Lukaschenko ungefährlich. Weiter kandidieren der Wirtschaftsprüfer Viktor Zjareschtschanka und Nikolaj Ulachowitsch, der Vorsitzende der Weißrussischen Patriotischen Partei und Anführer der „Weißrussischen Kosaken“. Laut Meinungsumfragen kommt keiner der Herausforderer Lukaschenkos auf mehr als zehn Prozent.

Lukaschenko machte in der Vergangenheit kein Geheimnis daraus, dass er die Wahlergebnisse vorgibt und gegebenenfalls auch korrigiert. Nach den Wahlen 2006 sagte er, dass real 93 Prozent für ihn gestimmt hätten. „Ich habe aber angeordnet, dass das Ergebnis bei etwa 80 Prozent sein soll.“ Ein Ergebnis von mehr als 90 Prozent sei schließlich unglaubwürdig.

Thomas Franke



Alexander Lukaschenko und Sohn Kolya

Der Autor berichtet als freier Korrespondent aus Moskau.

# Große Erwartungen

**AUSWÄRTIGES I** Deutschland übernimmt 2016 den Vorsitz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit

## Kampf gegen Schlepper

**BUNDESWEHR** Bis zu 950 Soldaten sollen ins Mittelmeer

Der Kampf gegen kriminelle Schlepper im Mittelmeer wird intensiviert. Nach Phase eins der EU-Operation EUNAVFOR MED, die vor allem im Zeichen der Seenotrettung für Flüchtlinge und der Erkundung der Netzwerke der Schlepper stand, folgt nun der nächste Schritt, an dem sich auch die Bundeswehr beteiligen wird. Vorgangenen Donnerstag stimmte der Bundestag dem Einsatz von bis zu 950 Soldaten zu. Sie sollen gemeinsam mit ihren internationalen Partnern Schlepperboote in den internationalen Gewässern zwischen Libyen und Italien „anhalten und durchsuchen, beschlagnehmen und umleiten, wenn der Verdacht besteht, dass sie für Menschen-smuggel oder Menschenhandel benutzt werden“, wie die Bundesregierung in ihrem Antrag (18/6013, 18/6189) schreibt. Während der Debatte sagte Gabi Weber (SPD), der Einsatz sei notwendig, auch wenn er vor allem die Symptome bekämpfe. Ziel von EUNAVFOR MED sei es, die Schleuser in Italien vor Gericht zu stellen und aufgefundene Flüchtlinge „sicher nach Italien zu bringen“.

Alexander S. Neu (Die Linke) kritisierte, dass die Seenotrettung als explizites Ziel nicht genannt werde. So wie er den Einsatzplan verstehe, gehe es darum, „die Schiffe Richtung Afrika abzudrängen“. Das wäre jedoch „nicht nur ein Skandal sondern ein Verbrechen an den Menschen, die man auf diese Weise abschleibt“.

Das Abdrängen der Schiffe sei nicht geplant, entgegnete Roderich Kiesewetter. (CDU) Vielmehr gehe es darum, das Netzwerk der Schlepper auszuheben. Dem müsse allerdings ein weiterer Schritt folgen, sagte er. Deshalb müsse alles dafür getan werden, damit in Libyen eine Einheitsregierung entstehe. „Wir müssen in die libyschen Hoheitsgewässer“, forderte Kiesewetter.

»Wir müssen in die libyschen Hoheitsgewässer.«  
Roderich Kiesewetter (CDU)

Als ein „Spiel mit dem Feuer“ bezeichnete Agnieszka Brugger (Grüne) Planungen, auf dem libyschen Festland gegen Schlepper vorzugehen. „Stoppen Sie das“, forderte sie. Der Operationsplan lasse nur den Schluss zu, dass Schiffe in Richtung Afrika abgedrängt werden sollen. „Das lehnen wir Grünen ganz klar ab“, machte sie deutlich.

Götz Hausding

## Gescheitertes Modell

**EUROPAPARAT** Abgeordnete für Reform des Dublin-Systems

Das Europaparlament fordert, den „Status des europäischen Flüchtlings“ einzuführen. Für die Abgeordneten aus den 47 Nationen des Staatenbunds, deren Sitzung vergangene Woche vor allem im Zeichen der Flüchtlingskrise stand, markiert dieses Verlangen ein zentrales Element der dringend gebotenen Reform des Dublin-Abkommens.

Eine in Straßburg mit großer Mehrheit verabschiedete Resolution beschreibt diesen Status indes nur vage. Flüchtlinge, die unter einen solchen „internationalen Schutz“ fallen, sollen etwa ihren Aufenthaltsort zwischen den Dublin-Ländern leichter wechseln können, auch soll deren Asylverfahren verkürzt werden.

Nach Auffassung der Parlamentarier offenbart der Massenzustrom von Flüchtlingen nach Europa, dass das Dublin-Modell, welches die Ankunftsstaaten von Flüchtlingen zur Bearbeitung der Asylgesuche verpflichtet, „gescheitert“ und „zusammengebrochen“ ist. So seien Mittelmeerländer von dem Ansturm überfordert, zudem gelinge keine faire Verteilung der Flüchtlinge. „Kein Land kann dieses Problem allein bewältigen“, betonte die italienische Parlamentsprä-

dentin Laura Boldrini in der Debatte. Die Resolution kritisiert das Dublin-System als „Symbol der Ungerechtigkeit“.

Gelinge eine Erneuerung des Dublin-Modells nicht, so drohe dessen Ende samt „Chaos und Konfusion“, warnen die Abgeordneten.

Aus deren Sicht gehört zu einer Reform etwa eine stärkere Harmonisierung der nationalen Verfahren zur Ermittlung des Flüchtlingsstatus samt gegenseitiger Anerkennung der jeweiligen Entscheidungen. Man könne auch eine „gemeinsame“ Bearbeitung von Asylanträgen erwägen, was aber nicht näher erläutert wird. Nicht konkretisiert wird auch das Plädoyer für „automatische Verfahren“, die bei der Verteilung anerkannter Flüchtlinge eine „gerechte Lastenverteilung“ zwischen den Staaten gewährleisten sollen.

Der spanische Abgeordnete Pedro Agramonte forderte, die Flüchtlingspolitik zwischen Herkunfts-, Transit- und Aufnahme-ländern abzustimmen. Thorbjörn Jagland (Norwegen), der Generalsekretär des Europarats, warnte zudem: „Wenn wir nicht in der Lage sind, legale Wege nach Europa zu schaffen, wird die illegale Migration weitergehen.“

Karl-Otto Sattler

»Das Dublin-System ist Symbol der Ungerechtigkeit.«

Laura Boldrini, Parlamentspräsidentin

## »Gefährliche Provokation«

**AUSWÄRTIGES II** Oppositionsfractionen fordern Abzug von US-Atomwaffen aus Deutschland

Die von den USA geplante Modernisierung ihrer in Deutschland stationierten Atomwaffen ist bei den Oppositionsfractionen vergangene Woche im Bundestag auf herbe Kritik gestoßen. In einer auf Verlangen der Linksfraction anberaumten Aktuellen Stunde forderten Grüne und Linke die Bundesregierung auf, sich für den Abzug sämtlicher Atomwaffen aus Deutschland einzusetzen. Die Koalitionsfractionen verwiesen dagegen auf Deutschlands Verpflichtungen im Rahmen des Nato-Systems der nuklearen Teilhabe und das von Russland ausgehende Bedrohungspotenzial.

**Geplante Modernisierung** Als nukleare Teilhabe wird die Stationierung von US-Atomwaffen in zahlreichen Nato-Ländern bezeichnet. Im Kriegsfall müssen sie vom US-Präsidenten freigegeben werden. Weil die Systeme inzwischen veraltet sind, beschloss die USA 2010 ein Modernisierungsprogramm für die Atombomben vom Typ B61, von denen seit dem Kalten Krieg auch einige auf dem Gelände des Fliegerhorsts Büchel in Rheinland-Pfalz lagern. Wie das ZDF-Magazin Frontal 21 unter Berufung auf US-Haushaltspläne kürzlich berichtete, sollen in der Eifel bis zu 20 neue Atombomben stationiert werden. Die Vorbereitungen dafür sollen in diesen Tagen beginnen.

Alexander Ulrich (Die Linke) verurteilte die Pläne scharf. „Atomare Aufrüstung auf deutschem Boden lehnen wir entschieden ab“, erklärte er. Das Vorgehen der USA stelle eine gefährliche Provokation gegenüber Russland dar und heize die Dynamik für einen neuen Kalten Krieg weiter an. Der Bundesregierung warf Ulrich „Versagen bei der eigenen Abrüstung“ vor. In einem gemeinsamen Beschluss hätten sich 2010 alle Bundestagsfractionen auf das Ziel einer



Bis zu 20 neue Atombomben sollen im Fliegerhorst Büchel stationiert werden

Lage im Osten Europas seit 2010 verändert habe. Russland halte Volltruppenübungen ab, probe die Verlegung von Kurzstreckenraketen und verletze mit seinen Bombern den Luftraum der EU. „Wir müssen deutlich sagen, dass die nukleare Bedrohung von Russland ausgeht“, konstatierte Kiesewetter. Deutschland könne daher nicht einseitig auf nukleare Teilhabe verzichten. Sein Fraktionskollege Thorsten Frei (CDU) wurde noch deutlicher: „Wer einseitig auf Atomwaffen verzichtet, solange es keine atomwaffenfreie Welt gibt, ist dumm und naiv.“ Auch angesichts des Wettrüstens zwischen Indien und Pakistan und den chinesischen Milliardeninvestitionen in Atomwaffen sei es Aufgabe des Staates, für die Sicherheit seiner Bewohner zu sorgen.

**Überzeugungsarbeit** Niels Annen (SPD) betonte, dass sich die Bundesregierung weiter für eine „globale Nulllösung“ einsetzen werde. Sie wolle innerhalb der Nato ihre Verbündeten davon überzeugen, dass es der richtige Weg sei, die Atomwaffen abzubauen. Annen sprach von einem „mühsamen Weg“, zeigte sich aber „optimistisch“, dass wir in den nächsten Monaten die Möglichkeit haben werden, darauf hinzuwirken. Gerade in der aktuell angespannten Weltlage sei es eine Chance, dass Deutschland 2016 den OSZE-Vorsitz übernehmen werde (siehe Text oben). Russland hat auf die Medienberichte über die US-amerikanischen Pläne bereits reagiert. Neue Atomwaffen in Deutschland könnten „die Machtbalance in Europa verändern“, warnte vor einigen Tagen ein Regierungssprecher. Und er fügte hinzu: „Ohne Zweifel würde das erfordern, dass Russland notwendige Gegenmaßnahmen ergreift, um die strategische Balance und Parität wiederherzustellen.“

Johanna Metz





Feuerwehrleute und Polizisten am 4. November 2011 in Eisenach vor dem Wohnmobil, in dem die Leichen der NSU-Terroristen Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt entdeckt werden (links). Der Anschlag in einem Kölner Friseurladen (rechts) am 9. Juni 2004 wird dem NSU zugeschrieben. © picture-alliance/dpa

# Widersprüchen auf der Spur

**NSU-SKANDAL** Ein zweiter Untersuchungsausschuss könnte die vielen offenen Fragen aufarbeiten

Das gestreifte Sweatshirt mit Kapuze hängt ordentlich auf dem Bügel, daneben eine hellgraue Outdoor-Jacke. In den Fächern der schmalen Einbauschränke des Wohnmobils liegen Fahrradhelme, Sportsachen, ordentlich gefaltete Shirts und Pullover. Auch der Kühlschrank ist gut gefüllt: Schwarzwälder Schinken, Würste, Fleischsalat, Schnittkäse. Die beiden Camper in diesem Fahrzeug – das legen die Fotos aus der Ermittlungsakte nahe – hätten noch einige Zeit herumfahren können. Das sind sie aber nicht. Sie sind gestorben in diesem Fahrzeug, am 4. November 2011, kurz nach 12 Uhr. Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt hatten drei Stunden zuvor eine Sparkassenfiliale in der thüringischen Kreisstadt Eisenach überfallen, waren danach mit ihrem Wohnmobil in ein ruhiges Neubaugebiet im nahen Ortsteil Stregda gefahren und parkten dort. Als dann gegen 12 Uhr eine Polizeistreife auftaucht, fallen in dem Fahrzeug im Abstand von wenigen Sekunden Schüsse. Dann lodern Flammen aus dem Dach.

Es ist das ebenso spektakuläre wie bis heute rätselhafte Ende der rechten Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU). Mit Böhnhardt und Mundlos sterben zwei Neonazis, die fast 14 Jahre lang im Untergrund lebten. Die beiden Männer sollen allein neun Migranten und eine Polizistin erschossen sowie 15 Raubüberfälle ausgeführt haben. Beate Zschäpe, ihre Gefährtin, steht seit fast zweieinhalb Jahren in München vor Gericht, weil sie an den Taten indirekt mitgewirkt haben soll. Sie hatte knapp drei Stunden nach dem Tod ihrer beiden Freunde die gemeinsame Wohnung des Trios in Zwickau in Brand gesetzt und war geflohen, bevor sie sich vier Tage später stellte.

Was tatsächlich geschah an jenem 4. November 2011, das ist bis heute nur unzureichend aufgeklärt. Die offenen Fragen hierzu reißen sich ein in eine stetig wachsende Liste von Widersprüchen und Unstimmigkeiten, die die offizielle Darstellung der Ermittlungsbehörden von den Taten und dem Ende des NSU in Frage stellen. Das sehen auch Abgeordnete aller Bundestagsparteien so. Fraktionsübergreifend gibt es Stimmen, die einen neuen NSU-Untersuchungsausschuss fordern.

Bereits in der vergangenen Legislaturperiode hatte es einen NSU-Ausschuss gegeben. Ende Januar 2012 war er vom Parlament eingesetzt worden. Seine Aufgabe bestand darin, insbesondere Fehler und Versäumnisse in den Sicherheitsbehörden aufzuklären, die zur Entstehung der Terrorgruppe und ihrer beispiellosen Mordserie beigetragen hatten. Schwerpunkt waren dabei die Vorgänge bis zum Auffliegen des NSU im November 2011. Doch nach anderthalb Jahren eifriger und – für parlamentarische Untersuchungsausschüsse eher ungewöhnlichen – harmonischen Aufklärungsarbeit blieben viele Fragen ungeklärt. Das stellte der Ausschuss auch in seinem am 22. August 2013 vorgelegten, mehr als 1.300 Seiten langen Abschlussbericht fest.

Ursprünglich sollte sich deshalb der Innenausschuss des Bundestages in dieser Legisla-

turperiode mit dem NSU-Thema weiter befassen. Noch offene Fragen und neue Erkenntnisse, die sich aus den andauernden Ermittlungen der Bundesanwaltschaft, der Arbeit mehrerer Landtagsausschüsse und dem Münchner NSU-Prozess ergeben, wollte der Innenausschuss mit den Verantwortlichen aus den Behörden und Ministerien klären. Das war der Plan – aber er hat nicht funktioniert. Zwar gab es im Innenausschuss etliche Fragerunden zum Thema NSU, selbst eine Sondersitzung wurde einberufen; aber die eingeladenen Vertreter der Ermittlungsbehörden und des Verfassungsschutzes zeigten sich wenig auskunftsbereit.

So scheint die Einsetzung eines neuen NSU-Untersuchungsausschusses unumgänglich – schließlich hat solch ein Gremium umfassende und auch juristische Möglichkeiten zur Sachaufklärung eines komplexen Vorganges, wie es der NSU und seine Vor- wie Nachgeschichte darstellt. Erleichtert würde die Arbeit des neuen Gremiums schließlich auch dadurch, dass die Akten des alten NSU-Ausschusses noch in den Fraktionen liegen, weshalb Beweisunterlagen frühzeitig vorbereitet werden können. Wenn man so will, kann der neue Ausschuss quasi einen „Warmstart“ vollziehen und sofort in die Sachaufklärung einsteigen. Damit wäre er auch in der Lage, ein durchaus ambitioniertes Programm zu schaffen, auch wenn er erst zur Mitte der Legislaturperiode eingesetzt wird.

Zwar liegt noch kein Antrag zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses vor, in dem auch die Aufklärungsziele des Gremiums festgelegt sind. Allerdings hat es schon Abstimmungsrunden zwischen den Fraktionen gegeben, um die inhaltlichen Eckpunkte der Arbeit abzustecken. Denn es ist das erklärte Ziel aller Beteiligten, dass auch dieser NSU-Ausschuss wie schon der erste vor dreieinhalb Jahren von allen Fraktionen des Bundestages getragen wird. Die Abgeordneten wollen gemeinsam ermitteln und aufklären, was auch als Signal verstan-

den werden soll: Angesichts fremdenfeindlicher Demonstrationen und brennender Flüchtlingsheime soll das Thema Rechtsextremismus und Terrorismus nicht zum Spielball parteipolitischer Auseinandersetzungen geraten. Zwar halten sich die Fraktionen zur Frage des Untersuchungsgegenstandes derzeit noch bedeckt; vermutlich werden die Aktivitäten von Verfassungsschutz, Bundeskriminalamt (BKA) und Bundesanwaltschaft im Mittelpunkt des Aufklärungsinteresses stehen. Denn anders als im ersten NSU-Ausschuss soll jetzt auch die Zeit nach dem Auffliegen der Terrorgruppe 2011 beleuchtet werden. Dabei wird es unter anderem um die Frage gehen, warum die Ermittler vielen Hinweisen und Zeugnisaussagen, die auf einen größeren Kreis von Mitwissern und Mittätern hindeuten, nur unzureichend nachgegangen sind. Das bezieht sich etwa auf den Polizistenmord in Heilbronn, die Tatumstände des Mordanschlags in einem Kasseler Internetcafé, die Bombenanschläge in Köln sowie Spuren, die auf eine Verflechtung des Trios mit weiteren rechtsextremen Gruppen, aber auch mit der Organisierten Kriminalität und dem Rockermilieu hindeuten. Daneben werden auch die Abläufe rund um den 4. November 2011 in Eisenach und Zwickau vermutlich eine zentrale Rolle spielen. Die seit vergangem Frühjahr arbeitenden Ausschüsse der Landtage in Dresden und Erfurt haben hierzu bereits eine Reihe grober Ermittlungsfehler aufgedeckt, die die offizielle Darstellung der Abläufe an diesem Tag in Frage stellen.

In Erfurt etwa sind Feuerwehrleute befragt worden, die am 4. November 2011 in Eisenach mit dem Löschen des brennenden Wohnmobils beauftragt waren. Von Ermittlern wurden sie bislang nicht befragt, dabei haben diese Zeugen ungewöhnliche Beobachtungen gemacht. So sagten gleich mehrere von ihnen aus, dass die Polizei vor Ort ihnen das Löschen des Feuers im Fahrzeug untersagt hatte, obwohl man nach dem Öffnen der Seitentür die Beine einer im Fahrzeug liegenden Person gesehen habe. Normalerweise gehe Menschenrettung in solchen Situationen vor, sagte einer der Zeugen. Und man habe ja auch nicht wissen können, ob die Person nicht noch am Leben sei. „Aber ein Polizeibeamter sagte uns, wir dürften nicht weiter löschen, um keine Spuren zu verwischen.“ Er habe daher den Eindruck gehabt, dass die Polizei schon gewusst habe, dass die Personen im Wohnmobil tot sind. Auch der Einsatzchef der Eisenacher Berufsfeuerwehr bestätigte, dass die Polizei früh das Kommando übernommen hatte. Den Feuerwehrleuten sei ein Betreten des Wohnmobils strikt verbo-

ten worden. Selbst eine Nachkontrolle, mit der üblicherweise nach möglichen Glutnestern im Inneren des Wohnmobils gesucht wird, sei untersagt worden. Der Einsatzchef bestätigte auch, dass die Polizei die Speicherkarte einer Kamera beschlagnahmt hatte, mit der die Feuerwehr ihren Einsatz in Eisenach-Stregda dokumentieren wollte. Auf der Speicherkarte hätten sich Aufnahmen aus dem Inneren des Wohnmobils befunden. Erst viel später habe die Polizei die beschlagnahmte Speicherkarte zurückgegeben. „Sie war allerdings leer, die darauf befindlichen Aufnahmen sind gelöscht worden“, sagte der Beamte aus. Bis heute sind diese Aufnahmen, die ersten Fotos aus dem Inneren des Wohnmobils, verschwunden. In den Akten finden sich nur die Tatortfotos, die Stunden später nach Abtransport des Fahrzeugs von der Polizei gefertigt worden waren. Damit können aber auch die Widersprüche nicht geklärt werden, die sich aus den Beobachtungen der Feuerwehrmänner ergeben.

So sagten drei von ihnen, die durch die offene Seitentür in das Fahrzeug hineinschaut hatten, übereinstimmend aus, sie hätten die Beine und Füße einer Person gesehen, die ihrer Beschreibung nach auf dem Rücken gelegen haben muss. Dabei handelte es sich offenbar um die Leiche von Böhnhardt. Auf den erst Stunden spä-

ter angefertigten Tatortfotos der Polizei hingegen liegt Böhnhardt auf dem Bauch im Gang des Fahrzeugs. Wurde die Leiche also anders hingelegt? Ein vierter Feuerwehrmann, der kurz nach dem Löschen in das Fahrzeug geklettert war, um die später verschwendeten Fotos zu machen, sagte ebenfalls aus, dass die Leiche im Gang auf dem Rücken gelegen habe. Auch gab er vor dem Ausschuss an, keine Waffen im Inneren des Fahrzeugs gesehen zu haben. Auf den späteren Tatortfotos hingegen liegen auf der Sitzbank, dem Tisch und dem Herd eine Maschinenpistole und zwei Pistolen – das hätte er kaum übersehen können. Neben den Versäumnissen bei den NSU-Ermittlungen würde aber noch einmal das Agieren des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) vor und nach dem Auffliegen der Terrorgruppe unter die Lupe zu nehmen sein. Denn wie sich in den letzten zwei Jahren herausstellte, haben Vertreter des BfV dem ersten Ausschuss seinerzeit wesentliche Informationen und Unterlagen vorenthalten. So etwa über ein im Bundesamt angesiedeltes Fachreferat für Rechtsterrorismus. Unklar ist auch noch die Rolle von V-Leuten, die deutsche Sicherheitsbehörden im näheren

und weiteren Umfeld des mehr als 13 Jahre im Untergrund lebenden Terrortrios platziert hatten. Nebenklägeranwälte im Münchner NSU-Prozess gehen nach der Enttarnung weiterer Informanten in den letzten zwei Jahren inzwischen von mehr als 40 Spitzeln rund um den NSU aus. Im vergangenen Jahr war zudem bekannt geworden, dass dem BfV schon lange vor 2011 mehrere Hinweise auf die Existenz des NSU zugegangen sind. Der Verfassungsschutz aber bestreitet, von der Terrorgruppe bis zu deren Auffliegen etwas gewusst zu haben. Genauer zu untersuchen wäre schließlich auch die Rolle der BfV-Gruppe „Lageorientierte Sonderorganisation“ (LoS). Die LoS war im Bundesamt kurz nach dem 4. November 2011 gebildet worden. Sie sollte für Bundesanwaltschaft und BKA alle relevanten BfV-Akten aus dem Bereich Rechtsextremismus zusammenstellen. Offenbar hatte die LoS aber Unterlagen zunächst zurückgehalten, etwa über ausgewählte V-Leute, die dem Bundesamt lange vor 2011 Informationen über das Trio geliefert haben sollen. Zum Stab des LoS gehörte zudem jener BfV-Abteilungsleiter, der nur wenige Tage nach dem Auffliegen des NSU die Akten von mehreren V-Leuten aus dem Umfeld des Trios schreddern ließ. Wenn alles nach Plan läuft, könnte der Bundestag dann Anfang November über die Einsetzung des Gremiums abstimmen – vier Jahre nach dem Auffliegen des NSU. *Andreas Förster* ■

Der Autor ist freier Journalist in Berlin.

**Aktivitäten von Verfassungsschutz, BKA und Bundesanwaltschaft sind im Fokus.**

**Zeugen deuten auf einen größeren Kreis von Mittätern beim Polizistenmord hin.**



Beamte sichern Spuren beim Heilbronner Polizistenmord. © picture-alliance/dpa

Anzeige

## Über die Volksgemeinschaft der Deutschen



### Über die Volksgemeinschaft der Deutschen

Begriff und historische Wirklichkeit jenseits historiografischer Gegenwartsmoden

Von Dr. Peter Schyga

2015, 197 S., brosch., 36,- €  
ISBN 978-3-8487-1369-1

[www.nomos-shop.de/22979](http://www.nomos-shop.de/22979)

Die Volksgemeinschaft der Deutschen und ihre gewaltige, Vernichtung bringende Aufladung im Nationalsozialismus ist seit Jahren ein zentraler Gegenstand der deutschen Geschichtswissenschaft. Der Autor sucht nach inneren Triebkräften und decodiert den schwer fassbaren Begriff der „deutschen Volksgemeinschaft“.

**FRANKFURTER BUCHMESSE**  
Besuchen Sie uns in  
Halle 4.2, Stand E 51

**Nomos**

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37  
Portofreie Buch-Bestellungen unter [www.nomos-shop.de](http://www.nomos-shop.de)  
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



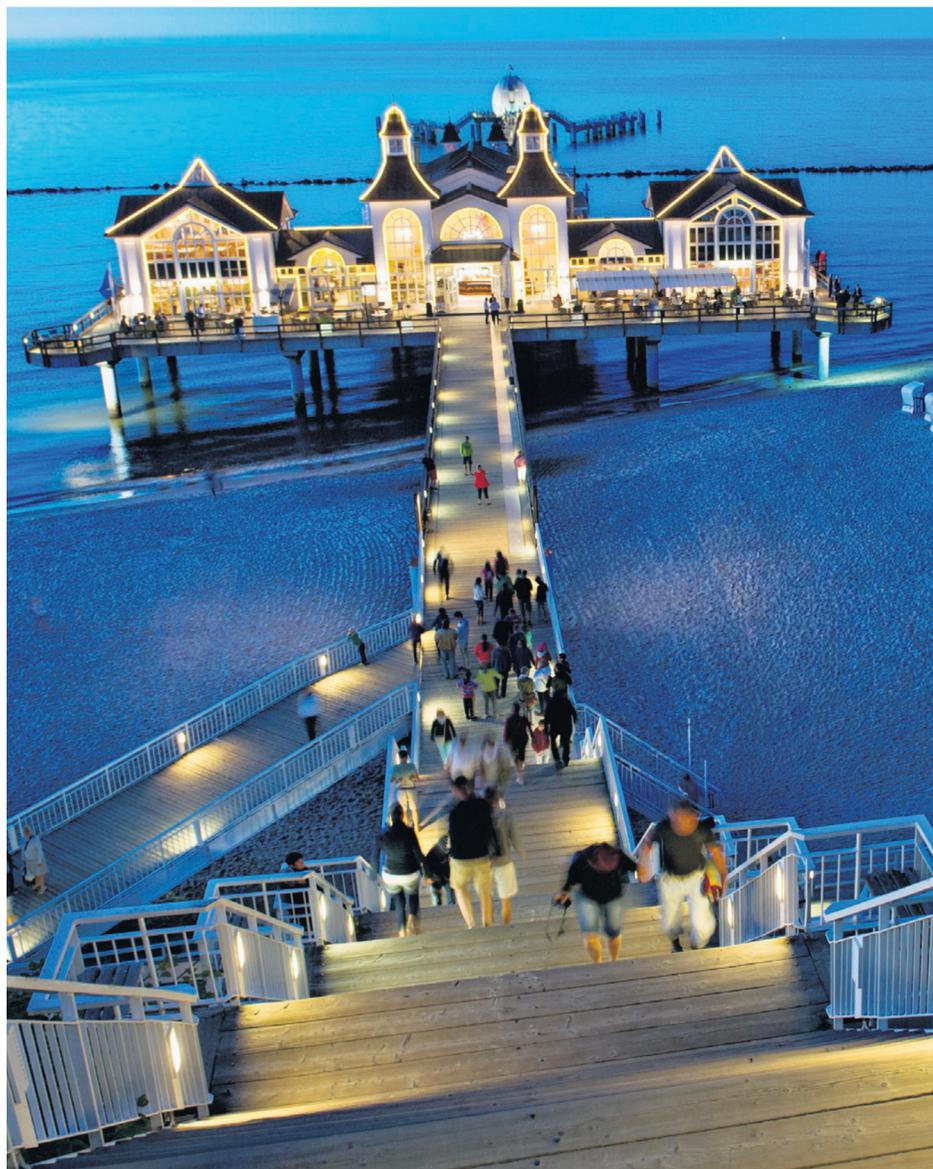
## »Weihnachten fällt aus«

**ENDLAGER-KOMMISSION** Die Mitglieder der Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe (Endlager-Kommission) wollen weiterhin an dem im Standortauswahlgesetz festgelegten Zeitplan festhalten. Bis Ende Juni 2016 soll demnach ein Bericht über Kriterien für die Endlager-Suche präsentiert werden. Darauf verständigte sich das Gremium während seiner Sitzung am vergangenen Freitag.

Der Fokus des Berichtes solle dabei auf den Kriterien für ein Endlager für hoch radioaktive Abfallstoffe liegen, sagte Steffen Kanitz (CDU). Die Unterbringung von schwach und mittel radioaktiven Abfällen an dem zu findenden Standort werfe Fragen auf, die von der Endlager-Kommission nicht abschließend geklärt werden könnten. So sei zum Beispiel die Beschaffenheit der zu bergenden Abfälle aus der Asse unklar. Mit diesen Fragen müsse sich ein Nachfolgegremium befassen, sagte Kanitz. Die Idee eines „Kombi-Endlagers“ war im Nationalen Entsorgungsprogramm, das das Bundeskabinett jüngst beschloss, aufgeworfen worden. Schon in der vergangenen Kommissions-Sitzung hatte es zu dem Thema intensive Diskussionen gegeben.

Die von Kanitz vorgetragene Position wurde auch von den übrigen in der Endlager-Kommission sitzenden Berichterstatern der Bundestagsfraktionen mitgetragen. Hubertus Zdebel (Die Linke) stellte klar, dass eine Verlängerung um beispielsweise ein halbes Jahr nicht sinnvoll wäre, denn auch dann würden noch keine Erkenntnisse zu den Asse-Abfällen vorliegen. Sylvia Kotting-Uhl (Bündnis 90/Die Grünen) regte deshalb konzentrierte Forschungsvorhaben zu den Abfällen an. Ute Vogt (SPD) sagte, dass die Suche nach einem Endlager allerdings nicht erst dann beginnen könne, wenn Klarheit über die Asse-Abfälle bestehe, sondern zeitnah losgehen müsse.

Ko-Vorsitzender Michael Müller unterstützte den Vorschlag, am Zeitplan festzuhalten. In Anbetracht der noch zu klärenden Fragen regte er an, Arbeitsprozesse zu intensivieren. „Weihnachten fällt aus“, sagte Müller in Hinblick auf das anstehende Arbeitspensum. *scr* ||



Ein Kleinod des Ostsee-Tourismus ist die Seebrücke von Sellin auf der Insel Rügen.

© picture-alliance/dpa

### KURZ NOTIERT

#### Luftverkehrsabkommen mit Island und Norwegen

Island und Norwegen sollen zwei Luftverkehrsabkommen beitreten können. Dazu stimmte der Bundestag vergangene Woche einem Gesetzentwurf der Bundesregierung (18/5580) zu dem Luftverkehrsabkommen vom 16. und 21. Juni 2011 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika als erster Partei, der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten als zweiter Partei, Island als dritter Partei und dem Königreich Norwegen als vierter Partei zu. Das Parlament genehmigte damit zusammenhängend auch Zusatzabkommen zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten als erster Partei, Island als zweiter Partei und dem Königreich Norwegen als dritter Partei. Es ging um die Anwendung des Luftverkehrsabkommens vom 16. und 21. Juni 2011 auf Beschlussempfehlung (18/6072) neu des Verkehrsausschusses. *mik* ||

#### Höhere Bußgelder bei Verstoß gegen Aktien-Meldepflicht

Der Bundestag hat am Donnerstag mit Mehrheit der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD bei Enthaltung der Oppositionsfraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen dem von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf zur Umsetzung der Transparenzrichtlinie-Änderungsrichtlinie (18/5010, 18/5272, 18/6220, 18/6221) in nationales Recht zugestimmt. Mit dem Gesetz werden unter anderem die Bußgeldvorschriften bei Verstößen gegen Meldepflichten bei Aktienkäufen verschärft. Der Anlegerschutz wird verbessert. *hle* ||

#### Beteiligung an asiatischer Infrastrukturbank in Peking

Die Bundesrepublik wird sich an der Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB) in Peking beteiligen. Der von der Bundesregierung eingebrachten AIIB-Gesetzentwurf (18/6163) wurde vom Bundestag an die Ausschüsse überwiesen. Deutschland muss 900 Millionen US-Dollar für die Beteiligung bezahlen. Die AIIB soll bei Energie, Verkehr, Telekommunikation, Stadtentwicklung und Logistik Finanzierungen vornehmen. *hle* ||

# Erfolg Einheit

## WIRTSCHAFT Aufholtempo des Ostens wird langsamer

**G**radlinig verlief der Prozess nicht. Deutschland wuchs zusammen, aber es kam auch zu Brüchen, Verwerfungen, Fehlentwicklungen. Der Bundestag zog am Freitag eine Bilanz der Einheit nach 25 Jahren. „Der Prozess der deutschen Einheit ist zum Teil sehr widersprüchlich verlaufen“, sagte die Parlamentarische Staatssekretärin im Wirtschaftsministerium, Iris Gleicke (SPD). Man dürfe nicht darüber schweigen, „dass nicht wenige von denen, die vor 25 Jahren hoffnungsvoll und mit großen Träumen in die neue Gesellschaft gestartet sind, bittere und zum Teil demütigende Niederlagen erlebt haben“. Es sei längst nicht so schnell alles besser geworden wie die meisten Ostdeutschen sich das erhofft hätten. Aber es dürfe auch keine Beschönigung der DDR-Diktatur geben. Insgesamt falle die Bilanz jedoch positiv aus: „Der Aufbau Ost ist gelungen. Das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse ist in vielen Bereichen erreicht“, erklärte Gleicke.

Allerdings hinke der Osten auch noch hinterher, zum Beispiel bei Wirtschaftskraft und Steuereinnahmen. Die Arbeitslosigkeit sei höher und die Löhne seien deutlich niedriger: „Der Aufholprozess kommt schon seit Jahren nur sehr langsam voran“, so die Staatssekretärin, die einen Grund in der Kleinteiligkeit der ostdeutschen Wirtschaft sah: „Uns fehlen im Osten die großen Konzerne.“ Eine Ende der Ostförderung dürfe es nicht geben: „Das würde bedeuten, einen Motor abzuwürgen, den man gerade mit viel Aufwand ans Laufen gebracht hat.“

Der Vorsitzende der Linksfraktion, Gregor Gysi, nannte das wichtigste Ergebnis der deutschen Einheit von 1990, „dass durch diese Einheit ein Krieg zwischen den beiden deutschen Staaten ausgeschlossen wurde“. Die Einheit sei auch dank des Mutes vieler Ostdeutscher zu Stande gekommen. „Die Vorteile für den Osten sind offenkundig. Es ist ein Gewinn an Freiheit und Demokratie. Nie wieder wird es eine Mauer in Deutschland geben.“ Aber trotz wirtschaft-

licher Erfolge und Bereicherung für viele habe es eine andere Seite gegeben: „Ein 50-Jähriger, der bis zur Rente arbeitslos blieb, hat die Bereicherung kaum empfunden.“ Gysi erinnert, nach Abschluss der Privatisierung der DDR-Wirtschaft 1994 habe es nur noch 1,5 von einst 4,1 Millionen Arbeitsplätzen in den Treuhand-Unternehmen gegeben.

**Aufarbeitung** Mark Hauptmann (CDU) warf Gysi vor, als „Hobbypsychologe“ die Geschichte erklären und die Westbindung Deutschlands in Frage stellen zu wollen. „Es waren die Adenauers, die Brandts und die Kohls, die die Einheit herbeigewirkt haben, und nicht die Lafontaines, die Honeckers und die Gysis in dieser Republik.“

Ostdeutschland habe enorm aufgeholt. „Das bestreitet niemand, nicht einmal Herr Gysi“, sagte Hauptmann, der dazu aufrief, bei allen wirtschaftlichen Erfolgen die Geschichte nicht zu vergessen und auch angesichts des silbernen Jubiläums der Einheit keinen Schlussstrich unter die SED-Diktatur zu ziehen. Die Aufarbeitung müsse weitergehen, und es sei eine „Schande“, dass die Linke diese 25 Jahre nicht zur Aufarbeitung genutzt habe.

Der wirtschaftliche Umbruch und die Veränderungen im Leben hätten den Ostdeutschen viel abverlangt. „Und diese Leistung gilt es heute zu würdigen“, sagte Stephan Kühn (Grüne). Der wirtschaftliche Aufholprozess sei vorangekommen, aber habe an Dynamik verloren, stellte er fest. Der von der Bundesregierung vorgelegte Bericht 2015 (18/6100) schreibt die Bundesregierung ein Vierteljahrhundert nach der deutschen Einheit von einem beachtlichen Aufholwachstum in den neuen Ländern. Der Aufbau Ost sei „insgesamt gelungen“. Allerdings wird auch eingeräumt, dass der Ab-

stand in der durchschnittlichen Wirtschaftskraft zwischen den neuen und den alten Ländern auch heute noch groß sei. Die Arbeitslosenquote sei mit 9,8 Prozent noch überdurchschnittlich hoch, auch wenn sich der Unterschied zur Situation in den alten Ländern verringert habe. Als eine „dynamische Wachstumsbranche“ in Ostdeutschland wird der Tourismus mit mehr als 355.000 Erwerbstätigen bezeichnet. Besonders erfolgreich hätten sich die Reiseziele in Mecklenburg-Vorpommern etablieren können.

„Unser Ziel ist und bleibt die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet“, heißt es in einem gemeinsamen Antrag (18/6188) der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD, den der Bundestag mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen annahm. Darin fordern die Fraktionen die Bundesregierung auf, „eine in dieser Legislaturperiode anstehende Initiative des Deutschen Bundestages für ein Denkmal zur Mahnung und Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft an einem zentralen Ort in Berlin vorzubereiten und zu begleiten.“

Zu den weiteren Forderungen der Koalitionsfraktionen gehört, dass die Bundesregierung vor Auslaufen des Solidarpakts im Jahr 2019 ein Konzept zur Ausgestaltung eines gesamtdeutschen Systems der regionalen Wirtschaftsförderung ab 2020 erarbeiten soll. Die Förderprogramme zur Unterstützung der Wirtschafts- und Forschungslandschaft sollen mindestens in demselben Umfang fortgeschrieben werden.

**Westdeutsche Perspektive** In einem an die Ausschüsse überwiesenen Entschließungsantrag (18/6195) kritisiert die Linksfraktion, dass der Jahresbericht keine Verbesserungsvorschläge zum Erreichen der sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen deutschen Einheit enthalte. Außerdem komme im Rückblick die 40 Jahre währende deutsche Teilung lediglich aus der Perspektive der westdeutschen Entwicklung vor. Die Linksfraktion fordert die Bundesregierung auf, schnellstmöglich einen Aktionsplan zum gesellschaftspolitischen Zusammenwachsen vorzulegen sowie ein Programm zur Angleichung des Lohn- und Gehaltsniveaus im Osten auf den Weg zu bringen. *Hans-Jürgen Leersch* ||

### AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

## VW soll »restlos aufklären«

**WIRTSCHAFT** Die Bundesregierung hat den Volkswagen-Konzern aufgefordert, die Vorwürfe um Abgas-Manipulationen bei Dieselfahrzeugen „restlos aufzuklären“. Dies erklärte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Uwe Beckmeyer (SPD), in der vergangenen Woche vor dem Wirtschaftsausschuss des Bundestages. Die Folgen für den Wirtschaftsstandort Deutschland seien „noch gar nicht absehbar“, sagte Beckmeyer. Neben der Aufklärung sei nun vorrangig, verlorenes Vertrauen wieder herzustellen. Dazu gehöre, die Testverfahren in Europa für den Schadstoffausstoß von Fahrzeugen auf den neuesten Stand zu bringen. Beckmeyer wies darauf hin, dass die Affäre auch Folgen für den Klimaschutz haben könnte, falls Autokäufer nun vermehrt auf Benzin-

erfüllung umsteigen sollten. Denn diese hätten einen um 20 Prozent höheren CO2-Ausstoß als vergleichbare Diesel. Wenn die vorgesehene neue europäische Richtlinie für Abgastests erfolgreich sei, könne sie dazu beitragen, dass „das Vertrauen in die Dieselschicht wieder gestärkt wird“. Beckmeyer wies darauf hin, dass eine „rechtliche Bewertung des Vorgangs“ erst erfolgen könne, „wenn sämtliche Fragen aufgeklärt und die Angaben von VW auch überprüft“ seien. Notwendige Umrüstungen sowie mögliche Straf- und Schadenersatz-Zahlungen könnten „erhebliche finanzielle Folgen für VW“ haben. „Es ist jetzt wichtig, dass die Dachmarke Made in Germany keinen Schaden nimmt“, erklärte Beckmeyer. Abgeordnete aller Fraktionen zeigten sich besorgt über möglicher Folgen der Affäre. *psf* ||

## 1,1 Millionen Euro für Sorben

**HAUSHALT** Der Zuschuss des Bundes an die „Stiftung für das Sorbische Volk“ soll um 1,1 Millionen Euro auf 9,32 Millionen Euro erhöht werden. Dies beschloss der Haushaltsausschuss am Donnerstag einstimmig bei den Beratungen über den Regierungsentwurf des Etats 2016 des Bundesinnenministeriums. Auch der Verband „Special Olympics Deutschland“, der Menschen mit geistiger Behinderung einen Zugang zum Sport verschafft, soll im kommenden Jahr 200.000 Euro mehr erhalten. Somit sollen dort 280.000 Euro zur Verfügung stehen.

Noch nicht beraten hat der Ausschuss Maßnahmen im Etat des Bundesinnenministeriums, die im Zusammenhang mit der Aufnahme und Unterbringung der Flüchtlinge und Asylbewerber stehen. Dies soll in der so genannten

Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses am 12. November geschehen, bei der auch ein entsprechendes Gesamtkonzept vorliegen soll

Darüber hinaus legten die Oppositionsfraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen insgesamt 18 Änderungsanträge vor, die die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD mit ihrer Mehrheit ablehnten. Die Linke forderte unter anderem für das Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“, in dem demokratische Teilhabe in strukturschwachen Regionen bundesweit gefördert wird, vier Millionen Euro mehr und die Grünen erfolglos vier Millionen Euro zur Bekämpfung des Rechtsextremismus im Sport und 4,6 Millionen Euro mehr für die Förderung von Maßnahmen zur Integration von Zuwanderern und Spätaussiedlern. *mik* ||

## Fortschritte in EU beim Naturschutz

**UMWELT** Der von der EU-Kommission vorgelegte Bericht über den Zustand der Natur in der Europäischen Union im Zeitraum von 2007 bis 2012 ist vergangene Woche im Umweltausschuss auf ein positives Echo gestoßen. Vertreter aller Fraktionen lobten sichtbare Erfolge bei der Umsetzung der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie) sowie der Vogelschutzrichtlinie, allerdings mahnten sie weiteren Handlungsbedarf an.

Der Bericht ermögliche erstmals einen umfangreichen Überblick über Fortschritte in Bezug auf einzelne Arten und bestimmte Regionen der Europäischen Union, hob die Unionsfraktion hervor. Allerdings bemängelte sie, dass es für einige der sogenannten Natura 2000-Schutzgebiete noch keine Managementpläne gebe. Außerdem würden die von der EU zur Verfügung gestellten Mittel für den Natur-

schutz nicht von allen Mitgliedstaaten gleichermaßen abgerufen. Die SPD-Fraktion nannte die Ergebnisse des Berichts einen Beleg dafür, dass sich der Einsatz für den Naturschutz lohne. So seien in Deutschland Erfolge sichtbar, die sich klar auf Maßnahmen in den Natura 2000-Gebieten zurückführen ließen.

Linksfraktion und Bündnis 90/Die Grünen drängten die Bundesregierung, die seit langem geplanten Reformen von Düngeverordnung und Düngegesetz endlich zu beschließen und mehr ökologische Vorrangflächen, in denen unter anderem der Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden ausgeschlossen ist, zu schaffen. Die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, Rita Schwarzelühr-Sutter (SPD), erklärte daraufhin, die Reform der Düngeverordnung könne voraussichtlich bis Ende des Jahres beschlossen werden. *joh* ||

## Zu viele Unklarheiten

### UMWELT Breite Kritik an Umsetzung des Nagoya-Protokolls

In Regionen mit großer Artenvielfalt, wie Regenwäldern und Korallenriffen, wachsen viele Pflanzen mit besonderen Eigenschaften. Sie werden häufig zu Arzneimitteln oder Kosmetikprodukten verarbeitet. Um die biologische Vielfalt zu schützen, soll der Zugang zu diesen genetischen Ressourcen nur noch zu fairen und transparenten Bedingungen stattfinden; die Herkunftsländer sollen in gerechter Weise an den Vorteilen der Nutzung beteiligt werden. So sieht es das Nagoya-Protokoll vor, das die Vertragsstaaten des Übereinkommens über die biologische Vielfalt im Jahr 2010 beschlossen haben.

Die jetzt von der Bundesregierung vorgeschlagene Umsetzung des Protokolls (18/5219) in Deutschland kommt bei Experten jedoch gar nicht gut an. Statt Rechtssicherheit für Unternehmen und Forscher schaffe der Entwurf lediglich eine überbordende Bürokratie, hieß es übereinstimmend während einer Anhörung des Umweltausschusses vergangene Woche.

Ricardo Gent von der Deutschen Industrievereinigung Biotechnologie (DIB) kritisierte, dass der konkrete Anwendungsbereich unklar bleibe. Auch werde nicht klar defi-

niert, was eine genetische Ressource und was eine biologische Ressource sei. Christoph Häuser vom Leibniz-Institut für Biodiversitätsforschung bemängelte die fehlende Klarstellung, „welche Form des wissenschaftlichen Umgangs mit biologischen Proben konkret eine Nutzung im Sinne des Gesetzes darstellt“. Der Entwurf unterscheidet zudem nicht zwischen nicht-kommerzieller Grundlagenforschung und kommerzieller Forschung. Aus Sicht von Cornelia Löhne von der Freien Universität Berlin verfehlt er zudem das Ziel, die kommerzielle und gewinnorientierte Nutzung der Ressourcen effektiv zu kontrollieren.

**Vollzug nicht gesichert** Zuständig für den Vollzug des Nagoya-Protokolls in Deutschland soll laut Gesetzentwurf das Bundesamt für Naturschutz (BfN) sein. Mit den vorhandenen Stellen sei man jedoch weder zu einem wirkungsvollen Vollzug noch zu der gebotenen Beratung von Forschern und Nutzern in der Lage, stellte BfN-Vizepräsident Jelden klar.

Hartmut Meyer von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) wies auf eine weitere Schwachstelle des Entwurfs hin: Er verhindere nicht, dass deutsche Patente auf Produkte vergeben werden, „die auf einem illegalen Zugang zu Ressourcen und traditionellem Wissen beruhen“. Dem stimmte François Meienberg von der Schweizer Organisation „Erklärung von Bern“ zu. Wenn etwa ein Schweizer Konzern eine Ressource „gegen alle Regeln der Biodiversitätskonvention“ nutze und ein Importeur das daraus entstandene Produkt in Deutschland stattgefunden habe und der Nutzende nicht der Anmelder sei, Meienberg warnte: „Das könnte bei multinationalen Konzernen noch schlimmer werden.“ Der Bundestag will das Gesetz am 15. Oktober beschließen. *Gotz Hausding* ||



Regenwald in Taiwan

© picture-alliance/Arco Images

## Hilfe für Analphabeten

**BILDUNG I** Mit einem Programm in Höhe von 180 Millionen Euro, verteilt auf zehn Jahre, will die Bundesregierung die Zahl der funktionalen Analphabeten in Deutschland spürbar senken. Unterstützt wird dieser Ansatz durch einen Antrag von CDU/CSU und SPD (18/5090), den der Bundestag am Freitag gemäß der Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses (18/6179) mit den Stimmen der beiden Koalitionsfraktionen annahm. Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen enthielten sich der Stimme.

„Was Hans nicht lernt, lernt Hänchen nimmer mehr“, sagte die SPD-Abgeordnete Marianne Schieder in der Debatte. In der Tat liegt in Sachen Lesen und Schreiben einiges im Argen in Deutschland – darüber waren sich die Redner aller Fraktionen einig: Es gibt 7,5 Millionen funktionale Analphabeten, also Erwachsene, deren Kompetenzen in Schrift und Sprache niedriger sind als es der jeweiligen beruflichen und gesellschaftlichen Anforderung entspricht. Weitere 2,3 Millionen Menschen der erwerbsfähigen Bevölkerung leiden sogar unter Analphabetismus im engeren Sinn. Diese Menschen können zwar einzelne Wörter lesen und schreiben, nicht jedoch ganze Sätze. Herausgefunden hatte das 2011 die Studie „leo. – Level-One“. Sie ist die erste Studie in Deutschland, die die Größenordnung des funktionalen Analphabetismus unter der erwerbsfähigen Bevölkerung zwischen 18 und 64 Jahren ermittelt hat.

„Statistisch gesehen hat jeder mindestens einen Nachbarn, der betroffen ist“, verdeutlichte Xaver Jung (CDU) das Problem. Rosemarie Hein (Die Linke) lobte den Koalitionsantrag, betonte aber, dass man die Ursachen für Analphabetismus erforschen müsse. Özcan Mutlu (Bündnis 90/Die Grünen) sprach von „erschreckenden“ Zahlen. „Die Politik repariert an etwas, was nie hätte passieren dürfen. Früher und gezielter investieren, das muss das Motto sein.“

Annette Rollmann



Ein röhrender Hirsch und schwarz-rot-goldene Dirndl: Indonesische Schülerinnen, die deutsch lernen, während der Ausstellungseröffnung „Deutschland für Anfänger“ im Jahr 2011 in Jakarta.

© picture-alliance/dpa

# Türöffner für den Dialog

**AUSWÄRTIGE KULTUR- UND BILDUNGSPOLITIK** Parlamentarier loben fraktionsübergreifend Arbeit der Goethe-Institute in der Flüchtlingskrise. Auslandslehrer sollen höhere Gehälter bekommen

## Debatte um Anerkennung

**BILDUNG II** Kritik an den Finanzierungsmöglichkeiten für die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse haben Experten in einer Anhörung des Bildungsausschusses in der vergangenen Woche geübt. Grundsätzlich lobten sie aber das drei Jahre alte Anerkennungsgesetz. Grundsätzlich sollen mit dem Gesetz die Verfahren zur Bewertung ausländischer Berufsqualifikationen im Zuständigkeitsbereich des Bundes vereinfacht und für bisher nicht anspruchsberechtigte Zielgruppen geöffnet werden. Doch viele Antragsteller hätten kaum Chancen auf Begleichung der Kosten, mahnten die Fachleute, und würden deshalb keine Anerkennung ihrer Qualifikation erreichen.

Michael van der Cammen von der Bundesagentur für Arbeit wies darauf hin, dass das Anerkennungsgesetz einen wichtigen Beitrag zur Deckung des Fachkräftebedarfs leiste. Die Anerkennung beruflicher Abschlüsse erhöhe das Einkommen um rund 28 Prozent wie auch die Wahrscheinlichkeit, qualifikationsadäquat beschäftigt zu sein. Gleichwohl machte er darauf aufmerksam, dass in Deutschland der formale Abschluss fast mehr wiege als die vorhandene Kompetenz. Das werde beispielsweise in den Niederlanden in den Betrieben anders gehandhabt.

rol

Die Hoffnungen und Erwartungen sind hoch. Fraktionsübergreifend betonten Parlamentarier aller Fraktionen am vergangenen Freitag die Bedeutung der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik in der aktuellen Flüchtlingskrise. Ob Ulla Schmidt (SPD), Bernd Fabritius (CSU), Sigrid Hupach (Linke) oder Claudia Roth (Grüne) – sie alle lobten ausdrücklich das Engagement und Wirken der Goethe-Institute in den Flüchtlingslagern in den Anrainerstaaten Syriens. Die kulturelle Bildung vor Ort könne einen Beitrag leisten, damit dort keine „verlorene Generation“ heranwache, lautete das einhellige Credo in der Debatte über den 17. und 18. Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (18/579, 18/5057). Und mehr noch: Neben den politischen und wirtschaftlichen Außenbeziehungen Deutschlands könne die sogenannte „dritte Säule“ der Außenpolitik einen Beitrag zur Konflikt- und Krisenprävention leisten.

Staatsministerin Maria Böhmer (CDU), im Auswärtigen Amt zuständig für die Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik, verwies auf die Programme, die im Zuge des Bürgerkriegs aufgelegt wurden. So seien Stipendien an syrische Studenten vergeben worden, die Goethe-Institute seien in der Kultur- und Bildungsarbeit für Flüchtlinge tätig und mit dem Projekt „Syrien Heritage Archive Project“ werde erstmalig ein Register des syrischen Kulturerbes erstellt. Dies dokumentiere die Zerstörung von Kulturstätten, diene der Bekämpfung des illegalen Kunsthandels und biete eine Datengrundlage für einen möglichen Wiederaufbau.

**»Weltweit lernen derzeit 15,4 Millionen Menschen Deutsch.«**

Staatsministerin Maria Böhmer (CDU)

könnten. Aber sie böten eine Grundlage für einen Wiederaufbau des Landes in der Zukunft.

Die Kultur- und Bildungspolitik Deutschlands im Ausland sei „kein Sahnehäubchen oder Accessoire“, auf das man verzichten könnte, sondern „ein Türöffner für den Dialog“, argumentierte Claudia Roth. Sie könne dort wirksam werden, wo die offizielle Diplomatie im Augenblick nichts mehr ausrichten könne. Sie leiste einen unverzichtbaren Beitrag, um die aufgerissenen Gräben zwischen Völkern aufzufüllen oder alte Feindbilder zu zerstören. Die kulturpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Sigrid Hupach, schloss sich dieser Sichtweise an. Sie warnte allerdings vor zu hohen Erwartungen. Kulturpolitik könne nicht alles wiederherstellen, was durch Kriege zerstört worden sei.

Rund 1,6 Milliarden Euro hat der Bund jeweils in den vergangenen zwei Jahren in die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik investiert. Rund 56 Prozent der Gelder fließen aus dem Etat des Auswärtigen Amtes, weitere 18 und 19 Prozent werden von der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien und vom Bildungs- und Forschungsministerium aufgebracht und mit jeweils zwei Prozent der Ausgaben sind das Innen-, das Familien- und das Entwicklungshilfeministerium beteiligt. Finanziert werden aus diesen Geldern Einrichtungen wie die Goethe-Institute, das Deutsche Archäologische Institut und Auslandsschulen, aber auch Kulturprojekte sowie Stipendien- und Austauschprogramme im Bereich von Wissenschaft und Hochschulen. Zu den Aufgaben der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik gehört auch, die Ver-

**»Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ist kein Accessoire.«**

Claudia Roth (Grüne)

breitung der deutschen Sprache in der Welt zu fördern und Deutschland als einen modernen Standort für Bildung, Wissenschaft und Kultur zu präsentieren. In ihrem 18. Bericht zieht die Regierung hierzu eine überwiegend positive Bilanz. Deutschland belege nach sechs Jahren wieder den ersten Platz in der Gesamtwertung des „Nation Brands Index“. So habe sich Deutschland 2014 in der internationalen Wahrnehmung im Vergleich zum Vorjahr in den Kategorien Kultur (Platz 1) und Bevölkerung (Platz 3) deutlich verbessert. „Ein sehr gutes Image wird Deutschland auch in den Bereichen Qualität der Produkte, Arbeitnehmerfähigkeit, Lebensqualität und Regierungsführung bescheinigt.“

Allerdings weise das Deutschlandbild im Ausland vor allem in Bezug auf Willkommenskultur, Immigration und Tourismus Defizite auf. Positives hatte Staatsministerin Böhmer auch über die Verbreitung der deutschen Sprache zu vermelden. Derzeit lernten weltweit rund 15,4 Millionen Menschen Deutsch als Fremdsprache. Vor allem in Polen, Russland und Frankreich, aber auch in den Ländern Asiens sei die Nachfrage gestiegen, heißt es im Regierungsbericht. In vielen Ländern profitiere Deutsch als Fremdsprache vom Bildungsbewusstsein einer aufstrebenden Mittelschicht. Nachbesserungsbedarf identifizierten Böhmer wie auch Parlamentarier bei der Bezahlung von Lehrern an den deutschen Schulen im Ausland. Deren Gehälter seien seit 1999 von der Besoldung anderer Beamter im Ausland abgekoppelt worden, monierten Ulla Schmidt und Bernd Fabritius übereinstimmend. Inzwischen betrage der Einkommensunterschied rund 23 Prozent. Dieses Problem müsse im Zuge der Haushaltsberatungen angepackt werden. Dieser Forderung schloss sich auch Böhmer an. Zudem müsse Sorge getragen werden, dass Lehrer im Auslandsdienst bei ihrer Rückkehr nach Deutschland keinen Karriereknick befürchten müssen, sagte die Staatsministerin. Derzeit gibt es mehr als 1400 deutsche Schulen in 71 Ländern mit rund 79.000 Schülern.

Überwiegend Lob auch aus den Reihen der Opposition ertete in der Debatte Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) für seinen 2013 eingeleiteten „Review-Prozess“ und die Neuformulierung der Aufgabengebiete der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Allerdings sei diese Kurskorrektur überfällig gewesen, befand Azize Tank (Linke). Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik dürfe nicht im Sinne einer Interessenpolitik instrumentalisiert werden.

Alexander Weinlein

## Hilfestellung bei bürokratischen Hürden

**KULTUR** Die Koalition will ländliche Regionen unterstützen. Opposition fordert mehr Geld für Kommunen

Die Kultur in den demographischen Wandel besonders stark betroffenen ländlichen Regionen Deutschlands soll durch die Bundesregierung gezielter unterstützt werden. Einen entsprechenden Antrag von CDU/CSU und SPD (18/6167) verabschiedete der Bundestag am Donnerstag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen das Votum der Linksfraktion. Die Grünen enthielten sich der Stimme.

Konkret fordern Union und Sozialdemokraten ein Pilotprojekt zu den Herausforderungen des demographischen Wandels für die kulturelle Bildung zu konzipieren und finanziell zu unterstützen. Zudem soll die Regierung prüfen, inwiefern das Antrags- und Vergabesystem der Kulturförderung vereinfacht und die Kulturakteure vor Ort bei der Beantragung von Fördermitteln unterstützt werden können.

Die CDU-Abgeordnete Yvonne Magwas verwies darauf, dass viele ländliche Regionen unter den Auswirkungen des demographischen Wandels zu leiden hätten. Der Bund müsse sich dort engagieren, „wo durch Bevölkerungsschwund und eine alternde Bevölkerung die vorhandene kulturelle Infrastruktur nicht mehr eins zu eins mit den dort lebenden Menschen harmoniert“. Vor allem die Breitenkultur müsse unterstützt werden. Hochkultur stufe zwar Identität, aber die Breitenkultur schaffe Pluralität. So könnten etwa Tanz, Musik und der Sport für die Integration von Flüchtlingen über die Sprachbarriere hinweg einen wichtigen Beitrag leisten.

prinzipielle Ziel des Antrags. Um so bedauerlicher sei es, dass die Koalition nicht den Mut habe, eine nachhaltige kulturpolitische Strategie zu entwickeln und es weitgehend bei Prüfaufträgen belasse. Zudem sei es ein Trugschluss, dass das Ehrenamt die Lücken in der öffentlichen Kulturförderung schließen könne. Die Hauptlast bei der kulturellen Infrastruktur werde von den Kommunen getragen. Deshalb müssten sie auch entsprechend finanziell ausgestattet werden, sagte Hupach.

**Staatsziel** Auch die kulturpolitische Sprecherin der Grünen, Ulla Schaus, forderte eine dauerhafte finanzielle Entlastung von strukturschwachen Kommunen, um deren kulturelle Infrastruktur zu erhalten. Sie sprach sich zudem dafür aus, „ernsthaft über das Staatsziel Kultur zu sprechen und zum anderen die Kulturförderung des Bundes grundsätzlich zu überarbeiten und sie an die neuen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen anzupassen“.

aw



Musikschulen leisten in vielen Kommunen einen wichtigen Beitrag zum kulturellen Leben, leiden aber oft unter Finanzierungsschwierigkeiten.

© picture-alliance/dpa



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

## DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.  
Mehr Themen.  
Mehr Hintergrund.  
Mehr Köpfe.  
Mehr Parlament.



Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de  
parlament@fs-medien.de  
Telefon 069-75014253



KURZ REZENSIIERT

**HEINRICH AUGUST WINKLER**  
**ZERREISS PROBEN**  
Deutschland, Europa und der Westen  
Interventionen 1990-2015  
C.H. Beck, München 2015; 230 S., 14,95 €

Diesmal ist das Buch überschaubar. Ganze 230 Seiten zählt Heinrich August Winklers „Zerreißproben“. Nach seinen tausenden Seiten dicken Monumentalwerken „Deutschlands langer Weg nach Westen“ in zwei und der „Geschichte des Westens“ in vier Bänden jetzt also ein Paperback mit Manuskripten der vergangenen 25 Jahre. Rechtzeitig zum Jubiläum der Deutschen Einheit wirkt dieses Werk des Historikers wie ein realpolitischer Praxistest für die zuvor entwickelten Geschichtstheorien. Winkler hat seine 30 Schriften in fünf Abschnitte eingeteilt, von „Deutschland auf der Suche nach sich selbst“ bis „Die Deutschen von sich selbst befreit“. In letzterem veröffentlicht Winkler die viel beachtete Rede, die er auf Einladung von Bundestagspräsident Norbert Lammert zum 70. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs vor dem Parlament hielt. Alles in allem ein lesenswerter Band, der mit der Kompetenz des Altmeisters mahnend erinnert, frisch hinterfragt und eigenwillig interpretiert. *jbi*

**Neil MacGregor:**  
**Deutschland. Erinnerungen einer Nation**  
C.H. Beck, München 2015; 640 S., 39,95 €

In diesen Tagen übernimmt Neil MacGregor die Stiftungsintendanz des Humboldt-Fo- rums in Berlin. Nicht, dass der bisherige Leiter des Britischen Museums es erst noch beweisen müsste, aber mit seinem reich- haltig bebilderten Werk „Deutschland. Er- innerungen einer Nation“ zeigt der briti- sche Kunsthistoriker einmal mehr, dass er der richtige Mann für diesen Posten ist. Der Deutschland-Kenner und -Liebhaber knüpft nahtlos an den großen Erfolg seines Bu- ches „Eine Geschichte der Welt in 100 Pro- jekten“ an und präsentiert seine Sicht auf die Geschichte Deutschlands anhand aus- gewählter Gemälde, Skulpturen, Bücher, Bauwerke und andere Objekte aus 500 Jahren – beginnend mit der Gutenberg-Bi- bel bis zur Reichstagskuppel. Deutschlands Geschichte sei stärker zer- splittert als die der meisten europäischen Staaten, meint MacGregor. Die ausgewähl- ten Objekte stünden stellvertretend für die „kollektiven Erinnerungen daran, was Deutsche getan und erlebt haben“ und bis heute die deutsche Identität prägen. Sprachlich und bildlich ist MacGregors Buch ein Hochgenuss. *aw*

**Stefan Karner u.a. (Hg.): Der Krimi und die deutsche Wiedervereinigung 1990**  
Metropol Verlag, Berlin 2015; 372 S., 24 €

Michail Gorbatschow empfand „größere Befriedigung“, Helmut „Stimme zu hö- ren“. Umgekehrt sorgte sich Bundeskanzler Helmut Kohl im Frühjahr 1991, wie lange der Krimi-Chef noch das Sagen in der Sow- jetunion haben würde und forderte eine möglichst schnelle Ratifizierung der sowjet- schen deutschen Verträge. Gorbatschow wiederum beklagte sich bei Kohl über das Verhalten des „Zerstörers“ Boris Jelzin, der nur ein Jahr später zum „Duz-Freund“ des Kanzlers avancierte und 1994 den Befehl zum Abzug der russischen Truppen aus Deutschland gab. Keine historische Darstellung hält einem Vergleich mit der Lektüre von Originalquel- len stand. Dies gilt umso mehr, wenn es um die Aufzeichnungen von Vier-Augen-Ges- prächen oder streng geheimen Telefonaten der Regierungschefs geht. In dem sehr empfehlenswerten Band „Der Krimi und die deutsche Wiedervereinigung 1990“ sind nicht nur die Protokolle der Telefonge- spräche zwischen Kohl und Gorbatschow nachzulesen, sondern auch die Vermerke der Referenten des sowjetischen Außenmin- isters Eduard Schewardnadse zur sicher- heitspolitischen Lage oder die Berichte sowjetischer Diplomaten über die Treffen mit Vertretern der DDR. Diese Dokumente sind ein wichtiger Baustein, um die Hand- lungen der damaligen Akteure zu verste- hen. *manu*



Im Anti-Terror-Einsatz: Ein amerikanischer Soldat späht über eine Mauer in der irakischen Stadt Falludscha. Die Aufnahme entstand im Jahr 2007.

© picture-alliance/AFP Creative

# Hinter der Fassade

## USA Der Pulitzer-Preisträger James Risen über das Milliarden-Geschäft mit dem Anti-Terror-Krieg

Mit seinem neuesten Buch reagiert der zweifache Pulitzer- preisträger James Ri- sen auf den Krieg, den die US-Regie- rung seit dem Jahr 2001 mit aller Härte und „um jeden Preis“ gegen den Terror führt. Und auf die Repressionen gegen ihn selbst. Wer wissen möchte, wie man als in- vestigativ arbeitender Journalist den dra- konischen Maßnahmen des Weißen Hauses am besten begegnet, die darauf abzielen, „die Wahrheit im Namen des endlosen Krieges“ zu unterdrücken, wird bei Risen fündig. Für seine Recherchen über die Hintergrün- de der Terroranschläge vom 11. September 2001 erhielt der „New York Times“-Re- porteur seinen ersten Pulitzerpreis. Seine hervor- ragenden Kontakte zu den US-Geheim- diensten und den Streitkräften erleichterten es Risen, an brisantes Material über das Schattensystem zu gelangen, das die Admi- nistration von Präsident George W. Bush errichtet hatte. So konnte er im Oktober 2004 massenhafte, richterlich aber nicht ge- nehmigte Lauschangriffe der NSA in den USA aufdecken. Er enthüllte die Existenz

geheimer CIA-Gefängnisse sowie die Ver- schleppung und Folterung von Terrorver- dächtigen. Zugleich eröffnete der Reporter seinen Mitbürgern einen ganz anderen Blick auf die Verhältnisse im Kabinett Bush und zeigte ihnen die wahre Macht seines Verteidigungs- ministers Donald Rums- feld. Ausführlich informier- te Risen die Öffentlichkeit darüber, wie es zu den ka- tastrophalen Fehlern der CIA im Vorfeld des 11. Sep- tembers kommen konnte. Zudem förderte er zutage, dass die CIA auf Anweisung des Weißen Hauses Berich- te über vermeintliche Mas- senvernichtungswaffen im Irak manipuliert. Im Juni 2006 erhielt James Risen erneut den renom- mierten Pulitzerpreis für seine Enthüllungs- geschichten in der „New York Times“ über das Zusammenspiel von Terrorismus und Geheimdiensten und die Folgen für die Bürgerrechte in einer freien Gesellschaft. Auf Druck des Weißen Hauses hatte der Herausgeber der „New York Times“ die Ar-

tikel fast zwei Jahre in der Schublade ver- schwunden lassen, bevor er sie schließlich doch veröffentlichte. Der Journalist hatte ihr Erscheinen in seinem Buch „State of War. Die geheime Geschichte der CIA und der Bush-Administration“ (Hoffmann und Campe, 2006) angekündigt und so selbst einen Erwartungs- druck aufgebaut. Als dieses Buch in den USA erschien, eröffneten das Jus- tizministerium und das FBI sogleich Strafverfolgungen gegen Risen wegen „unbe- fugter Enthüllung geheimer Informationen“ und for- derten ihn zur Zusammenar- beit auf. Da der Journalist nicht kooperierte, wurde er vor die Grand Jury eines Bundesgerichts zitiert. Der Marathon-Rechtsstreit, den die Bush-Admi- nistration gegen den Publizisten angezettelt hatte, wurde von der Obama-Administra- tion fortgeführt. Als der Prozess im Jahr 2014 vor den Obersten Gerichtshof kam, symbo- lisierte er längst den Kampf für die Verteidi- gung der Pressefreiheit und die Bürgerrech-

te in den USA nach dem 11. September. Als die Obama-Administration an der Jagd auf den Journalisten festhielt, suchte Risen nach den Gründen und musste feststellen, dass sich der sogenannte „Krieg gegen Ter- ror“ längst zu einem parteiübergreifenden Unternehmen verselbstständigt hatte. „Amerika war nun in einem endlosen Krieg gefangen, dessen perverse und unbeabsich- tigte Konsequenzen sich weiter ausbreiten.“ **Obamas größte Sünde** Auch Risens neues Buch handelt von den Milliardengeschäften mit dem Anti-Terror-Krieg und vom Macht- missbrauch, dessen negative Folgen für die Demokratie viele US-Bürger in Mitleiden- schaft ziehen. Es sei ein Krieg gegen den Anstand, gegen die Normalität und gegen die Wahrheit. Besonders hart geht der Jour- nalist mit Obamas Politik ins Gericht: Den nationalen Sicherheitsstaat, den sein Vor- gänger Bush „zu gewaltiger Größe aufge- bläht hatte“, habe er sich zu Eigen ge- macht. „Obamas größte Leistung – oder größte Sünde – war, dass er den nationalen Sicherheitsstaat in eine Dauereinrichtung verwandelte“, schreibt Risen. Hatte vor einem halben Jahrhundert Präsi- dent Dwight D. Eisenhower noch vor ei-

nem „militärisch-industriellen Komplex“ gewarnt, so spricht Risen heute von der Ge- fahr eines „industriellen Heimatschutz- komplexes“. Fast vier Billionen Dollar habe die US-Bürger die Dekade des Krieges gegen eine „abstrakte Furcht“ gekostet. Allein das Geheimdienstbudget habe sich seit 2001 verdoppelt und betrage inzwischen über 70 Milliarden US-Dollar. Im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich ebenso wie bei den Nachrichtendiensten hätten inzwischen private Auftragsfirmen staatliche Aufgaben übernommen. James Risens Resümee: Es gibt keinen großen Anreiz, den Anti-Terror- Krieg zu beenden – zu viele profitieren in- zwischen davon. *Aschot Manutscharjan*

Anlässlich der Frankfurter Buchmesse präsentieren wir elf politische Sachbücher.

**James Risen:**  
**Krieg um jeden Preis**  
Westend Verlag, Frankfurt/M. 2015; 312 S., 17,99 €

## Zurück zu den Wurzeln

### KULTURKRITIK Udo Di Fabio warnt vor Selbstvergessenheit

Der Westen schwankt. Und dies hat er sich selbst zuzuschreiben. So sieht es zumin- dest Udo Di Fabio in seinem jüngsten Werk. Konservativ angehaucht, diagnosti- ziert der ehemalige Bundesverfassungsri- cher, dass der Westen seinen kulturellen und normativen Hintergrund vergessen habe und deswegen drauf und dran sei, auch die wichtigen Funktionslogiken des modernen Verfassungsstaates über Bord zu werfen. Der Rundumschlag seiner Zeit- und Gesell- schaftsdiagnose reicht von Ideengeschichte über systemtheoretische Analyse bis hin zu rechtsphilosophischen Ausführungen.

**Renaissance-Humanismus** Ideenpoliti- scher Ausgangspunkt seiner Ausführungen ist die von ihm eingeforderte Rückkehr zum Renaissance-Humanismus. Dort ver- ortet er die „eigentliche Geburtsstunde der westlichen Neuzeit“ und das sie tragende Menschenbild – und nicht etwa erst in der Aufklärung des 17. und 18. Jahrhunderts. Von diesem Hintergrund kritisiert er die zunehmende Entdifferenzierung der gesell- schaftlichen Einheiten wie beispielsweise

Recht, Politik und Wirtschaft. Die Euro- Krise dient ihm als Beispiel. Bei aller Dramatik und pointierter Sorge: Di Fabio schreibt keinen Nachruf auf den Westen. Pessimistische Untergangsszena- rien in der Tradition eines Oswald Speng- ler sind ihm eher fremd, auch wenn er nicht gänzlich ohne auskommt. Di Fabio analysiert, kritisiert und attackiert: Von Rousseau über Peter Singer bis hin zu – aus seiner Sicht – schlecht informierten Bun- desverfassungsrichtern ist niemand vor sei- nen Spitzen sicher, um das Modell der westlichen Zivilisation zu verteidigen und wiederzubeleben. Dafür reichen ihm die 246 Textseiten kaum aus. Auch die auf 25 eng bedruckten Seiten gepackten 311 Anmerkungen bieten den Lesern noch jede Menge Anregungen zum Weiter- und Nachdenken. *Sören Christian Reimer*

**UDO DI FABIO**  
**SCHWANKENDER WESTEN**  
WIE SICH EIN GESELLSCHAFTSPHYSIOLOG NEU ERFINDEN MUSS  
C.H. Beck, München 2015; 272 S., 19,95 €

## Zeitenwende in Nahost

### ESSAY Volker Perthes sieht die gesamte Region im Zerfall begriffen

„Es ist kompliziert.“ So lautet eine Option im Feld „Beziehungsstatus“ bei Facebook. Auf den Status der Beziehungen im Nahen Osten trifft das fatalerweise seit Jahrzeh- nen zu. Warum diese Beschreibung aber nie zutreffender war als heute, versteht, wer das neue Buch des Nahostexperten Volker Perthes liest. „Das Ende des Nahen Ostens, wie wir ihn kennen“. Der 57-jähri- ge Politikwissenschaftler und Chef der Stiftung Wissenschaft und Politik spricht darin von nichts Geringerem als einer „Zeitenwende“ im Nahen Osten und warnt vor einem drohenden Zerfall der ge- samten Region. Perthes schildert, wie die Protestbewegun- gen in Tunesien, Ägypten, Libyen und Sy- rien 2011 zur Auflösung autoritärer Ord- nungen geführt haben, ohne dass neue entstanden wären – auch weil Europa da- für seiner nach Ansicht zu wenig getan hat. Und wie dadurch Kräfte freigesetzt wurden, die vorher unter Kontrolle waren oder zumindest zu sein schienen – mit den bekannten Folgen: länderübergreifen- de politische und konfessionelle Konflikte, die jedoch, prophezeit Perthes, nicht etwa das Ende, sondern erst den „Beginn einer langen Phase von Turbulenzen und Wand- lingsprozessen“ einläuten, „die kein Land völlig unberührt lassen wird“. Den „Mega- trend“ sieht er im Zerfall der regionalen Ordnung – „ohne dass jemand da wäre,

der sie wieder zusammenbaut“. Für sein Werk hat Perthes bewusst ein oft vernachlässigtes Genre gewählt: den Essay. Er verzichtet also auf eine ausgefeilte Ana- lyse und versucht stattdessen, die Entwick- lungen in der Region seit 2011 gedanklich zu erfassen. Das ist klug, macht es doch das komplizierte Beziehungsgeflecht im Nahen Osten, bestehend aus unzähligen Ethnien, Identitäten, Konfessionen und Ideologien, ohnehin nahezu unmöglich, das Geschehen zu objektivieren. Alle Ak- teure berufen sich hier, vielfach über Staatsgrenzen hinweg, auf ein eigenes Nar- rativ, gerade im Hinblick auf den richtigen „Way of life“ im Islam. „Und natürlich“, bemerkt Perthes, „gehen diese Narrative manchmal ineinander über“. Konsistenz sei in solchen Fragen kaum zu erwarten. Und weil in Nahost „der Feind meines Feindes eben oft nicht automatisch mein Freund ist“, wie er hinzufügt, wird dem Leser dieses hochinteressanten, sehr le- senswerten Buches bald erschreckend klar, warum es eine einfache und schnelle Lö- sung, etwa für den Bürgerkrieg in Syrien, weder geben kann und noch geben wird. **Die Rolle Europas** Im letzten Kapitel seines Buches fällt Perthes doch kurz aus der Rolle des Essayisten und skizziert, ganz Politikberater, konkrete Handlungsopti- onen für eine europäische Nahost-Politik.

Europa, ist Perthes überzeugt, sollte sich nicht nur intensiv um eine Entspannung zwischen den Regionalmächten Iran und Saudi-Arabien bemühen, da ohne sie we- der der Syrien-Krieg beendet noch der „Is- lamische Staat“ (IS) erfolgreich bekämpft werden könne. Europa sollte bei seinen Bemühungen um eine Beilegung der Kon- flikte ausdrücklich auch vor einer Koope- ration mit autoritären Staaten nicht zu- rückzuschrecken, denn: „In jedem Fall ist es leichter, mit einem schwierigen, aber funktionierenden Partner umzugehen, als mit gescheiterten Staaten.“ Ob das in der Praxis funktioniert, kann Perthes bald selbst überprüfen: UN-Ge- neralsekretär Ban Ki-Moon hat ihn kürzlich in ein vierköpfiges Gremium berufen, das zwischen den kriegsführenden Parteien in Syrien vermitteln soll. *Johanna Metz*

**Volker Perthes:**  
**Das Ende des Nahen Ostens, wie wir ihn kennen**  
Ein Essay edition suhrkamp  
SV  
Das Ende des Nahen Ostens, wie wir ihn kennen  
Edition Suhrkamp, Berlin 2015; 144 S., 14 €



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

**D**er Fall war in jeder Hinsicht spektakulär: Im Februar 2002 verhaftet die Schweizer Polizei im Basler Hilton Hotel zwei Dealer, die für 358.000 Euro ein bronzezeitliches Artefakt verkaufen wollen – die inzwischen weltberühmte Himmelscheibe von Nebra. Der Leiter des Landesamtes für Denkmalschutz und Archäologie in Halle, Harald Meller, hatte sich als interessierter Käufer ausgegeben und die beiden Dealer in die Falle der Polizei gelockt. Zu diesem Zeitpunkt hat die Himmelscheibe bereits eine kriminelle Vergangenheit. Im Juli 1999 hatten zwei Grabräuber die Himmelscheibe zusammen mit anderen Objekten nahe der Kleinstadt Nebra mit Metallsonden aufgespürt und ausgegraben – illegal. Für 31.000 D-Mark verkaufen sie den Fund an einen Kölner Händler. Im gleichen Jahr wird sie zwei Museen für eine Million D-Mark zum Kauf angeboten, die aber ablehnen. Schließlich erwerben ein Hobbyarchäologe und eine Museumspädagogin aus Nordrhein-Westfalen die Objekte und bieten sie Ende 2001 über Mittelsmänner auf dem Schwarzmarkt zum Kauf an.

**Lukrativer Handel** Die Geschichte der Himmelscheibe von Nebra ist nur ein Beispiel für den illegalen Handel mit antiken Kulturgütern. Der Journalist Günther Wessel hat sich auf die Spuren dieses „schmutzigen Geschäfts“ geheftet und ist in die Welt der Raubgräber und Schmugler, Dealer und Kunstsammler eingetaucht. Wer bislang glaubte, der illegale Handel mit antiken Kulturgütern sei eher eine Randnotiz in der Kriminalstatistik, den belehrt die spannende Lektüre von Wessels Buch schnell eines Besseren. Nach Schätzungen der Unesco liegen die jährlichen Umsätze des illegalen Handels bei sechs bis acht Milliarden US-Dollar. Lediglich mit Drogen und Waffen lässt sich in der Welt der Gesetzlosen noch mehr Geld machen.

„Das Geschäft mit illegalen Fundstücken verbindet die honorigen Spitzen der Gesellschaft mit der Unterwelt“, schreibt Wessel. „Die einen wollen ihr Geld gewinnbringend investieren oder ein einzigartiges Prestigeobjekt fürs Wohnzimmer kaufen. Die anderen organisieren auf professionelle Weise den Nachschub aus den Krisengebieten der Welt.“ An den gehandelten Kulturgütern klebt mitunter viel Blut. So finanzieren sich auch Terrorgruppen wie der „Islamische Staat“ durch die Plünderung antiker Stätten.

Die Objekte stammen jedoch nicht nur aus Ländern wie Ägypten, Syrien oder dem Irak. Auch in Süd- und Mittelamerika, Südostasien und Europa wird illegal auf der Suche nach Antiken gegraben, ganz gleich welcher Kultur sie entstammen. „Entlang des Limes sieht es aus wie ein Schweizer Käse“, klagt beispielsweise der Archäologe Michael Müller-Karpe vom Römisch-Germanischen Zentralmuseum in Mainz.

Wessels Buch ist das Ergebnis einer sauberen Recherche. Der Journalist hat mit Sammlern und Händlern, Archäologen und Museumsdirektoren, Polizeibeamten und Kulturpolitikern gesprochen und sich durch die einschlägige Fachliteratur gekämpft. Trotz seiner klaren Botschaft an seine Leser, die Finger von illegal gehandelten Kulturgütern zu lassen, verliert er trotzdem nicht die gebotene journalistische Distanz.

**Neues Gesetz** Wessels Buch kommt zur rechten Zeit. Derzeit bastelt Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) an einer Gesetzesnovelle, mit der die Ein- und Ausfuhrbestimmungen für Kulturgüter ver-



Bedeutender Fund aus der Vorgeschichte Mitteleuropas: Die Himmelscheibe von Nebra.

© picture-alliance/dpa

# Finger weg!

**KULTURGÜTERSCHUTZ** Günther Wessel ist in die Welt von Raubgräbern, Dealern, Händlern und Sammlern abgetaucht

schärft werden sollen. Und das aus gutem Grund: Bei der Verabschiedung des Kulturgüterrückgabegesetzes habe man 2007 „sehr viel Rücksicht auf den deutschen Kunstmarkt“ genommen, „weil wir ihm nicht mehr bürokratische Pflichten auferlegen wollten als nötig“, räumt Grütters gegenüber Wessel ein. Silvelie Karfeld, Hauptkommissarin im Bundeskriminalamt hingegen macht weniger falsche Rücksichtnahmen als vielmehr massive Einflussnahme verantwortlich: „Ich habe das Gesetz erlebt, im Anfangsstadium, als es entwickelt wurde, da war es hervorragend, und dann ging es den Weg durch die Gesetzgebungsprozesse und wurde immer weiter verwässert, und wer sich mit Gesetz-

gebungsprozessen auskennt, weiß, in welcher Form man gegebenenfalls Einfluss nehmen kann.“ Einfluss genommen hat der Kunsthandel, der stets betont, nur legal erworbene Objekte zu verkaufen. Doch bei seinen Recherchen stößt Wessel bei den deutschen Antikenhändlern auf Schweigen. Ursula Kampmann, Sprecherin der International Association of Dealers in Ancient Art, versucht ihn mit Standardfloskeln zu beschwichtigen. In der Regel werde nur saubere Ware gehandelt, illegale Verkäufe seien die Ausnahme, begangen von den wenigen „schwarzen Schafen“ in der Branche. Der ehemalige Kunsthändler Christoph Leon vermittelt Wessel eine andere Botschaft:

Die großen Aktionshäuser in London, New York oder München „verkaufen Ihnen auch ihre Großmutter. Alles, was Geld bringt, wird gemacht.“ **Alexander Weinlein**

**Günther Wessel:**  
Das schmutzige Geschäft mit der Antike  
Ch. Links Verlag, Berlin 2015; 184 S., 18 €

## Die Abrechnung

**MEDIEN** Wolfgang Herles über ARD und ZDF

Gut 40 Jahre lang hat Wolfgang Herles als Journalist gearbeitet und schaut auf eine lange und erfolgreiche Karriere beim öffentlich-rechtlichen Fernsehen zurück. Dass es dort nicht immer nur um Qualität geht, hat er früh erfahren: 1991 wurde Herles auf Drängen des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl als Leiter des ZDF-Studios abberufen, weil er zu kritisch war – scharfe Nachfragen und unerbittliches Nachbohren waren bei Politikern damals genauso unbeliebt wie heute. Doch heute ist es, davon ist Herles überzeugt, auch viel seltener geworden. Kurz bevor der Journalist sich in die Rente verabschiedet, hat er mit seinem Buch „Die Gefallsüchtigen – Gegen Knormismus in den Medien und Populismus in der Politik“ eine scharfe Abrechnung mit ARD und ZDF vorgelegt. Seine Diagnose ist klar: Das öffentlich-rechtliche Fernsehen hat die Wahl nur zwischen zwei Alternativen – Reform oder Abschaffung.

**Qualität statt Quote** Die Öffentlich-Rechtlichen müssten zurückkehren zu Information, Kultur und Bildung. Und sich dabei grundlegend anders orientieren: an Qualität statt Quoten. Man spürt die Wut, mit der Herles beschreibt, wie er nach der ersten „Aspekte“-Sendung im Januar 2000 von seinem Programmdirektor angerufen wurde und gesagt bekam, das sei „ja wohl ein Fehlstart“ gewesen. Zur Sendung habe der Direktor kein einziges Wort gesagt, nur zu den Zuschauerzahlen. Eigentlich seien ARD und ZDF durch die Rundfunkgebühren davon befreit, gefallen zu müssen. Aber

statt ihrem gesellschaftlichen Auftrag nachzugehen, jagten sie nur der Quote nach. Doch nicht nur die Fernsehmacher, denen die Qualität zum zweitwichtigsten Kriterium geworden sei, nimmt Wolfgang Herles ins Visier. Auch Politiker, die mutlos und angepasst handelten, seien schuld an der Verschlechterung des Programms. Eine „Gefallsucht“ schwäche die Gesellschaft; es gehe nicht mehr um Haltungen oder Programme: „Es geht darum, wer den Bürgern gefällt.“ Gesendet werde, was beliebt ist, nicht das Relevante. Herles schlägt vor, die Sender anders zu finanzieren. Solange die Gebühr bleibe, „werden die Anstalten sie auch für ein Programm ausgeben, das mit ihrem gesellschaftlichen Auftrag nichts zu tun hat“. ARD und ZDF müssten vielmehr direkt aus Steuermitteln finanziert werden, ähnlich der „Stiftung Preufischer Kulturbesitz“. So, wie es aktuell sei, mache sich das öffentlich-rechtliche Fernsehen selbst überflüssig. „So, wie es sein sollte, wäre es unverzichtbar.“ **Susanne Kailitz**

**Wolfgang Herles:**  
Die Gefallsüchtigen  
Knaus Verlag, München 2015; 256 S., 19,99 €

## Spaltung des Bürgertums

**GESELLSCHAFT** AfD, Pegida und die neue Rechte

Es mag Redaktionen geben, die nette Leserbrief erhalten; voller Lob und Ansporn. Die Mehrheit aber ist es nicht. Das belegt ein Blick in die Kommentarspalten der Online-Ausgaben. Und es wird deutlich, wenn Redaktionen sich immer öfter entscheiden, das zu veröffentlichen, was sie täglich per Post oder Mail erreicht. So wie die Redaktionsleiterin der „Zeit“-Beilage „Christ und Welt“, Christiane Florin, die nach der Ablehnung einer Anzeige eines katholischen Hilfswerks in Leserbriefen als „dreckige Himmelschlampe“ und „Abfickhure“ bezeichnet wurde, die wahlweise entlassen oder „zwangsverheiratet unter Kopftuch“ gehöre.

Es sind Entgleisungen und Verrohungen wie diese, die die Juristin und Publizistin Liane Bednarz und der Kolumnist Christoph Giesa zum Beleg ihrer These heranziehen, es gebe einen Rechtsruck in der Gesellschaft; den Versuch einer gut vernetzten neuen Rechten, die gesellschaftliche Debatte zu bestimmen und mit rechtem Gedankengut zu infiltrieren. „Die neue Rechte grenzt sich bewusst von der alten Rechten ab, von Nazis und Neonazis. Sie will aber nichtsdestotrotz ein Gesellschaftsmodell, das alles ist, was wir nicht haben und nicht wollen. Die wollen eine autoritäres Gesellschaftsmodell, ein antiwestliches, antiliberales, ein homophobes, ein fremdenfeindliches.“ Das sei kein offener Faschismus, „aber es ist etwas, was unseren westlichen, liberalen Werten entgegensteht“. Dafür, wie weit sich rechtes Gedankengut in Deutschland schon ausgebreitet hat,

führen die Autoren viele Beispiele an: Die Vermehrung rechter Internetseiten und Verlage, die Verkaufserfolge von Autoren wie Thilo Sarrazin und Akif Pirrinci, vor allem aber die Erfolge von AfD und Pegida, verunsicherte Bildungsbürger zu repolitisieren. Ein Teil der bürgerlichen Mitte, so das Fazit, habe sich vom demokratischen Grundkonsens verabschiedet. Diese „gefährlichen Bürger“ würden sich aggressiv und dogmatisch gegen alles wehren, was sie stört, und seien anfällig für Hetze. Vieles von dem, was Bednarz und Giesa zusammengetragen haben, überzeugt – vor allem ihr Plädoyer für mehr Zivilcourage und den Mut, in Diskussionen mit Argumenten zu überzeugen, dabei aber Tabus gegen das so beliebte „Das wird man doch noch sagen dürfen“ zu verteidigen. Ob aber mit der Frontstellung „Wir guten Bürger“ gegen die „gefährlichen Bürger“ die dringend nötige verbale Abrüstung befördert und der so sichtbaren Spaltung des Bürgertums entgegengewirkt wird, darf bezweifelt werden. **suk**

**Liane Bednarz | Christoph Giesa:**  
Gefährliche Bürger  
Die neue Rechte greift nach der Mitte  
Hanser Verlag, München 2015; 256 S., 17,90 €

## Erinnerungen an den CSU-Übervater

**FRANZ JOSEF STRAUSS** Peter Siebenmorgen hat eine kluge und abwägende Biografie vorgelegt

700 Seiten Biografie über Franz Josef Strauß? Keine Angst: Das Werk, das der Journalist und Politikwissenschaftler Peter Siebenmorgen zum 100. Geburtstag des CSU-Matadors vorgelegt hat, ist kein trockener Riesenband zum Erschrecken, sondern von der ersten bis zu letzten Zeile vorzügliches Lesevergnügen. Hier hat sich jemand jahrelang in das umfangreiche politische und private Leben des Übervaters der bayerischen Christsozialen bis zur Erschöpfung eingearbeitet und ein kenntnisreiches und zudem stilistisch bemerkenswertes Werk vorgelegt. Schöpfen konnte Siebenmorgen aus dem Zugang zum Nachlass von Franz Josef Strauß und den Tagebüchern seiner Ehefrau Marianne. Auch 27 Jahre nach seinem Tod ist der langjährige bayerische Ministerpräsident, CSU-Chef sowie mehrmalige Bundesminister kein Politiker, der einen kalt lässt. Siebenmorgen versucht, dem Rätselhaften dieses politischen Phänomens mit Fähigkeiten des gnadenlosen Polarisierens, der glänzenden Rhetorik, einem barockem Lebensstil und ausgeprägten Machtwillen auf die Spur zu kommen. Am Ende findet auch der Autor nicht die große erklärende Formel, sondern bilanziert: „Will man Leben und Streben von Franz Josef Strauß auf einen einzigen Begriff bringen, so fällt die Antwort denkbar einfach: Freiheit.“ Die sieht er zeit seines politischen Lebens vor allem durch das Sowjetimperium und die Linken der 1968er-Generation bedroht, die

er wenig zimperlich attackiert. Geprägt in einem katholischen Elternhaus war Strauß aber auch nie empfänglich für die Parolen des Nationalsozialismus.

**Schnelle Karriere** Siebenmorgen schildert ausführlich, wie sich der Metzgersohn aus kleinen Münchner Verhältnissen mit Faible für alte Sprachen und bestem bayerischen Jahrgangsabitur hocharbeitete und nach dem Zweiten Weltkrieg schnell Karriere in der Politik macht. 1949 mit Mitte 30 im ersten Bundestag, wird er 1953 jüngster Minister im Kabinett Adenauer, für „Sonderaufgaben“, dann Atomminister. Seine nuklearen Ambitionen später als Verteidigungsminister betrachtet Strauß als Weg zur bundesdeutschen Gleichberechtigung im westlichen Bündnis. Siebenmorgen sieht diese Zeit Ende der 1950er/Anfang 1960er Jahre als „beste Jahre“

**Peter Siebenmorgen:**  
Franz Josef Strauß. Ein Leben im Übermaß  
Siedler Verlag, München 2015; 768 S., 29,99 €

von Strauß „auf dem Weg ins Kanzleramt“. Dieses große Ziel bleibt ihm aber zeitweilen verwehrt – sein großes Trauma. Gescheitert sei Strauß an sich selbst, schreibt Siebenmorgen – am Unbeherrschtsein und gewisser Exzentrik, am Widersacher Helmut Kohl und an Rudolf Augstein, der ihn als „gefährlichen Mann“ einstufte. Die „Spiegel“-Affäre 1962 beendet die Karriere des Verteidigungsministers Strauß. Im „Spiegel“ ergießen sich über Strauß nun ständig Affärengeschichten von Korruption bis zu Frauen. Nach der verlorenen Bundestagswahl 1980 als gescheiterte Kanzlerkandidat bleibt Ministerpräsident Strauß als „trauriger König“ von Bayern zurück, sichtlich alternd bis zum Tod 1988. Strauß ist in einzigem gescheitert, etwa in seiner Gegnerschaft zur Brandtschen Ostpolitik oder in seinen Atomplänen. Er hat aber auch nachhaltige Erfolge erzielt, so mit seinen Impulsen für die Modernisierung Bayerns, dem Erfolgsweg des Airbus oder dem Ausgleich widerstreitender Interessen in der CSU. Siebenmorgen hat eine abwägende Biografie geschrieben, in der der zum Mythos gewordene ohne Lobhudelei gut wegkommt. Zur Stärke des Bandes gehört auch die präzise Beschreibung der ersten Jahrzehnte der Bundesrepublik, in deren politischer Landschaft Strauß wie ein Fisch im Wasser schwimmen konnte – im Kontrast zur heutigen „Konsensgesellschaft“, in der er wohl ziemlich „aus der Zeit gefallen“ wäre. **Hans Krump**

## Wider die Lügen und Verzerrungen

**STALIN** Oleg Chlewnjuk geißelt in seiner Biographie den neuen Mythos in Russland

Oleg Chlewnjucks neue Stalin-Biographie liest sich wie eine Begleitmelodie zum aktuellen Disput zwischen dem Westen und Russland. Ein solches Buch gerät da schnell zum Politikum. Ohne falsche Scham ob seiner Gräuel lobt Russlands Präsident Putin Josef Stalin als „effektiven Leader und Manager“, als bedeutenden Staatsmann, der Deutschland im Großen Vaterländischen Krieg besiegt habe: „Niemand darf Steine auf denjenigen werfen, der den Sieg organisierte.“ Tatsächlich entwickelte sich in Russland den letzten zehn Jahren ein neuer Stalin-Kult. Jung und Alt tragen bei Demonstrationen Porträts des Generalissimus während die Moskauer Machtvertikale ideologischen Beistand intoniert. Diese Umdeutung der Geschichte bewertet der renommierte Stalin-Experte Chlewnjuk – er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Russischen Staatsarchiv – als Vernebelung des Verstands durch den „Mythos eines ‚alternativen‘ Stalin, dessen effiziente Führung als nachahmenswertes Vorbild gepriesen“ werde. Tatsächlich prägen im heutigen Russland pseudowissenschaftliche Rechtfertigungsschriften das offizielle Stalin-Bild, allen voran das Buch von Swjatoslaw Rybas, erschienen in der populären Reihe „Das Leben außergewöhnlicher Menschen“. Hier wird der Diktator von seinen Apologeten zum Nachfolger von Zar Iwan dem Schrecklichen und Zar Peter dem Gro-

ßen stilisiert. Auch deren Politik sei hart, aber notwendig gewesen, um das „Heilige Russland“ vor seinen Feinden zu schützen. Chlewnjuk kritisiert in seiner perfekt recherchierten und glänzend geschriebenen Biographie nicht nur die „prostalinistischen Lügen und Verzerrungen“, sondern vor allem die von Historikern und Politikern geäußerte Vorstellung eines „modernisierenden Stalinismus“. Der Sowjetführer habe zwar zahllose Terroropfer in Kauf genommen; diese seien aber die natürliche Voraussetzung für die notwendige Modernisierung des Agrarlands zur Industrialisation und Atommacht gewesen.

**Eindringliche Warnung** Das besondere Verdienst Chlewnjucks besteht darin, dass er die in der Geschichtswissenschaft verbreitete These über den „unvermeidlichen Stalinismus“ als Folge der autoritären Traditionen in Russland widerlegt. Eindringlich warnt er seine Heimat davor, im 21. Jahrhundert die Fehler des 20. Jahrhunderts zu wiederholen. Chlewnjuk konzentriert sich auf die bedeutendsten Ereignisse in Stalins Leben. Neben wissenschaftlichen Studien über Stalins Innen- und Außenpolitik wertete er die Dokumente in den russischen Archiven aus, die neue Erkenntnisse über die Funktionsweise des stalinistischen Systems liefern. Dazu gehören insbesondere Stalins Briefe, handschriftliche Notizen in seinen Büchern, die Besucherhefte seines Büros im Kreml oder die für ihn ausgewählten Zuschriften aus der Bevölkerung mit seinen Randbemerkungen. Allerdings konnte auch Chlewnjuk die einige Tausend Seiten umfassende Tageskorrespondenz Stalins nicht auswerten, die zum Verständnis seiner Motive so wichtig wäre. Diese Dokumente sind bislang noch als „geheim“ klassifiziert und werden im „Archiv des Präsidenten der Russischen Föderation“ aufbewahrt. **Aschot Manutscharjan**

**Oleg Chlewnjuk:**  
Stalin. Eine Biographie  
Siedler Verlag, München 2015; 590 S., 29,99 €

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

**AUFGEKEHRT**

**»Lafodödel« & Parteifreunde**

Feind, Todfeind, Parteifreund“ ist ein Mantra, das vom Ortsverein bis in die oberste Parteizentrale die Wirrungen parteipolitischer Beziehungsgeflechte ganz gut auf den Punkt bringt. Das ist praktisch in allen Parteien so. Aber es scheint gerade Die Linke zu sein, die das besonders öffentlichkeitswirksam zelebriert. Nun hat es den Fraktionsvize Dietmar Bartsch erwischt. Ausgerechnet die Traditions-Antikommunisten von Springers „Welt“ machten öffentlich, dass Bartsch in der jüngeren Vergangenheit Informationen über Mitglieder des Parteivorstands gesammelt haben soll, um so zu ermitteln, wer wem die Stange hält. Eifrige Anhänger der Grauen Eminenz aus dem Saarland, Oskar Lafontaine, sind dem Bericht zufolge als „Lafodödel“ eingruppiert worden. Mit der obersten „Lafodödeldelin“, Sahra Wagenknecht, die mit Lafontaine verheiratet ist, soll Bartsch eigentlich demnächst die Fraktion führen. Die passionierte Faust-Kennerin dürfte nun vor der einen oder anderen Gretchen-Frage stehen.

Es ist ja auch nicht die erste Liste. Im vergangenen Jahr machte „Der Spiegel“ öffentlich, dass in der Parteizentrale ein Papier kursierte, in dem von „personellen No-Gos“ die Rede sei, die Fraktion dürfe nicht zur „Resterampe der Abgewählten“ werden. Wenn man sich dann noch daran erinnert, dass der Noch-Fraktionsvorsitzende Gregor Gysi im Bundestag vor wütenden „Israel-Kritikern“, die von „Parteifreundinnen“ dorthin eingeladen worden waren, auf die Toilette flüchten musste, dann kann man sich schon die Frage stellen, wie solidarisch es eigentlich in der Partei der Solidarität zugeht. Aber es könnte schlimmer sein. Immerhin haben die obersten Linken noch alle ihre Dokortitel. *Sören Christian Reimer*

**VOR 25 JAHREN...**

**Kohls erste Siege im Osten**

**14.10.1990: Landtagswahlen in den neuen Ländern** „Was kann Helmut Kohl noch stoppen?“, fragte „Der Spiegel“ angesichts der Popularität des Kanzlers im Herbst 1990, die sich am 14. Oktober deutlich gezeigt hatte. Erstmals seit 40 Jahren und der Auflösung der Länder in der DDR 1952 hatten an diesem Tag im Osten Deutschlands wieder Landtagswahlen stattgefunden. Weniger



**Kurt Biedenkopf (CDU) und seine Frau nach dem Wahlsieg in Sachsen 1990**

als zwei Monate vor der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl galten sie als Stimmungsbarmeter – und gerieten zu einer Demonstration des sogenannten Kanzlerbonus.

Während die SED-Nachfolgepartei PDS in alle fünf Landesparlamente einzog, hatte vor allem die CDU Grund zu jubeln: In vier der fünf neuen Bundesländer triumphierte die Partei. In Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen wurde die CDU stärkste Kraft und konnte mit der FDP als Koalitionspartner eine Regierung bilden. In Sachsen war man auf die liberalen Mehrheitsbeschaffer gar nicht angewiesen: Mit 53,8 Prozent erreichte die CDU dort die absolute Mehrheit. Die SPD holte in dem Freistaat unterdessen mit 19,1 Prozent ihr schlechtestes Ergebnis. Erfolg gab es für die Sozialdemokraten nur in Brandenburg, wo sie mit 38,2 Prozent die CDU hinter sich ließen und mit dem Bündnis 90 und der FDP eine Koalition bildeten. Insgesamt zu wenig für die SPD, deren Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine von „40 plus x“ Prozent bei der Bundestagswahl 1990 geträumt hatte. Doch die Ostdeutschen sahen offenbar nicht die SPD als Retter nach dem wirtschaftlichen Kollaps der DDR, sondern Kohl als Heilsbringer. *Benjamin Stahl*



**ORTSTERMIN IPS-PROGRAMM FÜR ARABISCHE STAATEN**



**Malek Abidi – die 32-Jährige aus der tunesischen Hauptstadt Tunis war eine der 23 Teilnehmer am IPS-Sonderprogramm.** © Michael Gottschalk/photothek.net

**»Wir sind in Tunesien auf dem richtigen Weg«**

Wer sich als deutscher Unternehmer in Tunesien engagieren will, kommt an Malek Abidi nicht vorbei. Die 32-Jährige arbeitet in Tunis als Office-Managerin bei der Deutsch-Tunesischen Industrie- und Handelskammer (AHK-Tunesien). „Wir stellen für Industrie und Wirtschaft eine Brücke zwischen Deutschland und Tunesien dar“, sagt Malek Abidi. In diesem September musste die AHK-Tunesien aber ohne ihre sehr gut Deutsch sprechende Mitarbeiterin auskommen. In dieser Zeit nahm die studierte Handelswissenschaftlerin am Sonderprogramm des Internationalen Parlamentsstipendiums (IPS) für arabische Staaten teil. „Ich bin stolz, hier im Deutschen Bundestag gewesen zu sein“, sagt sie.

In Berlin ging es ihr darum, zu schauen, wie das parlamentarische System in Deutschland funktioniert. „Vieles, was ich hier erfahren habe, kann man in den Medien so nicht finden“, sagt sie. Was aber die Abläufe im Parlament angeht, zieht die Tunesierin ein interessantes Fazit: Das meiste, was im Bundestag zu den parlamentarischen

Gepflogenheiten gehört, kennt sie auch aus der Heimat. „Es war so, wie ich es aus dem tunesischen Parlament kenne. Es wird gestritten, aber es kommt auch zu Kompromissen im Interesse der Bevölkerung.“ Das gleiche gelte für Pressekonferenzen. „Auch bei uns darf alles gefragt werden und die Regierungsvertreter müssen mit Ausführlichkeit und Transparenz antworten. Ich bin stolz darauf, dass wir schon so weit sind“, sagt Malek Abidi und fühlt sich in ihrer Einschätzung bestätigt: „Wir sind in Tunesien auf dem richtigen Weg hin zur Demokratie.“

Eine neue Verfassung, „die vereint, was vielen nicht vereinbar schien“, freie Parlaments- und Präsidentschaftswahlen, die Gleichstellung von Mann und Frau – Tunesien habe seit 2011 viel erreicht, auch wenn noch viel zu tun bleibe, findet sie. Und weiß: „Man braucht einen langen Atem auf dem Weg zur Demokratie.“

Die Terroranschläge dieses Jahres lassen die junge Tunesierin nicht zweifeln. Der Kampf gegen den Terrorismus habe derzeit oberste Priorität. Man müsse aber damit

rechnen, dass es noch zu weiteren Anschlägen kommen könnte. „Dennoch: Es gibt keinen Grund zur Panik! Wir sind auf dem richtigen Weg, auch wenn darauf noch einige Steine liegen“, bleibt sie zuversichtlich.

Dass der tunesische Präsident Beji Caid Essebsi unlängst um internationalen Unterstützung beim Kampf gegen den Terror geworben und davor gewarnt hat, dass die Terrororganisation Islamischer Staat (IS) Tunesien attackieren wolle, hält sie gleichwohl für richtig. „Wir brauchen internationale Unterstützung, insbesondere von Deutschland.“ Und so freut sich die Tunesierin, dass Bundespräsident Joachim Gauck ihr Land als ersten nordafrikanischen Staat besucht und aufmunternde Worte gefunden hat. „Der Bundespräsident hat bestätigt, dass Tunesien gigantische Schritte zur Demokratie gemacht hat und zweifellos zu einem Vorbild für die freiheitsliebenden Menschen der ganzen Region geworden ist“, sagt Malek Abidi. Dies mache deutlich: „Deutschland hat den Willen, Tunesien zu unterstützen.“ *Götz Hausding*

**LESERPOST**

**Zur Ausgabe 38-39 vom 14. September 2015, »Einfach mal anpacken« auf Seite 1:**

Es fällt schwer, daran vorbeizusehen: Die Staaten, in denen der Westen in den vergangenen Jahrzehnten qua raumgreifender Außen- und Sicherheitspolitik einen Regimewechsel herbeiführen wollte oder sogar erzielt hat, sei es durch robuste äußere Gewalt „out of area“, sei es durch entschlossene Diplomatie, sie gehören heute zu den schwärztesten Fluchtpunkten des Flüchtlingsströmen auf der Titelseite des „Parlaments“ nüchtern saldieren.

Dann finden wir zirka 140.000 Männer, Frauen und Kinder mit Interventions-Geschichte beziehungsweise signifikante mehr als 70 Prozent der Asylbewerber im Jahr 2015 bis Ende Juli.

Aleim vom Balkan, einer als längst abgearbeitet wahrgenommenen Krisen- und Interventionsregion, waren es wieder etwa 76.000 oder fast 40 Prozent der Gesamtzahl.

Zu einem möglichen eigenen kausalen Anteil unserer Einsatzentscheidungen am Schicksal der Flüchtlinge hat sich in der Debatte nur Gregor Gysi (Die Linke) geäußert. Der Krieg ist ein schlechter Lehrmeister, wenn er weit entfernt wütet und wenn die menschlichen Folgen nur mit Verzögerung zu uns durchsickern. Wie ließ sich der damalige Verteidigungsminister Jung in seinem Weißbuch 2006 zitieren: „Wir müssen Krisen und Konflikte rechtzeitig dort begegnen, wo sie entstehen und dadurch ihre negativen Wir-

kungen von Europa und unseren Bürgern weitgehend fernhalten.“ Er hat die Problemlösungsfähigkeit der Industriestaaten massiv überschätzt.

*Karl Ulrich Voss, Burscheid*

**Zur Ausgabe 33-34 vom 10. August 2015, Thema Russland:**

Die Ausgabe zu Russland hat mich erstaunt und erschüttert. So bezieht sich der Autor im Artikel »Der Putin-Komplex“ zum Beispiel auf den russischen Sozialwissenschaftler Alexander Dugin, um die gefährliche geostrategische Konzeption Putins zu kennzeichnen. Warum wird die geostrategische Sicht der

USA in Gestalt von Zbigniew Brzezinski, der die Russische Förderung zerstören will, verschwiegen? Sie verschweigen in der gesamten Ausgabe die Ziele der USA. Damit fällt ein falsches Licht auf den Krimkonflikt. Russland hat mit der Volksabstimmung nach der Angliederung der Krim verhindert, dass die Krim ein Nato-Stützpunkt wurde, das heißt der Hebel zur Teilung Russlands. Warum wird an der Stelle das Völkerrecht bemüht, nicht aber das Selbstbestimmungsrecht der Völker? Bei der DDR hat der Westen 40 Jahre lang das Selbstbefragungsrecht ins Feld geführt.

*Willibald Jacob, Berlin*

Es ist so erstaunlich wie bedauerlich, dass der Artikel „Der Putin-Komplex“ von Gerd Koenen zeigt, dass er leider die Ostpolitik Willy Brandts nicht verstanden hat. Sowohl Brandt als auch Egon Bahr würden sich im Grabe umdrehen! Ich bin gespannt, wann Herr Koenen einen militärisches Engagement für ein gebotenes Mittel in der Ostpolitik propagiert. Das „Säbelrasseln“ der Nato-Akteure ist ja kaum mehr zu überhören.

Das massive monetäre Engagement der USA in der Ukraine, mit dem sie mit mehr als 5 Milliarden US-Dollar den Regimewechsel finanziert haben, lässt die sogenannte Bürgerbewegung in einem zweifelhaften Lichte erscheinen. Das wäre auch nicht das erste Mal gewesen, dass die USA so einen Regimewechsel herbeigeführt haben.

Jeder, der seine Meinung veröffentlicht, sollte dies mit Verantwortung und Weitsicht tun und der Wahrheit verpflichtet sein. Unterlässt er dies, ist es zur Propaganda nur ein kurzer Weg.

*Jürgen Poweilit, per E-Mail*

**Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:**

Das Parlament  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 19. Oktober.

**SEITENBLICKE**



**Jüdische Abgeordnete im Reichstag**

**PARLAMENTS-GESCHICHTE** Zu den prominenten Abgeordneten des kaiserlichen Reichstags zählten zahlreiche jüdische Parlamentarier wie etwa Ludwig Bamberger und Eduard Lasker. Die meisten saßen in den Reihen liberaler Fraktionen. Ihr politisches Wirken verbanden sie auch mit dem Ziel, die Durchsetzung der Gleichberechtigung der Juden in Staat und Gesellschaft zu fördern. Doch offen oder verborgen sahen sie sich gängigen Vorurteilen und antisemitischen Spitzen ausgesetzt, auch innerhalb der eigenen Reihen.

So ließ sich Heinrich von Treitschke schon als Mitglied der nationalliberalen Reichstagsfraktion, die er 1879 verließ, über Juden aus. Im selben Jahr löste er mit einem Aufsatz „Unsere Aussichten“, der den berechtigten Ausspruch „Juden sind unser Unglück“ enthielt, den Berliner Antisemitismusstreit aus. Doch auch andere Abgeordnete fielen durch antisemitische Aussagen auf. Der weltläufige, aus Bremen stammende Kaufmann, der Nationalliberale Alexander Georg Mosle, unterstellte Gegnern der Bismarckschen Schutzzollpolitik semitisches Treiben. Mosle wurde danach aus der nationalliberalen Fraktion herauskomplimentiert. Auch der zeitweilige nationalliberale Abgeordnete Diederich Hahn fiel durch antisemitische Äußerungen auf und wurde dafür sogar kurzzeitig vom Plenum ausgeschlossen.

Nicht zuletzt war sich Bismarck trotz seines späteren engen persönlichen Verhältnisses zu seinem jüdischen Bankier Gerson Bleichröder nicht zu schade, schon zu Beginn seiner Karriere vermeintlich geistreiche Bemerkungen über jüdische Abgeordnete zum Besten zu geben. Erwähnt seien die 1850 gefallenen Worte über den Präsidenten des Erfurter Volkshauses, Eduard Simson. Als dieser Bismarcks Wahl zum Schriftführer verkündete, ließ der 35-jährige den Abgeordneten August Reichensperger wissen, dass sich sein seliger Vater dreimal im Grabe herumdrehen, wenn er höre, dass er Schreiber eines jüdischen Gelehrten geworden sei. Simson war allerdings seit frühesten Jugend konvertiert. Trotzdem galt das Verhältnis Bismarcks zu Simson, über den er sich bei seinen späteren parlamentarischen Abenden wiederholt positiv äußerte, als ausgezeichnet.

Zu Zeiten des Reichstags stieß sich Bismarck dann, wie im Falle Eduard Laskers oder Leopold Sonnemanns, des Verlegers der „Frankfurter Zeitung“, weniger an deren jüdischen Glauben als vielmehr an deren souveränen, von großem Wissen getragenen Auftreten im Reichstag, die ihm das Leben schwer machten. Lasker verließ jedenfalls im Jahr 1880, nicht zuletzt aufgrund antisemitischer Strömungen in den eigenen Reihen, entnervt die Nationalliberale Partei und schloss sich nach vorübergehender Fraktionslosigkeit der „Sezession“ an. *Bernd Haunfelder*

**PERSONALIA**

**>Ulrich Janzen**  
**Bundestagsabgeordneter 1990-1994, SPD**

Ulrich Janzen vollendet am 8. Oktober sein 85. Lebensjahr. Der promovierte Ingenieur und Architekt aus Stralsund trat 1989 der SPD bei und wurde Vorstandsmitglied des dortigen Kreisverbands. 1990/91 gehörte er der Bürgerschaft seiner Heimatstadt an und war von 1990 bis 1993 Vorsitzender der Kommission Kultur. Janzen, der über die SPD-Landesliste Mecklenburg-Vorpommern in den Bundestag gewählt wurde, war Mitglied des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau.

**>Klaus Rösch**  
**Bundestagsabgeordneter 1980-1983, FDP**

Am 18. Oktober wird Klaus Rösch 70 Jahre alt. Der Diplom-Betriebswirt und Kaufmann aus Villingen-Schwenningen trat 1961 der FDP bei, war von 1968 bis 1972 stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungdemokraten, gehörte mehr als ein Jahrzehnt dem Landesvorstand in Baden-Württemberg an und war von 1970 bis 1982 stellvertretender FDP-Landesvorsitzender. Von 1973 bis 1979 betätigte sich Rösch kommunalpolitisch und gehörte von 1972 bis 1980 dem Kreistag des Schwarzwald-Baar-Kreises an. Von 1976 bis 1980 war er Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg. Im Bundestag arbeitete Rösch im Verkehrsausschuss, im Bildungsausschuss sowie Ausschuss für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau mit. *brmh*

**BUNDESTAG LIVE**

**Topthemen vom 12. – 16.10.2015**  
70 Jahre UN (Mi)  
Asylrecht (Do)  
Phoenix überträgt live ab 9 Uhr  
Auf [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de): Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

Dr. Thomas de Maizière, CDU, Bundesminister des Inneren:

## Integration hat zwei Richtungen



Thomas de Maizière (\*1954)  
Bundesminister

Ich möchte mit dem Brief eines Bürgermeisters an seine Bürgerinnen und Bürger beginnen: Einladung zu einer Informationsveranstaltung zum Thema „Unterbringung von Flüchtlingen“ ...

Gerne möchten wir Sie an diesem Abend über die geplante Unterbringung von Flüchtlingen in unserer Gemeinde informieren und mit Ihnen gemeinsam in einen transparenten und offenen Dialog treten, in dem Möglichkeiten zur Schaffung einer „Willkommenskultur“ und der damit einhergehenden Integration besprochen werden sollen, aber auch Platz für Fragen und Bedenken aus der Bevölkerung sein wird ...

Wir freuen uns auf Ihr Kommen!

Gezeichnet: der Bürgermeister.

Diese und ähnliche Zeilen haben in den letzten Wochen und Monaten Millionen Menschen in den Händen gehalten. Sie wurden nicht mehrfach getwittert. Diese Zeilen gingen nicht mit Facebook um die Welt. Aber sie zeigen die Realität vor Ort: große Hilfsbereitschaft und Sorge. Meine Damen und Herren, wo wären wir ohne die Tüchtigen sowie die Bürgermeister und die Landräte in diesem Land, die jeden Tag vor Ort Überzeugungsarbeit leisten? Ich möchte meine Rede mit einem Dank beginnen.

Diese Zeilen sind auch ein Zei-

chen dafür, dass wir mit dem Begriff der Aufnahmefähigkeit unseres Landes und den damit verbundenen Grenzen achtsam umgehen müssen. Auf den Bürgerversammlungen in den Städten und den Gemeinden wird viel diskutiert, mit Neugier, mit Sorge und manchmal auch mit Ärger, aber immer noch mit Zuversicht und Engagement. Das ist gut. Meine Damen und Herren, arbeiten wir alle dafür, dass es dabei bleibt.

Ich bringe heute den Entwurf eines Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes für die Bundesregierung ein. Er ist Teil eines großen politischen Pakets, das Bund und Länder in der vergangenen Woche gemeinsam beschlossen haben. Der Gesetzentwurf und das Paket enthalten fünf zentrale Botschaften: erstens zügige Ordnung und Beschleunigung der Asylverfahren; zweitens Integration der schutzbedürftigen Flüchtlinge durch Sprache, mit Arbeit und in sozialem Zusammenhalt; drittens Abbau

von Fehlanreizen und konsequente Rückführung derjenigen, die kein Bleiberecht haben; viertens Abbau von Rechtsregeln, die uns daran hindern, zügig und winterfest die Flüchtlinge unterzubringen, und fünftens Hilfen

des Bundes für Länder und Kommunen, um in Verantwortungsgemeinschaft diese große Herausforderung stemmen zu können.

Mit dem Gesetzentwurf und auch mit dem Paket, das Sachverhalte enthält, die nicht Teil des Gesetzes sind, treffen wir dringend gebotene, aber auch harte Entscheidungen. Dazu zählt unter anderem die Verpflichtung der Flüchtlinge zur Unterbringung in Erstaufnahmeeinrichtungen. Dazu zählen weniger Geldleistungen. Dazu zählt, dass für diejenigen, die nicht ausreisen, die aber vollziehbar ausreisepflichtig sind, kein Anspruch mehr auf Asylbewerberleistungen besteht. Sie sollen, wenn sie nicht ausreisen, nur noch das unabdingbar Notwendige erhalten.

ge erhalten.

Bund und Länder haben jeden Tag die ungeheuer schwierige Aufgabe, Tausende Flüchtlinge auf die Länder und in den Ländern zu verteilen, um eine faire Lastenteilung und ein geordnetes Verfahren zu gewährleisten. Wir können erwarten, dass sich jeder Flüchtling an diese Verteilungsentscheidung hält. Flucht und Ankunft in Deutschland bedeuten nicht eine freie Wahl des Wohnorts.

Ich will allen Flüchtlingen sagen: Ja, manche Unterkunft ist nicht angenehm; viele sind überfüllt. Aber bitte keine zu hohen Ansprüche! Alle geben sich verdammt viel Mühe. Es geht im Moment nicht anders.

Ein zentraler, wichtiger Baustein dieses großen Pakets ist die Beschleunigung der Asylverfahren. Ja, es gibt dort großen Verbesserungsbedarf. Jetzt werden die Prozesse in den Asylverfahren nochmals verbessert. Dafür haben wir mit Herrn Weise einen hervorragenden Fachmann gewonnen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bekommt nochmals deutlich mehr Stellen und Personal sowie Mittel, die es zur Bewältigung dieser großen Aufgabe braucht. Auch mit der Nutzung der Ressourcen der Bundesagentur für Arbeit werden wir schneller werden. Ich füge genauso hinzu: Auch hierfür brauchen wir die Mitarbeit der Länder. Schluss mit Schuldzuweisungen! Schluss mit dem Schwarzer-Peter-Spiel! Alle handeln gemeinsam in Verantwortungsgemeinschaft. Nur so geht es.

Mit dem Gesetz werden jetzt auch Albanien, Kosovo und Montenegro zu sicheren Herkunftsstaaten. Dort liegen die Voraussetzungen für Asyl nur in wenigen Einzelfällen vor. Diese Länder haben selbst darum gebeten. Alle EU-Staaten sind dafür. Jetzt haben wir davon auch die Bundesländer mit grüner Regierungsbeteiligung überzeugt, jedenfalls die meisten. Dafür schaffen wir legale Zuwanderungsmöglichkeiten für Menschen aus den Balkanstaaten – unter bestimmten Voraussetzungen. Das ist ein fairer Kompromiss.

Wir schaffen mit dem Gesetz

auch die Voraussetzungen für einen konsequenten Vollzug einer bestehenden Ausreisepflicht. Wem in unserem Land ein Asylantrag abgelehnt worden ist, der muss, wenn es sonst keinen Grund für Duldung gibt, unser Land verlassen. Diese Regel werden wir konsequent anwenden.

Von überragender Bedeutung in dem Gesetzespaket sind die finanziellen Hilfen des Bundes. Vorweg aber sei gesagt: Auch der Bund hat gewaltige finanzielle Lasten zu stemmen: Hilfe vor Ort in den Flüchtlingslagern, Hartz IV, Kosten für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Kosten für die Bundespolizei, Integrationskurse – viele Aufgaben, die auch der Bund zusätzlich zu lösen hat. Und dennoch: Der Bund beteiligt sich dauerhaft, strukturell und dynamisch an den Kosten, die durch die Aufnahme von Asylbewerbern in Ländern und Kommunen entstehen.

Wir haben als Sofortmaßnahme beschlossen, die bisher vorgesehene Entlastung der Länder und Kommunen bei der Flüchtlingsunterbringung in diesem Jahr, im laufenden Jahr 2015, auf 2 Milliarden Euro zu verdoppeln. Wir schaffen außerdem die Voraussetzung dafür, dass die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben den Ländern und Kommunen die Kosten für die Herrichtung von Flüchtlingsunterkünften auf ihren Liegenschaften erstatten kann. Der Bund übernimmt vor allem für fünf Monate – und noch ein bisschen mehr; das ist jetzt zu kompliziert zu erklären – die Kosten der Länder nach dem Asylbewerberleistungsgesetz – pro Flüchtling. Längere Asylverfahren gehen dann nicht mehr zulasten der Länder. Die Finanzierungsmethode orientiert sich an der Dauer der Verfahren.

Wir nehmen damit eine faire Risikoverteilung zwischen Bund und Ländern vor. Bund und Länder stehen damit klar zu ihrer Verantwortungsgemeinschaft. Wir nehmen die Herausforderung gemeinsam an, und wir handeln gemeinsam. Auch das ist ein wichtiges Zeichen für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land.

Mit dem Gesetzespaket bekennen wir uns genauso klar und deutlich zur Aufnahme und Inte-

gration derjenigen, die schutzwürdig sind und dauerhaft hier bleiben werden. Das, meine Damen und Herren, werden viele sein, sehr viele. Die Anerkennungsquoten, gerade was die Anerkennung mit einem Flüchtlingsstatus betrifft, sind hoch. Die Schutzbedürftigen, die bleiben werden, sollen hier nicht nur irgendwie geduldet werden, im rechtlichen und im immateriellen Sinne; sie sollen hier auch voll angenommen werden. Sie werden unsere Nachbarn und Mitbürger sein.

Wir öffnen für sie sehr früh die Integrationskurse. Wir erweitern das Angebot von Sprachkursen. Wir lockern das Leiharbeitsverbot für Asylbewerber. Neben der Sprache ist Arbeit der Schlüssel zur Integration. Diejenigen mit guter Bleibeperspektive sollen bereits frühzeitig Leistungen der aktiven Arbeitsförderung erhalten, damit sie schnell in den Arbeitsmarkt integriert werden können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Integration hat zwei Richtungen. Wenn wir mit unseren Bürgern über eine Willkommenskultur sprechen, müssen wir von denen, die zu uns kommen, auch eine Anerkennungskultur einfordern.

Was meine ich damit? „Anerkennungskultur“ bedeutet, dass die zu uns kommenden Menschen unsere Rechts- und Werteordnung akzeptieren und einhalten. Dazu gehört, dass man gegenüber Behörden seinen richtigen Namen sagt und zutreffend beschreibt, aus welchem Land man kommt.

Dazu gehört, dass man sich nicht prügelt. Dazu gehört, dass man Geduld hat. Dazu gehört, dass man andere Menschen respektiert – unabhängig von Religion und Geschlecht.

**Von überragender Bedeutung sind die finanziellen Hilfen des Bundes.**

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:  
<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentarischen Fernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.  
[www.bundestag.de/live/tv/index.html](http://www.bundestag.de/live/tv/index.html)

Genauso gilt: Jeder, der hierherkommt, hat das Recht, friedlich, respektvoll und menschenwürdig behandelt zu werden.

Den rechtsextremen Pöbeleien und der stark gestiegenen Zahl von Straftaten bis hin zum Mordversuch treten wir politisch und mit aller Härte des Rechtsstaats entgegen.

Viele der gerade beschriebenen Grundsätze gelten auch für Europa. Wir haben eine gemeinsame humanitäre Verpflichtung in Europa und eine Verpflichtung, das von uns selbst gesetzte Recht anzuwenden. Der Rat der europäischen Innenminister hat in der letzten Woche beschlossen, 120 000 Flüchtlinge, vor allem aus Italien und Griechenland, innerhalb der EU zu verteilen. Diese Entscheidung, die gegen harten Widerstand durchgesetzt werden

konnte, zeigt: Europa ist und bleibt handlungsfähig. Sicher: Das war nur ein erster Schritt.

Aber damit senden wir auch eine Botschaft nach außen: Wer nach Europa flüchtet, kann sich sein Zielland in Europa nicht einfach aussuchen.

Ich bin davon überzeugt: Wir brauchen ein einheitliches EU Asylrecht, auch bei Verfahren und Leistungsstandards.

Europa mag im Moment vielleicht auch Teil des Problems sein; aber nur Europa wird Teil der Lösung sein können.

Nach meiner persönlichen Meinung müssen wir uns in der Europäischen Union zu festen, großzügigen Kontingenten für die Aufnahme von Flüchtlingen verpflichten, die dann auch eine Begrenzung der Aufnahmefähigkeit bilden. Ich freue mich, dass darü-

ber jetzt eine konstruktive Debatte stattfindet, sogar bei den Grünen im Europaparlament.

Wir brauchen aber nicht nur nationale und europäische Antworten. Wir werden keines der Probleme auf der Welt lösen können, indem wir unbegrenzten Zuzug nach Europa erlauben und diesen einfach nur besser organisieren. Hier ist die Staatengemeinschaft insgesamt gefordert. Wir müssen die Fluchtursachen angehen und dazu beitragen, dass sich nicht noch mehr Menschen auf den Weg machen. Die europäischen Staats- und Regierungschefs haben sich in der vergangenen Woche auf zusätzliche Hilfen in Höhe von rund 1 Milliarde Euro für diese Aufgaben geeinigt.

Die Transitländer brauchen mehr Unterstützung, sowohl außerhalb als auch innerhalb

Europas. Die EU wird neue Wege gehen müssen, auch im Verhältnis zur Türkei; ich kann und will das hier heute nicht vertiefen.

Meine Damen und Herren, was sollen wir tun, und was können wir tun? Beide Fragen gehören zusammen. Unser bisheriges System war nicht auf einen solchen Andrang an Menschen ausgelegt. Im September sind so viele Flüchtlinge nach Deutschland gekommen wie seit Jahrzehnten nicht mehr in einem einzigen Monat. Wir haben unsere Organisation und das Recht nun auf die aktuelle Lage eingestellt. Ob das reicht, wird man sehen. Es geht jetzt nicht um Formblätter und nicht um große Scheindebatten, sondern um Handeln an vielen Stellen, mit vielen Händen und auf allen Ebenen – nicht nur in der Politik. In dieser Phase unserer Geschichte richtet

sich die Aufgabe an alle. Wir brauchen Menschen, die mitmachen – überall in unserem Land. Wir brauchen Einfühlungsvermögen für die, die zu uns kommen. Aber wir müssen auch klare Erwartungen an sie richten. Wir müssen die echten Sorgen ernst nehmen und diejenigen in die Schranken weisen, die unser Land radikalieren wollen.

Wir werden Mut, Geduld und Ausdauer brauchen, und wir brauchen eine Politik, die großzügige, vernünftige und harte Entscheidungen treffen kann. Dieser Gesetzentwurf ist ein wichtiger Teil davon. Ich bitte um zügige Beratung und Zustimmung.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU – Beifall bei der SPD)

Dr. Gregor Gysi, DIE LINKE:

## Nichts in Afghanistan ist besser



Gregor Gysi (\*1948)  
Wahlkreis Berlin - Treptow – Köpenick

Es stellt sich wieder einmal heraus: Erst wenn Probleme gravierend werden, sucht eine Regierung auch nach Lösungen und geht Schritte, die zu einem großen Teil richtig und wichtig sind, zumindest was die Richtung der Schritte betrifft. Aber wir haben das schon seit Jahren beantragt – ohne jede Reaktion.

Ich werde es Ihnen gleich belegen. Wollen Sie ein Beispiel hören? Herr Kahrs, da Sie ja nie etwas zur Kenntnis nehmen, nenne ich es Ihnen einmal: Wir haben seit Jahren gefordert, 0,7

Prozent des Bruttoinlandsprodukts, wie es die UNO vor 45 Jahren beschlossen hat, endlich für Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen. Sie haben das immer abgelehnt. Wir sind bei 0,4 Prozent. Jetzt sagt die Bundeskanzlerin vor

der UNO: Wir gehen auf 0,7 Prozent. – Das hätten wir schon seit Jahren machen können, Herr Kahrs, auch als Sie führend regiert haben.

Trotzdem – ich sage es noch einmal – ist das ein Schritt in die richtige Richtung. Es gibt allerdings auch Schritte in die falsche Richtung. Das ist wieder eine Mischung gewesen, die Sie da mit den Länderministerpräsidenten verabredet haben.

Woher kommen die Flüchtlinge? Sie kommen aus nordafrikanischen Ländern und aus Ländern neben Nordafrika, vor allem Syrien, dem Irak und Afghanistan. Was den Krieg in Afghanistan angeht, haben wir Ihnen gleich gesagt, dass er falsch ist. Sie sind mit dieser Politik vollständig gescheitert.

Nichts in Afghanistan ist besser. Jetzt haben die Taliban sogar Kunduz erobert. Jetzt soll es wieder zurückerobert werden. Das heißt, es hat sich auch an den Herrschaftsstrukturen so gut wie nichts geändert. Ich sage es Ihnen ganz klar: Woran erinnert uns Kunduz? Auch unsere Soldaten haben da Zivilisten getötet: Kinder und Frauen.

Und auch unsere Soldaten wurden getötet, verletzt und sind traumatisiert. Das ist das Ergebnis des Afghanistan-Krieges. Genau das hätte man verhindern müssen –

dringend verhindern müssen.

In Syrien herrscht seit 2011 Krieg. Es gibt einen Konflikt zwischen den USA und Russland. Obama will Assad stürzen, Putin will es nicht. Aber wer führt den Kampf gegen den „Islamischen Staat“, die weltweit schlimmste Terrororganisation, eigentlich am Boden? Es sind die Truppen von Assad und die Kurdinnen und Kurden. Aber die Kurdinnen und Kurden werden von der Türkei bombardiert. Das ist ein NATO Partner. Sie aber sagen fast nichts dagegen. Auch das ist nicht hinnehmbar.

Wahr ist: Assad ist ein Tyrann. Trotzdem kann und muss man mit ihm reden, wenn man Frieden in Syrien will. Johannes Kahrs hat mich im Rahmen der Kanzlerdebatte, als ich vorschlug, mit Assad zu reden, wie verrückt beschimpft – lautstark. Nun schlägt genau dies aber auch ein Mitglied seiner Fraktion, Herr Steinmeier, vor. Nun schlägt es auch die Bundeskanzlerin Merkel vor. Da meckern Sie nicht, Herr Kahrs. Das heißt, Ihnen geht es nicht um Inhalt, sondern um Personen; das ist damit belegt.

Auch mit dem König von Saudi Arabien wird geredet. Was ist das für ein Mann? Er lässt auspeitschen. Dort gibt es nicht nur die Todesstrafe an sich, was schon schlimm genug ist, sondern sogar die Todesstrafe für Jugendliche. Ein 17-Jähriger ist gerade zum Tode verurteilt worden. Außerdem steht Homosexualität unter Todesstrafe. Saudi Arabien führt Krieg

gegen den Jemen; das ist übrigens auch völkerrechtswidrig. Vor zwei oder drei Tagen ist dort eine Hochzeitsgesellschaft bombardiert worden. Es gab weit über 100 Tote; Kinder und Frauen waren darunter. Was aber machen wir? Wir liefern Waffen an Saudi Arabien. Wann stellen Sie diese Verträge eigentlich endlich einmal ein?

Ich sage Ihnen in Bezug auf die Flüchtlinge noch etwas: Vor dem Krieg gegen Afghanistan hatten wir relativ wenige Flüchtlinge aus Afghanistan. Jetzt haben wir sehr viele.

Im Augenblick haben wir noch wenige Flüchtlinge aus dem Jemen. Aber wenn Saudi Arabien weiter Krieg gegen den Jemen führt, werden wir viele, Tausende, Abertausende Flüchtlinge aus dem Jemen bekommen. Daran wird doch eines deutlich: Man muss die Ursachen der Flucht bekämpfen. Das ist das Entscheidende.

Das heißt, dass wenigstens die Waffenexporte an Saudi Arabien, an Katar und in Krisengebiete – wenn nicht sogar Waffenexporte generell – unterbunden werden müssen.

Wir müssen aber auch etwas gegen Hunger, Not und Armut tun. Ich will Ihnen sagen, wovon wir in Europa gelebt haben, auch wenn das viele nicht wahrhaben wollen: Wir haben in Europa davon gelebt, dass man in Afrika nicht wusste, wie wir leben. Wir haben alle die Bedeutung der technischen Revolution durch die Digitalisierung des Lebens unterschätzt. Jetzt weiß man auch in Afrika, wie wir leben. Da entstehen Fragen, und zwar Fragen, die auch zur Flucht führen. Wenn wir Hunger, Not und Armut also nicht

wirksam bekämpfen, kann uns das Ganze überfordern.

Ich nenne Ihnen ein Beispiel: Wir subventionieren Lebensmittel. Das kann für uns hier in Deutschland und Europa richtig sein. Aber subventionierte Lebensmittel nach Afrika zu exportieren, ist eine Frechheit, weil wir das Entstehen einer eigenen Landwirtschaft in Afrika damit verhindern. Das kann nicht unsere Aufgabe sein.

Jetzt kommen viele Flüchtlinge aus den Lagern in den verschiedenen Ländern. Vor einem Jahr habe ich die Lager in Nordirak

und in Syrien besucht. Ich verstehe, warum sie kommen. Ich habe mir die Situation dort angesehen. Es ist eine große Zahl. Wissen Sie, dass die Mittel für diese Lager reduziert wurden? Pro Flüchtling gibt es pro Tag 50 Cent. Auch Deutschland hat seine Hilfe reduziert. Auch die Europäische Union hat die Mittel reduziert. Jetzt haben sie sie aufgestockt. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Das muss verstetigt werden, sonst dürfen wir uns nicht wundern, dass die Flüchtlinge auch von dort fliehen und zu uns kommen. Die Zahl der Flüchtlinge ist sehr groß. In diesem Jahr sind es über 800 000. Ich danke allen Bürgerinnen und Bürgern, die dort eine sehr fleißige ehrenamtliche Arbeit leisten.

Ich sage Ihnen auch: Wir dürfen das nicht überziehen. Der Bund muss schnell Hilfe leisten, damit die Stimmung nicht kippt. Die Bundeswehr – das fällt mir auf – hat doch so viele Kasernen. Ich finde, sie könnten doch beim Bettenaufstellen, beim Aufstellen der Zelte, helfen.

– Ja, ich weiß. Da können sie

**Der Bund muss schnell Hilfe leisten, damit die Stimmung nicht kippt.**

**Assad ist ein Tyrann. Trotzdem kann und muss man mit ihm reden, wenn man Frieden will.**

mehr helfen. Das ist viel nützlicher, als in Afghanistan Krieg zu führen, wenn ich das einmal sagen darf, auch wenn Sie sich aufregen. Bei der Registrierung dürfen sie nicht helfen, da das eine hoheitliche Aufgabe ist. Da sind sie wieder falsch eingesetzt.

Die Kehrseite: Es gibt tatsächlich besorgte Bürgerinnen und Bürger.

Wir haben die Aufgabe, abstrakte Ängste abzubauen. Es gibt aber vor allem Rechtsextremismus und Rechtspopulismus von AfD bis Nazis, die versuchen, Ängste zu schüren, zu vereinnahmen und zu radikalieren. Über 60 Anschläge

auf Asylunterkünfte sind beschämend. Dagegen muss entschieden vorgegangen werden.

Aber auch die offizielle Politik, vor allem die CSU aus Bayern, betätigt sich als Stichwortgeberin. Ich habe im Bayerischen Fernsehen erlebt, wie ein Iraner, der in Bayern lebt, erklärte, dass er vor zwei Jahren einen Asylantrag gestellt hat. Bis heute hat er keinen Bescheid.

Darum sollte sich Seehofer kümmern, nicht um Orban – um das auch einmal ganz klar zu sagen.

Die Überlegungen von Orban

und Seehofer, wie man Flüchtlinge verhindert, ist nicht nur inhuman, sondern sie geht auch nie auf. Flüchtlinge lassen sich von Zäunen nicht aufhalten.

Seit Jahren fordern wir für die ärmeren Schichten unserer Bevölkerung Dinge wie Wohnungsbau, eine andere Arbeitsmarktpolitik, insbesondere die Überwindung der prekären Beschäftigung und vieles mehr. Das gilt sowohl für die Flüchtlinge als auch für die armen Schichten unserer Bevölkerung. Wir fordern das immer für alle. Anders geht es nicht.

Wir brauchen – das sagen wir

auch seit Jahren – mehr Lehrerinnen und Lehrer, mehr Erzieherinnen und Erzieher. Das Kooperationsverbot aus dem Grundgesetz muss weg, damit der Bund sich darum kümmern kann, und zwar sowohl für unsere Bevölkerung als auch für die Flüchtlinge. Anders wird es nicht gehen.

Die Kopfpauschale von 670 Euro pro Flüchtling ist wichtig, aber es reicht nicht. Es muss eigentlich mehr sein. Aber das ist nicht mein Hauptanliegen. Mein Hauptanliegen ist, dass zum Abschluss des Asylverfahrens die Zahlung beendet wird. Was ist mit

all den Geduldeten, denen, die kein Asyl bekommen, aber auch nicht weggeschickt werden können? Das sollen die Kommunen und Länder alleine bezahlen? Wie sollen sie das denn machen? Lassen Sie sich noch eins sagen: Es gibt Flüchtlinge, die kann man nicht in gute und schlechte unterteilen. Wir müssen in erster Linie die Fluchtursachen bekämpfen.

(Beifall bei der LINKEN)

Christine Lambrecht, SPD:

## Schneller Zugang zu Sprach- und Integrationskursen



Christine Lambrecht (\* 1965)  
Landesliste Hessen

Ich kann gar nicht anders, als auf das kurz erwidern, was Herr Gysi von sich gegeben hat.

Herr Gysi, in der ganzen Rede haben Sie nur über Saudi Arabien, über Afghanistan, über Homosexualität in Saudi Arabien, über Katar, über das 0,7 Prozent-Entwicklungsziel gesprochen. Das alles sind wichtige Themen, über die man sicherlich reden könnte; auch in dieser Form und in einer solchen Debatte.

Aber Sie haben kaum ein Wort darüber gesagt, wie die tatsächliche Situation in unserem Land momentan ist.

Diese Ignoranz von Ihnen kann ich überhaupt nicht mehr in Worte fassen. Vielleicht wäre es ganz gut, wenn Sie sich statt mit der großen Weltpolitik mit der Situation vor Ort befassen würden, mit dem Bürgermeister reden oder vielleicht mit Herrn Ramelow, Ihrem Ministerpräsidenten in Thüringen. Wenn der heute hier gesprochen hätte, hätte sich das sicherlich völlig anders angehört.

Meine Damen und Herren, seit Wochen erreichen uns Bilder von Menschen, die aus ihren Heimatländern fliehen; Menschen, die großes Leid und Strapazen auf

sich nehmen, weil sie dort, wo sie lebten, nicht mehr leben können; Menschen, die hoffen, in Europa eine Zuflucht zu finden und eine Chance zu bekommen, hier ihr Leben zu gestalten.

Abstrakt wissen wir, was diese Menschen auf sich nehmen. Wenn man dann aber einem 17-jährigen Jungen gegenübersteht, der erzählt, wie er auf seiner Flucht aus Eritrea vor Gewalt und Verfolgung tagelang ohne Wasser durch die Wüste geirrt ist, wie er von betrunkenen Schleppern verprügelt wurde und noch vieles andere mehr erlebt hat, dann wird deutlich, welche Dimension dieses Leid wirklich hat.

Ich habe einen solchen Jungen in meinem Wahlkreis in einer Intensivklasse kennengelernt. Dieser Junge ist kein Einzelfall. Obwohl Abraham aus Eritrea erst kurze Zeit in Deutschland lebt, hat er mir von seinen Erlebnissen auf Deutsch erzählen können. Er ist hochmotiviert in einer Klasse mit 60 jungen Menschen, die mit Begeisterung Deutsch lernen und die Chance ergreifen wollen, hier ihre Ausbildung zu machen, um sich dann irgendwann ihren Lebensunterhalt verdienen zu können. Sie sind auf dem besten Weg dorthin. Abraham macht mittlerweile eine Ausbildung bei einem Optiker.

Ich denke, wir sind uns alle darin einig, dass der von mir angesprochene junge Mann stellvertretend für viele, die ein ähnliches Schicksal erlitten haben, eine Perspektive haben muss, hier bei uns zu bleiben; eine Perspektive, hier seine Ausbildung zu beenden; eine Perspektive, hier einer Erwerbsarbeit nachzugehen, von der man leben kann. An dieser Stelle sage ich zur Klarstellung noch einmal ganz deutlich: Allen Forderungen nach einer Aussetzung des Min-

destlohns für Flüchtlinge erteilen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine klare Absage.

Wir werden nicht zulassen, dass in diesem Land Geringverdiener und Flüchtlinge gegeneinander ausgespielt werden. Das wird es mit uns nicht geben.

Für die Perspektive eines selbstbestimmten Lebens ist es wichtig, dass ein schnellerer Zugang zu Sprach- und Integrationskursen für Menschen mit einer guten Bleibeperspektive beschlossen wird. Daran machen wir uns jetzt. Wir regeln das mit diesem Gesetz; denn Sprachkenntnisse sind das A und O für eine gelungene Integration. Wir sorgen dafür, dass Menschen durch ein möglichst kurzes Verfahren bald wissen, ob sie in ihre Heimat zurückkehren müssen oder ob sie hier eine Perspektive haben.

Dazu müssen wir Maßnahmen ergreifen, die das eine oder andere Mal schwerfallen. Dazu gehört die Feststellung, dass Länder, die sich bereits im Verfahren zur Aufnahme in die Europäische Union befinden, sichere Herkunftsstaaten sind, wie Albanien, Kosovo und Montenegro.

Dazu gehört genauso, dass Menschen, die hier kein Bleiberecht bekommen, rückgeführt werden und diese Rückführung konsequent durchgesetzt wird. Das muss man klar ansprechen.

Es geht darum, die Balance zu halten: einerseits der humanitären Verpflichtung nachzukommen, Menschen, die aus Not geflohen sind, wie der junge Mann, den ich beschrieben habe, hier eine Perspektive zu geben, andererseits aber all denen, die kein Bleiberecht haben, die klare Ansage zu machen, dass sie nicht hierbleiben können. Ich glaube, diese Balance haben wir in diesem Gesetzent-

wurf gut hinbekommen, mit dem einiges auf den Weg gebracht wird.

Meine Damen und Herren, ja, wir nutzen Immobilien des Bundes dafür, dass dort Flüchtlinge untergebracht werden können, in Zukunft auch zu ganz geringen Mieten oder sogar kostenfrei für die Kommunen. Wir unterstützen die Kommunen bei der Unterbringung; denn sie leisten die Hauptaufgabe dieser Integrationsarbeit. Wir unterstützen die Kommunen durch noch mehr Geld. Das ist auch richtig so; denn vor Ort spielt die Musik, und dort muss alles umgesetzt werden.

Ich will die Gelegenheit nutzen, Danke zu sagen. Ich möchte ausdrücklich auch Ihnen, Herr Minister, danken, dass Sie am Montag all jenen THW-Helferinnen und -Helfern gedankt haben, die ehrenamtlich zum Beispiel dafür sorgen, dass vor Ort, wo es darauf ankommt, Unterkünfte entsprechend ausgestattet und Sprachkurse angeboten werden.

Mich als Vizepräsidentin des THW freut das besonders.

Ich möchte aber auch all denjenigen Danke sagen, die momen-

tan im öffentlichen Dienst einen richtig guten Job machen und nicht nur Dienst nach Vorschrift. Dafür ist momentan nämlich nicht der richtige Zeitpunkt.

Mein ausdrücklicher Dank gilt auch all denjenigen, die für die Polizei arbeiten, den Polizistinnen und Polizisten, die momentan wirklich eine schwere Aufgabe haben. Sie müssen neben ihrer normalen Arbeit auch noch dafür sorgen, dass Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen in Flüchtlingsunterkünften geregelt werden. Sie müssen sich gegen Anfeindungen und Gewalt von Rechten wehren. All denen möchte ich ein herzliches Dankeschön für ihr Engagement sagen.

Meine Damen und Herren, mit diesem Gesetzentwurf bekennen wir uns zu unserer humanitären Verpflichtung gegenüber Menschen in Not, gegenüber Menschen auf der Flucht, aber wir schaffen auch die Voraussetzungen dafür, dass die konkrete Umsetzung des Gesetzes vor Ort gelingen kann.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)



Im Gespräch: Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesinnenminister Thomas de Maizière (beide CDU)

Katrin Göring-Eckardt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

## Konflikte in den Erstaufnahmen sind unvermeidlich



Katrin Göring-Eckardt (\*1966)  
Landesliste Thüringen

Das Gesetzespaket, das uns heute hier vorliegt, ist in der Tat ein großer Schritt für die Länder und für die Kommunen in Deutschland. Monate-, ja jahrelang, muss man sagen, hat sich die Bundesregierung vor dieser Verantwortung gedrückt. Ich erinnere daran: Es waren nicht mehr als 10 Prozent, die der Bund für die Unterbringung gezahlt hat. Es ist wirklich gut, dass sich das endlich ändert.

Dass wir, die Länder und natürlich vor allen Dingen die Verhältnisse Sie dazu zwingen mussten – Schwamm drüber! Aber ich finde, es muss auch klar sein: Das ist hier jetzt eine gemeinsame Anstrengung, und es ist keine Wohltat des Bundes für die Länder. Wenn man gemeinsam Verantwortung übernimmt, dann heißt „gemeinsam“ eben auch „gemeinsame Finanzierung“. Das wird jetzt endlich nachgeholt. Vieles von dem, was wir an Chaos und Schwierigkeiten haben, hätte vermieden werden können, wenn es schon früher geschehen wäre.

Nach monatelanger Kritik am BAMF präsentieren Sie uns jetzt mit Herrn Weise endlich einen Profi. Auch das ist gut. Die Be-

schleunigung der Verfahren und der Bearbeitung der unerledigten Fälle sind wirklich zentral, wenn die Not in den Kommunen gelindert werden soll. Dass Sie es wieder handwerklich vergeigt haben und Herr Weise nun doch nicht Präsident werden kann, ist eine weitere Perle in der langen Kette von Versagen, Verdaddeln, Verpassen des BMI. Aber sei es drum! Die Kommunen haben bisher den Preis bezahlt. Ich hoffe sehr, dass Herr Weise jetzt flotte Fahrt macht und es gelingt. Ich sage Ihnen aber auch: Wir werden sehr darauf achten, ob das wirklich geschieht. Wir hätten Herrn Weise und seine Mitarbeiter nämlich gerne um weitere Aufgaben erleichtert. Wir hätten ihn gerne um die Altfälle erleichtert.

Wir hätten seine Mitarbeiter gerne um die Widerrufsverfahren erleichtert, die spätestens drei Jahre nach einer Entscheidung durchgeführt werden müssen. Gar nicht als Drohung, sondern nur als freundlich helfenden Hinweis – ich bin ja ein freundlicher Mensch – sage ich Ihnen: Das werden wir von den Grünen dem Bund und den Ländern für den Fall, dass das mit der Beschleunigung der Verfahren nicht klappt, wieder auf den Tisch legen; denn daran hängt sehr viel.

Meine Kolleginnen und Kollegen, es ist gut, dass die im Bundestag vertretenen Parteien und die von ihnen geführten Landesregierungen einschließlich des thüringischen und des bayerischen Ministerpräsidenten einen Kompromiss erzielt haben. Ich glaube, das ist ein gutes Signal an die Bevölkerung. Wer aber meint, dass man Parteien am rechten Rand dadurch verhindern könnte, dass

man ihre Parolen übernimmt, der hält diese Parolen nicht klein, sondern gibt ihnen Nahrung.

Falsche Toleranz hat Pegida in Sachsen erst stark gemacht. Appeasement auf dem Rücken der Flüchtlinge funktioniert nicht, auch nicht in Bayern. Dass die AfD dort jetzt in Umfragen bei 5 Prozent liegt, meine Damen und Herren, ist kein Zufall. Wer die rechten Geister ruft, der wird sie nicht los und bringt sie auch nicht wieder zurück in die Flasche.

Und wer Ressentiments schürt, der gefährdet den inneren Frieden mutwillig. Das gilt für Herrn Seehofer; das gilt aber leider in diesen Tagen auch für Julia Klöckner

– ja! –, die versucht, mit ein paar markigen Sprüchen gegen Muslime, und zwar pauschalster Art, Wahlkampf in Rheinland-Pfalz zu machen. Das ist billig, das ist gefährlich. Und ich sage Ihnen ehrlich: So wird man auch kein Land regieren können.

Recht und Werte einhalten, das ist selbstverständlich. Aber – wie an diesem Pult schon gesagt – es wird viele Konflikte geben. Es wird Konflikte geben, wenn es um die Rolle der Frau geht. Es wird an vielen anderen Stellen Konflikte geben, auch weil man Religion anders betrachtet, als die meisten von uns das tun. Aber die Konflikte kann man nicht lösen, indem man Ressentiments schürt. Der Innenminister hat eben von Einfühlungsvermögen und von Klarheit gesprochen. Ich würde mir sehr wünschen, dass beides gilt, und zwar auch für Julia Klöckner.

Es gibt positive Punkte im vorliegenden Gesetzespaket. Ich bin froh – das will ich ausdrücklich sagen –, dass ein Beschäftigungskorridor für den Westbalkan vorgesehen ist. Das öffnet die Tür zu einem Einwanderungsgesetz, jedenfalls ein kleines Stück. Sie können sich sicher sein: Wir werden den Fuß in dieser Tür lassen. Endlich können auch Menschen jenseits der Mangelberufe kommen. Aus diesem Einwanderungskorridor muss aber dann endlich ein modernes Einwanderungsgesetz werden. Es ist wirklich nur ein erster kleiner Schritt.

Man darf aber auch nicht drum herumreden. Sie versuchen, das Asylrecht an verschiedenen Stellen zu schwächen, und zwar auf Kosten der Flüchtlinge. Ich will nicht auf den sicheren Herkunftsländern als Symbol oder als Ideologie herumreiten. Aber wie sicher ist denn der Kosovo, wenn im

Rahmen des KFOR-Einsatzes 700 Bundeswehrsoldaten stationiert sind? Die Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates, die wir hier im Bundestag beraten haben, spricht – ich zitiere – „von einer ernstesten humanitären Lage“. Der Einsatz habe den Zweck, für eine – ich zitiere – „sichere und freie Rückkehr aller Flüchtlinge und Vertriebenen in ihre Heimat zu sorgen“. Nach dieser Resolution hat sich die Lage im Kosovo nicht verbessert – wie denn auch? –, sonst müssten wir die Bundeswehrsoldaten ja abziehen.

Ich finde, Sie sollten sehr klar sagen, worum es geht. Gerade beim Kosovo sollten Sie nicht einfach sagen: „Das ist schon sicher“, wenn gleichzeitig die Bundeswehr dort stationiert ist.

Meine Damen und Herren, Sie haben sehr viel Wert darauf gelegt, dass Sachleistungen ausgegeben werden. Ich halte das für einen Vorschlag aus der Mottenkiste. Ich glaube nicht, dass die Menschen, die im September aus Syrien, aus dem Nordirak und aus Afghanistan gekommen sind, wegen 4,70 Euro am Tag kommen.

Wem Sie es aber mit einer solchen Regelung schwer machen – das ärgert mich an diesem Vorschlag in besonderer Weise –, das sind die Helfer vor Ort, die Sie hier die ganze Zeit gelobt haben und bei denen Sie sich die ganze Zeit bedankt haben. Die sollen jetzt neben Betten aufstellen, neben Essensversorgung und neben Streitschlichtern auch noch Deo und Zigaretten verteilen.

Ich glaube übrigens, dass die Ihnen sehr schnell sagen werden, dass das überhaupt nicht geht. Ihr Vorschlag ist sinnlos und gleichzeitig eine Schikane. Das wird die Praxis deutlich machen.

Genauso ist es mit den Leistungskürzungen. Vielleicht wollten Sie ja uns ärgern; das können Sie auch machen, das ist nicht so schlimm. Es ist aber Schikane denjenigen gegenüber, die das betrifft. Sie sagen: Die Kürzungen sind unabdingbar notwendig. Wie viel ist das eigentlich? Soll das jetzt wieder Karlsruhe festlegen?

Ich halte auch das für keinen besonders sinnvollen Vorschlag.

Ich will eines zum verlängerten Verbleib in der Erstaufnahmeeinrichtung sagen. Herr de Maizière hat gesagt: Das ist eine harte Maßnahme, die man jetzt durchführen muss. – Ich bin sehr gespannt, wie das umgesetzt wird. Ich finde, wir sollten in diesem Zusammenhang über das reden, was uns in diesen Tagen immer vor Augen geführt wird: vorgestern Calden, gestern Donaueschingen, dann Hamburg.

Klar: Genauso wenig, wie wir Gewalt von Rechtsextremen vor Flüchtlingsheimen dulden, dulden wir sie in Flüchtlingsheimen. Hier muss entsprechend bestraft und gegebenenfalls auch ausgewiesen werden.

Aber die Situation in den meisten Erstaufnahmen ist drückend, und Konflikte sind unvermeidlich. Jetzt sagen Sie: Bitte noch mehr davon und noch länger. – Einmal abgesehen davon, dass das die Länder vor weitere Probleme stellt: Es verhindert Integration, und es schafft zusätzlichen Stress.

Wir sind 630 Kolleginnen und Kollegen in diesem Haus. Ich habe mir vorgestellt, wie das

wäre, wenn wir alle gemeinsam in einer Messehalle untergebracht wären – auf Feldbetten, Herr Kauder neben Frau Wagenknecht –, und dann würde auch noch jemand sagen: Die Grünen sind die kleinste Fraktion, die müssen zuerst an die Essensausgabe. – Ich nehme an, es würde alles total friedlich und ohne Schreierei abgehen, meine Damen und Herren.

Worauf es jetzt ankommt, ist in der Tat Integration. Dafür brauchen wir eine große und eine neue Anstrengung. Das werden wir alles nicht nebenbei schaffen. Das wird Geld brauchen, das wird Zeit brauchen, das wird Personal brauchen.

Wir müssen bei den Ursachen ansetzen. Zuallererst sage ich Ihnen: Ich finde es eine Schande, dass es für das World Food Programme immer noch keine vollständige Finanzierung gibt.

Wenn wir dafür nicht sehr schnell sorgen, dass sich das ändert – die Menschen zum Beispiel in dem Lager in Zaatari haben uns schon vor einem Jahr gesagt: wir wissen noch nicht, wie wir morgen das Essen hier bezahlen sollen –, dann müssen wir uns gar nicht wundern, wenn die Zahl derer, die zu uns kommen, noch viel größer wird.

Insofern ist diese Initiative neben all den innenpolitischen Angelegenheiten vordringlich, absolut zentral. Machen Sie international, aber auch mit einem deutschen Beitrag und mit einer Vorleistung deutlich, dass Sie dieses Problem sehen, dass Sie das nicht wieder vergessen; denn sonst wundert sich im nächsten halben Jahr wieder jemand, dass das Essen nicht reicht und dass es in Lagern wie diesem große Schwierigkeiten gibt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)



Blick in den Plenarsaal während der Debatte

© dpa

**Appeasement auf dem Rücken der Flüchtlinge funktioniert nicht.**

Thomas Strobl, CDU/CSU:

## Gesetze macht nicht der Prophet, sondern das Parlament



Thomas Strobl (\*1960)  
Wahlkreis Heilbronn

Wir beraten heute die bedeutendste Reform des deutschen Asylrechts seit den 1990er Jahren.

Einen so umfangreichen Gesetzesentwurf in so kurzer Zeit auf den Weg zu bringen, das ist eine gute Leistung, das ist ein Erfolg.

Das ist eine Gemeinschaftsleistung. Ich bedanke mich bei den Kolleginnen und Kollegen der SPD-Bundestagsfraktion, die es nicht immer leicht hatten, für gute und kluge Beratungen.

Ich bedanke mich bei den Ländern, die im Bundesrat zustimmen werden. Mein besonderer Dank gilt einem Mann, der sich in den letzten Wochen – das möchte ich wirklich so sagen – abgerackert hat: Herzlichen Dank dem Bundesinnenminister Thomas de Maizière.

Der Bundesinnenminister hat in seiner Rede auf zahlreiche Neuerungen, die mit diesem Gesetzespaket verbunden sind, hingewiesen. Ich möchte einen Gedanken herausgreifen, der sich wie ein roter Faden durch dieses Gesetzespaket zieht: Wir unterscheiden in den Asylverfahren zum ersten Mal sehr genau und folgenreich zwischen denen, die unseres Schutzes bedürfen, und denen, die offensichtlich nicht schutzbedürftig sind. Es geht nicht nur um die Tatsache, dass wir drei weitere sichere Herkunftsländer hinzubekommen und damit den gesamten Westbalkan zur sicheren Herkunftsregion erklären. Das ist für sich genommen schon ein wichtiger Schritt; wir haben in der Union lange für diesen Schritt geworben. Neu und richtungsweisend ist insbesondere, dass in Zukunft eine ganze Reihe von Einschränkungen mit dem Status „sicheres Herkunftsland“ verbunden sein werden. Diese Einschränkungen sollen denen, die nicht schutzbedürftig sind, den Anreiz nehmen, überhaupt einen Asylantrag in Deutschland zu

stellen.

Wer aus einem sicheren Herkunftsland kommt, bleibt jetzt in der Erstaufnahmeeinrichtung. Es soll dort kein Bargeld mehr geben, und es gibt keine Gesundheitskarte. Die Leistungen werden nach Abschluss des Asylverfahrens deutlich gekürzt, und der Antragsteller wird direkt aus der Erstaufnahmeeinrichtung in sein Heimatland zurückgeschickt. Damit senden wir ein eindeutiges Signal: Wer keinen Anspruch auf Asyl hat und dennoch in Deutschland einen Asylantrag stellt, der muss in seine Heimat zurückgehen, und zwar rasch.

Das ist ein wichtiges Signal in Richtung Westbalkan: Verkauft nicht euer Haus und euer Auto, um den Schlepper und den Schleuser bezahlen zu können.

Wir werden euch schnell wieder zurückschicken. Ihr werdet schnell wieder da sein, wo ihr hergekommen seid, nur ihr werdet noch ärmer sein. Es macht keinen Sinn. Für euch gibt es andere Möglichkeiten, nach Deutschland zu kommen.

Diese Konsequenz muss im Übrigen auch für Flüchtlinge gelten, die sich in den Erstaufnahmeeinrichtungen – ich werde immer häufiger darauf angesprochen – gewalttätig verhalten. Mir ist nicht begrifflich, wie Menschen, die vor Verfolgung aus Religionsgründen nach Deutschland fliehen, hier aus denselben Gründen mit Gewalt aufeinander losgehen können.

Die Integration der Flüchtlinge wird nur gelingen, wenn wir als aufnehmende Gesellschaft eine klare Vorstellung davon haben, was wir brauchen und was wir nicht brauchen, und wenn wir klare Ansagen machen. Wir müssen gleich zu Beginn formulieren und konsequent durchsetzen, was unsere Gesellschaftsordnung ausmacht: Das Grundgesetz steht über der Religion. Frauen und Männer sind gleichberechtigt. Jeder kann leben und lieben, wie er will, glauben, was er will, oder auch nicht glauben und seine Meinung frei äußern, solange er die Gesetze respektiert.

Diese Gesetze macht bei uns in Deutschland nicht der Prophet, die macht bei uns in Deutschland das Parlament, meine Damen und Herren.

Ich bitte uns alle, die Entscheidungen, die wir jetzt gemeinsam gefunden haben, auch gemeinsam zu vertreten. Es kann nicht sein,

dass ein Teil dieses Hauses allein für das Mitgefühl und der andere Teil für die harten Maßnahmen zuständig ist.

Weil wir den Schutzbedürftigen heute und auch in Zukunft helfen wollen, werden wir Tausende, vielleicht Hunderttausende abweisen und zurückschicken müssen, die nicht schutzbedürftig sind – nicht aus Hartherzigkeit, sondern aus der Einsicht in die Grenzen unserer Möglichkeiten. Nur wenn es bei uns funktioniert, dann können wir auch in Zukunft Schutzbedürftigen helfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir dieses Gesetzgebungsvorhaben zum Abschluss ge-

Ulla Jelpke, DIE LINKE:

## Der Gesetzentwurf ist ein ganz gefährlicher Mix



Ulla Jelpke (\*1951)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Herr Strobl, nur einen Satz zu Ihrer Rede: Sie haben heute wieder genau diese rassistischen Ressentiments bedient mit Ihrer Rede von den richtigen und falschen Flüchtlingen. Zwei Drittel aller Flüchtlinge, die gegenwärtig nach Deutschland kommen, sind schutzbedürftige Flüchtlinge, die aus Kriegsgebieten kommen. Alle anderen haben nichtsdestotrotz ein individuelles Recht darauf, nach unserem Grundgesetz jedenfalls immer noch, hier einen Antrag auf Asyl zu stellen. Dieser Antrag muss auch individuell bearbeitet und behandelt werden.

Zweifellos, das Gesetzespaket, das hier heute vorliegt, hat einen positiven Aspekt: Endlich wird sich der Bund an der Finanzierung, die die Länder und Kommunen leisten, beteiligen. Aber wird

bracht haben, sollten wir die Menschen nicht in ihren Zweifeln und in ihrem Unbehagen bestärken. Ja, es ist wahr: Wir stehen vor einer großen Herausforderung. Aber große Herausforderungen sind nichts Neues in unserer Geschichte. Wir haben schon andere große Herausforderungen gemeistert: vor 25 Jahren die deutsche Einheit; zwei Jahrzehnte später drohte unsere Währung, der Euro, zu scheitern. Wir haben diese Herausforderungen angenommen, und wir haben sie gemeistert.

Wir dürfen uns – lassen Sie es mich einmal so sagen – in dieser Krise durchaus bei unserer patriotischen Ehre packen lassen.

Wenn Deutschland sich in dieser humanitären Notsituation geschlagen gibt, muss jedes andere Land in Europa das doch auch tun. Wenn Deutschland aufgabe, was würden dann die anderen Länder in Europa vermögen? Was wollen wir anderen Ländern in Europa zumuten, wenn wir uns

selbst nichts zutrauen? Es kommt schon auf uns an.

Es hat in der vergangenen Woche mit den Beschlüssen der Bundeskanzlerin und der Ministerpräsidenten ein beeindruckendes Zeichen nationaler Solidarität gegeben. Jetzt brauchen wir einen weiteren Schritt: Wir brauchen ein bemerkenswertes Zeichen europäischer Solidarität.

Scheitert Europa an der Flüchtlingsfrage, dann scheitert Europa insgesamt.

Der heutige Schritt war ein richtiger Schritt. Weitere Schritte werden folgen müssen. Ich finde, wir sollten nicht verzagen, nicht lamentieren und schon gar nicht kapitulieren. Wir sollten das tun, wofür wir gewählt worden sind: die Ärmel hochkrempeln und unsere Arbeit machen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

dies nicht seit anderthalb Jahren hier diskutiert und gefordert? Sie sind doch mitverantwortlich für das Chaos, das in den Kommunen und in den Ländern entstanden ist, weil Sie diese finanzielle Beteiligung viel zu spät in Angriff genommen haben. Deswegen haben Sie, wie gesagt, eine Mitschuld an der aktuellen Situation.

Ansonsten: Der Gesetzentwurf ist ein ganz gefährlicher Mix aus Gesetzesverschärfung, verfassungswidrigen Leistungseinschränkungen und Abschreckungsmaßnahmen. Das ist genau das Gegenteil dessen, was wir gegenwärtig brauchen. Hier sind häufig genug Solidarität, menschenwürdige Aufnahme und Versorgung der Flüchtlinge eingeklagt worden. Das brauchen wir jetzt. Alle Kraft muss dafür aufgebracht werden. Aber was machen Sie stattdessen in diesem Gesetzentwurf? Flüchtlinge sollen bis zu sechs Monate lang in Erstaufnahmelagern eingezwängt werden, einige sogar so lange, bis sie abgeschoben werden können, und das, obwohl wir wissen, dass dies zusätzliche Konflikte und übrigens auch zusätzliche Kosten verursacht. Wir haben gerade wieder etwas über die Auseinandersetzungen in Flüchtlingslagern gehört.

Ich frage Sie hier: Warum versperren Sie sich der Möglichkeit, Schutzsuchende einfach auch zu ihren Familien, Bekannten, Freunden gehen zu lassen? Das betrifft

zum Beispiel viele Menschen, die aus Syrien kommen.

Sie würden dort auch Unterkunft finden. Aber nein, da ist schon das nächste bürokratische Gesetz in Arbeit. Die Menschen jedoch haben diesen Wunsch. Sie könnten sich dann sprachlich besser verständigen und hätten die Chance, sich leichter zu integrieren.

Völlig verfehlt ist natürlich auch das Vorhaben, bestimmten Gruppen das physische Existenzminimum nicht mehr zu gewähren.

Das Bundesverfassungsgericht hat hier eindeutige Urteile gefällt und gesagt: Menschenwürde ist nicht verhandelbar, auch nicht zum Zweck der Migrationspolitik.

Auch die Ausgabe von Sachleistungen statt Bargeld ist reine Schikane. Ich würde es sogar bürokratischen Irrsinn nennen. Es verursacht sogar Mehrkosten. Das ist längst erwiesen. Der Stammtisch mag ja behaupten, das Taschengeld von 140 Euro sei ein Anreiz für Flüchtlinge, aber ich halte das für totalen Unsinn.

Die Menschen kommen, weil sie vor Terror und Bomben fliehen. Die Menschen kommen vor allen Dingen auch, weil immer noch Waffen aus Deutschland in diese Länder geliefert werden. Davor müssen sie fliehen.

Fortsetzung auf nächster Seite

Auch ich war im Irak und habe die Flüchtlingslager gesehen.

Es ist eine Katastrophe – auch hier reagieren wir viel zu spät –, dass dort nur noch einmal am Tag eine Essensration ausgegeben wird und keine gesundheitliche Versorgung, nicht einmal mehr für Kinder, stattfindet. Es ist ein Skandal.

Liebe Kolleginnen und Kollegen

von den Grünen, Sie haben eine Presseerklärung herausgegeben, in der es heißt, das, worüber wir hier heute diskutieren, sei eine tragfähige Grundlage für das weitere Gesetzgebungsverfahren. Ich appelliere an Sie: Schauen Sie sich das Gesetz wirklich genau an. Wenn Sie im Bundesrat zustimmen, werden wir diese Abschre-

ckungspolitik festigen. Am schlimmsten finde ich: Es besteht die Gefahr, die Solidaritätsbewegung zu ersticken, an der auch Ihre Partei so stark beteiligt ist. Das würde ich sehr schade finden.

Zum Schluss möchte ich hier noch einmal ganz deutlich sagen: Jetzt kommt aus Bayern der Ruf, sogenannte Transitzentren an den

Grenzen einzurichten. Wenn Sie das umsetzen, dann werden wir an den Grenzen Massenlager mit Hunderttausenden haben. Ich sage Ihnen: Diese Organisationspolitik dürfen wir nicht mitmachen.

Diese Flüchtlingspolitik wird den Hetzern von Pegida, AfD und NPD entgegenkommen. Da kön-

nen wir nur klare Kante zeigen und unsere Solidarität mit den Flüchtlingen praktizieren.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Boris Pistorius, SPD, Niedersächsischer Innenminister:

## Wir brauchen einen europäischen Plan B



Boris Pistorius (\*1960)  
Landesinnenminister

Wir haben derzeit mit den seit Generationen größten Flüchtlingsbewegungen nach Europa und insbesondere auch nach Deutschland zu tun. Unser Land lebt zu Recht seit Jahrzehnten das Asylrecht als einen wesentlichen Teil seiner Staatsraison. Es entspricht unserer historischen Verantwortung, dass wir unser Möglichstes tun, um Flüchtlingen Sicherheit vor politischer Verfolgung und Krieg zu gewähren.

Seit Beginn des Jahres haben wir ununterbrochen anhaltend hohe Flüchtlingszahlen, Zahlen, die mittlerweile – ich wähle dieses Wort ganz bewusst – exponentiell zunehmen. Bis vor kurzem konnten wir uns die Ankunft von Menschen in der Größenordnung der

letzten Wochen nicht einmal annähernd vorstellen. Die Flüchtlingspolitik in Deutschland wird dadurch eine enorme, vielleicht sogar die Herausforderung der nächsten Jahrzehnte. Die Flüchtlingspolitik in Deutschland ist zu einem Kristallisationspunkt der Zukunft dieses Landes und damit auch seiner Politik geworden, meine Damen und Herren.

Ich habe immer wieder, auch auf Bundesebene, nachdrücklich unterstrichen: Wir haben hier eine nationale, eine gesamtstaatliche, eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu bewältigen. Lassen Sie mich deshalb zunächst feststellen: Viele Menschen, Haupt- und Ehrenamtliche auf allen Ebenen – in den Ländern, in den Kommunen, im Bund –, leisten Großartiges.

Und noch etwas: Unser Land hat bei der Bewältigung dieser Aufgabe schon viel, viel mehr geleistet, als von so manchem Berufspessimisten in diesem Land erwartet.

Allerdings ist es Realismus und nicht Pessimismus, wenn wir feststellen müssen: Wir sind an einem Punkt angelangt, an dem wir uns ehrlich sagen müssen: Es gibt Grenzen der Aufnahmegeschwindigkeit und der Aufnahmezahl, selbst trotz des großartigen Engagements in unserem Land; und damit rede ich nicht der Parole

das Wort, das Boot sei voll. Wir haben eine rechtliche, eine menschliche Verpflichtung, unser Asylsystem nach allen Kräften des Staates und der Gesellschaft arbeitsfähig und funktionsfähig zu halten. Wir müssen begreifen: Unser Asylrecht kann nur dann effektiv wirken, wenn wir seine Grenzen respektieren, Grenzen, die trotz aller menschlich möglichen Anstrengungen erkennbar in Teilen erreicht und überschritten sind. Deswegen sage ich sehr deutlich: Der Gesetzentwurf des Bundesinnenministers schwächt nicht das Recht auf Asyl. Richtig umgesetzt und richtig beraten kann das Gesetz einen Beitrag dazu leisten, seine Gewährleistung zu sichern, meine Damen und Herren.

Auch wenn wir uns verantwortungsethisch verhalten, verhalten wir uns ethisch. Das sage ich allen, die leider die Augen vor der Realität verschließen. Ein großer Schritt, ein wichtiger Schritt, aber eben nur ein Schritt von vielen notwendigen ist das heute hier vorliegende Gesetzespaket. Ich bin allen Beteiligten, insbesondere der Bundesregierung, den sie tragenden Fraktionen und den Ministerpräsidenten der Länder, sehr dankbar, dass sie sich beim Gipfel über Maßnahmen verständigen konnten, die helfen können und müssen, die Flüchtlingspolitik zu ordnen und zu strukturieren und Länder und Kommunen finanziell zu entlasten.

Ebenso wichtig wie die finanzielle Entlastung der Länder und Kommunen ist die zumindest vorübergehende Beseitigung bürokratischer Hindernisse, die die zügige Inbetriebnahme dringender benötigter Unterkünfte beinhaltet. Ich sage deshalb auch Danke dafür, dass die niedersächsische Bundesratsinitiative bereits vor ihrer Beschlussfassung Umsetzung erfahren hat. Auch das erlebt man nicht alle Tage.

Aber, meine Damen und Herren, wo es Licht gibt, da gibt es auch Schatten. Die Länder müssen sich darauf verlassen können, dass

die Bundesregierung die Verabredungen des Gipfels umsetzt – nicht mehr und nicht weniger. Das heißt, wir müssen getroffenen Vereinbarungen trauen können.

Ich will nur drei Stichpunkte nennen, über die wir werden reden müssen: Ein Aspekt sind die nicht vereinbarten Verschärfungen beim Zugang zur Härtefallkommission.

Von Bedeutung ist auch die Ermessensausübung, ob Sachleistungen an die Stelle von Geldleistungen treten – das ist nämlich keineswegs so, wie sich der eine oder andere das vorstellen mag –; auch darüber wird zu reden sein.

Der Dreh- und Angelpunkt ist aber die – entschuldigen Sie den Ausdruck – naive Annahme, man könnte durch Gesetz beschließen, Menschen länger in Erstaufnahmeeinrichtungen zu lassen, weil sie aus sicheren Herkunftsstaaten kommen oder Asylfolgeantragsteller sind. Letzteres ist übrigens ebenfalls nicht Gegenstand der Vereinbarung von letzter Woche.

Ich sage Ihnen: Ein Blick in die Erstaufnahmeeinrichtungen wird Ihnen zeigen, dass sie auf Sicht nicht in der Lage sind, die weiter hinzukommenden Menschen aufzunehmen, und sie sind erst recht nicht in der Lage, die Menschen, die aus sicheren Herkunftsländern kommen, bis zu ihrer Rückführung dann auch noch länger bei sich zu lassen.

Das werden wir auf Sicht nicht leisten können, und das muss allen klar sein.

Die Kapazitäten sind erschöpft, und es ist illusorisch, anzunehmen, dass die Probleme durch niedersächsische, hamburgische, bayerische oder sogar kommunale Modelle gelöst werden können. Es ist auch illusorisch, anzunehmen, dass wir die nächsten Wochen ohne eine erneute große Kraftanstrengung aller staatlichen Ebenen bewältigen können. An dieser Stelle übrigens Dank an die Bundeswehr, die an vielen Standorten hervorragend unterstützt und ohne die wir viele Dinge nicht mehr leisten könnten.

Bei Betrachtung dieses Gesetzespakets sage ich: Wir sind nicht am Ende der Lösung und der Diskussionen, sondern wir stehen am Anfang einer riesigen Aufgabe. Deswegen brauchen wir auch das Bekenntnis, dass es ebenso illusorisch wäre, zu glauben, die größ-

tenteils ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Hilfsorganisationen könnten noch Monate so weitermachen. Das können sie nicht. Gleiches gilt für die Hauptamtlichen und für viele andere mehr.

Es ist auch illusorisch, anzunehmen, dass die Fluchtursachen hinreichend bekämpft wären, dass die Unterstützung für die Flüchtlingslager im Nahen Osten und die beschlossenen Maßnahmen der EU auch nur annähernd ausreichend wären und dass die Verteilung der Flüchtlinge in der EU auch nur ansatzweise befriedigend gelöst wäre.

Daneben ist es auch illusorisch, anzunehmen – damit komme ich zum Schluss –, dass wir keinen europäischen oder bundesdeutschen Plan B für den Fall brauchen, dass die Zahl der Flüchtlinge weiter steigt und wir den Unterbringungsnotstand feststellen müssen.

Dieses Land und seine Menschen haben in dieser Situation bis jetzt schon Großartiges geleistet. Wir haben mehr geschafft, als viele für möglich gehalten haben. Um die tagtägliche und in diesem Fall äußerst sinnvolle und menschlich wertvolle Sisyphusaufgabe zu meistern, braucht unser Land weitere große und noch größere Anstrengungen, noch größere Taten der Länder und Kommunen und besonders deutlich auch operative Taten des Bundes – auch bei der Flüchtlingsunterbringung und der Steuerung der Ströme.

Meine Damen und Herren, es reicht nicht, zu sagen: „Wir schaffen das“. Die Menschen wollen von uns hören, was genau und wie viel wir schaffen, und vor allen Dingen wollen sie wissen, wie wir es schaffen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)



Flüchtlinge an der Grenze zu Deutschland ©picture alliance/APA/picturedesk.com

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Es sprachen außerdem noch die Abgeordneten Volker Beck (B90/Die Grünen), Stephan Mayer (CDU/CSU), Rüdiger Veit (SPD), Eckhardt Rehberg (CDU/CSU), Aydan Özoguz (SPD), Klaus-Dieter Gröhler (CDU/CSU), Kerstin Griese (SPD) und Johannes Kahrs (SPD).

Debatte zu TTIP und Ceta / 127. Sitzung des 18. Deutschen Bundestages am 1. Oktober 2015

Dr. Anton Hofreiter, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

## Abkommen dürfen nicht die Standards senken



Anton Hofreiter (\*1970)  
Landesliste Bayern

Die europäische Bürgerinitiative zum Thema TTIP hat inzwischen fast 3 Millionen Unterschriften bekommen. Das ist die stärkste europäische Bürgerinitiative, die es je gab.

Jetzt wird den Kritikern ja immer vorgeworfen, sie hätten sich nicht ausreichend informiert. Gefordert wird, besser zu informieren. Es ist sicher so, dass viele Menschen nicht sämtliche 500 Seiten des CETA-Vertrags und die 1 500 Seiten Anhang, die noch dazu in juristischem Englisch verfasst sind, gelesen haben. Aber die Menschen haben oft ein verdammt gutes Gespür dafür, dass Dinge grundlegend schief laufen.

Ich kann Ihnen sagen: Bei TTIP läuft einiges grundlegend schief.

Worum geht es bei TTIP im Kern? Im Kern geht es darum: Was ist man für ein äußerst vages Wachstumsversprechen aufzugeben bereit?

Die Bundesregierung tut immer so, als wenn alle Standards erhalten bleiben würden. Die Bundesregierung agiert so nach dem Prinzip Hoffnung. Aber ich würde Ihnen einfach mal empfehlen, nachzulesen, was der französische Handelsminister sagt. Er hat nämlich Einblick in die Unterlagen, und er hat sich dazu ganz klar geäußert.

Schauen wir uns doch einfach einmal an, was bisher geschah und was von dem, was bisher geschah, öffentlich wurde. Die europäische Seite hat versucht, die amerikanische Seite unter Druck zu setzen, doch endlich ihre strengerer Finanzmarktregulierungen zu senken. So viel zu der Behauptung, dass keine Standards gesenkt werden sollen. Die amerikanische Seite wiederum hat versucht, die strengerer Lebensmittel- und

Agrarstandards, die wir in Europa haben, zu senken. Beide Seiten haben versucht, Schiedsgerichte durchzusetzen, und beide Seiten kämpfen darum, eine regulatorische Kooperation zustande zu bringen.

Ist es das, was Sie unter „Standards erhalten“ verstehen? Ist es das, was Sie unter „Transparenz“ verstehen? Ist es das, was Sie unter einem „bürgerfreundlichen, sinnvollen Vertrag“ verstehen?

Was wir stattdessen brauchen, sind entsprechende Reformen der bereits bestehenden Schiedsgerichtsverfahren. Da liegt vieles im Argen.

Da anzusetzen, wäre besser, als dem alten Falschen noch etwas neues Falsches hinzuzufügen.

Bundeskanzlerin Merkel hat erst letzte Woche gesagt, TTIP sei eine Riesenchance.

Aber welche Fakten hat sie, um das zu belegen?

Sie hat die schöne Aussage getätigt, dass das Wachstum um 0,05 Prozent pro Jahr wachsen würde. – Das ist statistisches Rauschen. Das liegt im Bereich einer Messungenauigkeit, ist aber nun wirklich kein Faktum. 0,05 Prozent mehr Wachstum – und dafür geben Sie Standards auf? Das ist doch lächerlich. Seien Sie doch ehrlich.

Die Leute haben längst gemerkt, dass diese 0,05 Prozent Wachstum ein total tönernes Versprechen sind. Deswegen lehnen sie es ab, und die Leute haben damit recht. Darum lehnen auch wir das, was vorliegt, ab. Hören wir doch einfach einmal auf eine große Mehrheit in der Bevölkerung.

Wir haben überhaupt nichts dagegen, wenn – das ist ein schönes Beispiel, das immer genannt wird – die Farbe der Kabel in den Geräten angeglichen wird. Ich habe vergessen, ob sie in deutschen Maschinen weiß und in amerikanischen grün sind oder umgekehrt. Das können Sie gerne angleichen. Damit hat kein Mensch ein Problem. Ein anderes Beispiel sind die berühmten Blinker. Ich bin Verkehrspolitiker und kann Ihnen sagen: Mein Gott, wenn das so wichtig ist, dann einigen wir uns halt auf orange oder rote Blinker. Davon wird die Welt nicht untergehen. Es war ein Vorschlag der italienischen Ratspräsidentschaft, sich bei TTIP auf das zu konzentrieren, was sinnvoll und notwen-

dig ist, nämlich auf ein paar wichtige Angleichungen bei den Industriestandards. Damit hätte in diesem Haus wahrscheinlich überhaupt niemand ein Problem.

Damit hätte wahrscheinlich auch kein einziger Bürger ein Problem. Die Bürger haben aber zu Recht ein Problem damit, dass geheime Schiedsverfahren eingeführt werden sollen, die einen dazu verdonnern, Strafzahlungen in Millionenhöhe zu leisten, wenn man bestimmte Gesetze verabschiedet.

Sie haben ein Problem damit, dass Umweltstandards gesenkt werden, sie haben ein Problem damit, dass Agrarstandards gesenkt werden, sie haben ein Problem damit, dass das Transparenzniveau sinkt, und sie haben ein großes Problem damit, dass auf Tausenden von Seiten Regulierungen festgelegt werden, an die die Parlamente nicht herankommen. Damit haben die Leute zu Recht ein Problem.

Schauen wir uns einmal die bereits existierenden Dokumente zu CETA an. Was ist zum Beispiel nicht drin? Das Vorsorgeprinzip ist nicht drin, obwohl das Vorsorgeprinzip in unserer Umweltpolitik ganz entscheidend ist. Wir haben doch bereits negative Erfahrungen mit Verträgen gemacht, in denen das Vorsorgeprinzip nicht enthalten ist. Kennen Sie den WTO-Vertrag? Der WTO-Vertrag ist ganz spannend. Wir als Europäische Union haben bereits eine Verurteilung kassiert, weil wir Hormonfleisch nicht importieren wollen. Wollen Sie noch mehr Verurteilungen erhalten? Oder wollen Sie in Zukunft Hormonfleisch importieren? Sie müssen sich entscheiden: Wollen Sie noch mehr Steuergelder zum Fenster hinausschmeißen, oder wollen Sie Hormonfleisch importieren? Eines von beiden geht nur. Oder lehnen Sie einfach die Verträge in der Form ab.

Wenn wir uns das Ganze weiter anschauen, dann stellen wir fest, dass unsere amerikanischen Kollegen ziemlich gute Zugänge zu den Verträgen haben und hineinschauen können. Bei uns im Haus ist es sehr skurril. Von den Abgeordneten ohne Regierungsamt hat ausgerechnet ein CDU-Abgeordneter, nämlich Jürgen Hardt, Zugang. Ich meine, skurriler geht es nicht.

Wir beglückwünschen ihn, und wir wünschen ihm ein spannendes Lesen.

Wir bedanken uns aber auch bei Herrn Lammert für die klaren Worte. Wir erwarten von den Regierungsfractionen, dass sie dafür sorgen, dass alle Abgeordneten, die das lesen wollen, Leserechte erhalten. So viel Stolz sollten wir als Parlament haben.

Zur SPD mit ihren Schiedsgerichten. Da findet eine wunderbare PR-Arbeit von Herrn Gabriel und Frau Malmström statt: dass es jetzt angeblich einen öffentlichen Handelsgerichtshof geben soll, dass dabei ganz vieles verändert werden soll. Frau Malmström hat allerdings auf eine Frage – wir können dabei auch einmal etwas zugestehen – von Vertretern der Linken im Europäischen Parlament, ob denn am CETA-Vertrag noch etwas geändert werden solle, geantwortet: Nein, daran wird überhaupt nichts mehr geändert.

Also, was stimmt jetzt, die Aussage von Frau Malmström im Europäischen Parlament oder die Aussage von Herrn Gabriel? Ich vermute, dass die Aussage von Frau Malmström dazu stimmt. Sie ist näher dran und hat den Daumen drauf. Also hören Sie auf mit Ihrer PR-Arbeit und damit, auf Frau Malmström hereinzufallen. Lassen Sie diese Form von PR-Arbeit sein! Geben Sie es einfach zu: Sie stehen genauso zu Schiedsgerichten, und Ihre Parteibeschlüsse sind Ihnen einfach nichts wert.

– Sie können so viel schreien, wie Sie wollen. Deshalb bleibt es trotzdem bei den Aussagen auf europäischer Ebene. Dabei wäre es dringend notwendig, dass wir uns auf eine stärkere Kooperation auf internationaler Ebene einigen. In Paris wäre es dringend notwendig, dass wir einen vernünftigen Vertrag finden, der entsprechende Klimaschutzstandards setzt. Es wäre auch dringend notwendig, dass wir uns auf internationale Verträge verständigen, dass die großen Unternehmen wie Amazon, Google oder Starbucks endlich Steuern zahlen. Erst in Addis Abeba hat die Bundesregierung das Gegenteil gemacht.

Also: Es ist ganz klar, dass bei den großen Herausforderungen von den Flüchtlingen über die Klimakrise bis zur Veränderung der Konzernstrukturen und der Weigerung der Konzerne, Steuern zu zahlen, sowohl Deutschland als auch die USA zu klein sind, ebenso wie auch viele andere Länder zu klein sind, um solche Probleme in den Griff zu bekommen.

Dabei sind Veränderungen nötig. Dazu sind entsprechende internationale Abkommen notwendig, aber Abkommen, die an den Interessen der Bürger orientiert sind, Abkommen, die die Standards heben, und nicht Abkommen, die die Standards senken.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

**Wir brauchen, Reformen der bereits bestehenden Schiedsgerichtsverfahren.**



Der Freihandel war Thema der Debatte.

© picture alliance

Dr. Michael Fuchs, CDU/CSU:

## Dieses Abkommen wird Wettbewerb schaffen



Michael Fuchs (\*1949)  
Wahlkreis Koblenz

Wir haben gerade einmal wieder ein Paradebeispiel gehört, wie die Grünen internationale Handelspolitik verteufeln. Sie wollen sie ja auch nicht. Sie schreiben in ihrem Antrag den bemerkenswerten Satz: Zudem ist zu befürchten, dass die Abkommen einen zunehmenden Wettbewerbsdruck schaffen ...

Wettbewerb ist etwas Schlechtes. Das lernen wir von den Grünen: Wir wollen keinen Wettbewerb, um Gottes willen. – Es soll alles schön brav in der Kuschelecke der Grünen bleiben.

Wir wollen Wettbewerb. Wenn dieses Abkommen ein Positives hat, dann das, dass es Wettbewerb schaffen wird. Genau den brauchen wir im Sinne der Verbraucherinnen und Verbraucher. Aber für Sie gilt das alles nicht, Sie interessiert das nicht.

Es ist auch bemerkenswert, dass es auf einmal ein Handelsabkommen gibt, an dem gewaltiges Interesse herrscht. Es hat früher in diesem Hohen Hause kaum einer zugehört, wenn wir über ein Handelsabkommen gesprochen haben. Deutschland allein hat 134 verschiedene Abkommen abgeschlossen. Deutschland hat über die EU noch einmal mehr als 30 Abkommen abgeschlossen. In 130 Abkommen haben wir ISDS vereinbart. Wir haben dies überall gehabt. Ich habe nie gehört, dass die Grünen sich aufgeregt haben.

Aber ich weiß, warum Sie sich jetzt aufregen: Das ist der Antiamerikanismus, der bei Ihnen vorhanden ist, und nichts anderes.

Wo waren Sie denn, als wir das Korea Abkommen verhandelt haben? Ich habe niemanden hier im Hohen Hause gehört, der sich darüber aufgeregt hat. Wir haben ein Handelsabkommen mit Korea abgeschlossen, und in diesem Abkommen haben wir Hunderte von verschiedenen Standards vereinbart. All das war genau der richti-

ge Weg.

Wir müssen Standards angleichen.

Warum ist dieses Abkommen mit den Amerikanern so wichtig? Weil wir damit globale Standards setzen können. Mir wäre es ja recht – das ist das Einzige, wo ich mit Herrn Hofreiter einig bin; aber das geht auch ganz schnell zu Ende, keine Sorge –, wenn wir über die WTO Weltstandards setzen könnten. Aber wir müssen uns im Klaren sein, dass Doha seit etlichen Jahren keinen Zentimeter weiterkommt, dass es niemandem gelungen ist, Doha in Bewegung zu bringen, weil keine Interessen daran bestehen und weil es unheimlich schwierig ist, 156 Länder in ein Abkommen hineinzubekommen. Wir müssen leider erkennen, dass Doha in den letzten Jahren keinen Zentimeter weitergekommen ist.

Dem müssen wir auch insofern Rechnung tragen, dass wir Free Trade Agreements mit anderen schließen. Wenn es uns gelingt, ein vernünftiges TTIP Abkommen auszuhandeln, dann setzen wir für 800 Millionen Menschen Standards. Diese Standards werden mit ziemlicher Sicherheit auch in andere Regionen der Welt übertragen. Sie werden dann auch bei TPP, also auch in der Pazifikregion, zur Anwendung kommen. Dies ist für uns wichtig.

Die Märchenstunde der Grünen, in der sie behaupten, die Standards würden gesenkt und die amerikanischen Standards seien des Teufels und so schlecht, ist doch durch VW ziemlich intensiv beendet worden. Haben Sie einmal geschaut, was bei VW los war? Die Amerikaner haben wesentlich strengere Standards bei den Abgasen von Dieselfahrzeugen als die Deutschen, als die Europäer.

80 Milligramm NOX pro Kilometer darf ein Auto in Deutschland ausstoßen; in den USA sind es etwas über 50 Milligramm pro Meile. Da ich manchmal das Gefühl habe, dass der eine oder andere von Ihnen nicht richtig rechnen kann, sage ich: Das sind 31 Milligramm pro Kilometer. Das heißt, nicht einmal die Hälfte an Stickstoffmonoxid darf in den USA ausgeschieden werden. Der Standard ist wesentlich strenger als bei uns. Wahrscheinlich ist das auch einer der Gründe, weswegen gewisse Manipulationen – ich verurteile diese – von VW vorgenommen wurden. Das muss man in aller Deutlichkeit sagen. Die ameri-

kanischen Standards sind in vielen Bereichen deutlich strenger als die deutschen oder die europäischen Standards. Diese sollen aneinander angeglichen werden. Dafür bin ich.

Ich möchte erreichen, dass dieses Abkommen vieles ändert, wo wir jetzt aneinander vorbeilaufen. Sie haben eben die Automobilindustrie erwähnt. Natürlich ist es Blödsinn, dass in dem einen Land der Blinker rot und in dem anderen Land gelb sein soll. Das kann man ändern. Es gibt jede Menge technische Standards, die man angleichen kann. Beispielsweise müssen amerikanische Armaturren komplett anders ausgestattet sein als deutsche. Wesentlich größere Airbagsysteme müssen eingebaut werden. Das führt zu einer gewaltigen Verteuerung für deutsche Automobilhersteller.

Noch viel mehr brauchen die kleinen und mittleren Unternehmen dieses Abkommen. Sie können sich nicht wie VW oder andere große Unternehmen eine riesige Rechtsabteilung leisten, die sich mit den Standards in den USA beschäftigt. Nein, sie werden schlicht und ergreifend daran gehindert, in die USA zu exportieren. Ich sage Ihnen eines: Jedes dieser Freihandelsabkommen hat gerade für Deutschland enorme Vorteile gehabt. Nehmen wir einmal das Korea Abkommen. Es ist

vor drei Jahren in Kraft getreten. Endratifiziert ist es, nebenbei gesagt, immer noch nicht, weil einige Mitgliedsländer noch nicht zugestimmt haben; aber es ist zu großen Teilen in Kraft, und es wird danach gehandelt. Im ersten Halbjahr dieses Jahres, Herr Hofreiter, hat sich unser Handel mit Korea um 50 Prozent gegenüber der Zeit vor dem Korea Abkommen verbessert. Die einzige Branche, die erheblich Probleme befürchtete, war die Automobilindustrie, weil man Angst hatte, dass dann zuhauf Hyundais, Kias etc. auf deutschen Straßen herumfahren würden. Das mag ja der Fall sein, aber es fahren mittlerweile deutlich mehr Mercedes, Audi und BMW in Korea als koreanische Autos hier.

Die deutsche Industrie war immer der Profiteur von Außenhandel. Das sehen Sie auch daran, dass wir mittlerweile einen Außenhandelsüberschuss, einen positiven Saldo von über 200 Milliarden Euro haben.

Wenn wir das Abkommen nicht abschließen, was passiert denn dann? Unser Export ist eine tragende Säule der deutschen Wirtschaft. Es ist einfach Unfug, zu glauben, wir könnten darauf verzichten. Wenn wir das machen würden, dann können Sie davon ausgehen, dass die deutsche Wirtschaft sehr schnell nicht mehr in der Lage sein würde, die vielen Arbeitsplätze zu stellen, die sie stellt. Gestern haben wir die tolle Zahl zur Kenntnis bekommen, dass wir nur knapp 2,7 Millionen Arbeitslose haben. Das sind immer noch zu viele. Aber auf der anderen Seite gab es seit der Wiedervereinigung noch nie so wenige Arbeits-

lose. Das ist doch eine Erfolgsstory! Darüber möchten Sie nicht reden; das kann ich durchaus verstehen. Als Opposition gefällt es einem nicht, wenn die Regierung etwas gut macht; dann ärgert einen das. Aber ich möchte das hier schon erwähnen, und ich bin stolz darauf, dass es so ist. Nur: Das hängt natürlich auch mit einem funktionierenden Export zusammen. Wenn er nicht funktioniert, dann sind rund 30 Prozent der Arbeitsplätze in Deutschland nicht nur gefährdet, sondern sie fallen weg. Gerade in der Situation, in der wir uns jetzt befinden, einer Situation, in der überall Flüchtlinge sind, brauchen wir die Integrationskraft der deutschen Wirtschaft. Wir müssen dafür sorgen, dass wir in der Lage sind, möglichst viele dieser Flüchtlinge aufzunehmen.

Deswegen sollten wir gemeinsam dafür kämpfen, dass das funktioniert. Wir sollten gemeinsam dafür kämpfen, indem wir alle Schwierigkeiten für die Wirtschaft, die da sind, jetzt aus dem Weg räumen. Das muss unsere Aufgabe sein, und diese werden wir auch erledigen. Ich weiß genau, dass wir mit den Kollegen von der SPD auf dem richtigen Weg sind. Wir werden nicht zulassen, dass Abkommen wie TTIP die ganze Zeit schlechtgeredet werden. TTIP ist eine große Chance für uns, eine Chance für Europa, eine Chance für Arbeitsplätze in Europa, eine Chance zur Sicherung von Arbeitsplätzen in Europa und für eine bessere Zusammenarbeit über den Atlantik hinweg. Daran arbeiten wir weiter.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Klaus Ernst, DIE LINKE:

## Deutschland war auch ohne TTIP und CETA Exportweltmeister



Klaus Ernst (\*1954)  
Landesliste Bayern

Herr Fuchs, Sie haben gerade eine Rede gehalten, die ich insofern fantas-tisch finde, als sie den besten Be-

weis geliefert hat, warum TTIP und CETA nicht notwendig sind.

Die Bundesrepublik Deutschland ist Exportweltmeister gewesen und hat aus Ihrer Sicht hervorragende Überschüsse; wir sehen sie problematisch. Das haben wir alles ohne TTIP und ohne CETA hinbekommen.

Wir brauchen diese Abkommen nicht. Der Export funktioniert auch ohne die Handelsabkommen, die Sie unbedingt wollen.

Ich sehe am Glitzern in Ihren Augen, wie sehr Sie sich über diese Debatte hier freuen; Sie hätten ja am liebsten, dass das ganze Thema im stillen Kämmerlein behandelt wird. Sie können sich übrigens noch viel mehr freuen, Herr

Fuchs und Herr Pfeiffer. Denn am 10. Oktober dieses Jahres werden schätzungsweise mehrere 10 000 Menschen in Berlin gegen diese Abkommen demonstrieren.

Es freut uns, dass das so ist. Ich hoffe, dass sich die Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Protest gegen Ihre Lobbypolitik für Teile der Industrie durchsetzen werden.

Meine Damen und Herren, der Antrag der Grünen ist richtig.

Ja, wir brauchen einen Neustart in der Handelspolitik. Wir brauchen das Vorsorgeprinzip. Das bedeutet, dass Produkte, die auf den Markt kommen, erwiesenermaßen unschädlich sein müssen und nicht erst hinterher nachgeschaut wird, ob es eine Schadenersatzkla-

ge gibt, wie zum Beispiel in den USA. Wir brauchen die Setzung robuster ökologischer und sozialer Standards. Das alles ist in diesem Antrag der Grünen beinhaltet. Wir haben dieselbe Position.

Wir sagen auch: All die Standards, die gesetzt wurden, übrigens auch positiv in den USA – Herr Fuchs, Sie haben hier richtige Beispiele genannt –, dürfen nicht der Handelspolitik zum Opfer fallen. In den USA bestehen dieselben Ängste wie bei uns hinsichtlich eines Abbaus der Standards. Das gilt auch für das Finanzwesen, Herr Fuchs; das wissen Sie ganz genau. Das wollen wir nicht, meine Damen und Herren.

Die Zahl der Kritiker an den Handelsabkommen nimmt immer mehr zu. Laut Wirtschaftswoche droht Frankreich jetzt damit, die Verhandlungen platzen zu lassen. Ja, die Franzosen sind mutig.

Und wie ist es bei uns? Ich möchte einmal Herrn Gabriel, unseren Wirtschaftsminister, zitieren. Er sagte hier im Plenum – Zitat –: Aber den Glauben, wir hätten es im Kreuz, gegen den Rest Europas den Investitionsschutz komplett wieder aus den Verhandlungen herauszunehmen, den habe ich nicht.

So viel Zaudern! Nun hat er doch ein breites Kreuz; er könnte es in diesen Verhandlungen doch einmal zeigen, statt sich immer bloß zu Glaubensfragen zu äußern. Ob er daran glaubt oder nicht, ist nicht die Frage. Die Frage ist, was er tut, um diese Positionen durchzusetzen, meine Damen und Herren.

Der Widerstand wird immer größer: Österreich, Frankreich und Ungarn. Wir sind in dieser Frage mit unserer Position jedenfalls nicht alleine.

Ich zitiere die Berliner Zeitung vom 11. September 2015, die die Schiedsgerichte so beschrieben hat, Herr Fuchs – das ist übrigens auch der Unterschied zu dem, was früher in den Handelsabkommen enthalten war –:

Mittlerweile hat sich eine regelrechte Klageindustrie entwickelt.

– Übrigens nicht Empörungsinindustrie, Herr Pfeiffer, sondern Klageindustrie.

Die Zahl der Klagen – vor diesen Schiedsgerichten – hat sich in den vergangenen 20 Jahren verfünffacht, mit steigender Tendenz. ... Ganz offenbar dient der Investitionsschutz nicht mehr in erster Linie dem ursprünglichen Zweck, Unternehmen vor staatlicher Willkür zu schützen. Er ist selbst zum Geschäft geworden.

Vor allem für die Beteiligten! Das ist auch ein Grund dafür, dass

wir sagen: Diese Schiedsgerichte brauchen wir nicht; sie müssen weg.

Jetzt haben wir so eine Position auch von der SPD; ich verstehe sie nicht richtig. Es wird gesagt: Wir haben mit dem internationalen Handelsgerichtshof jetzt doch eine andere Position. – Kolleginnen und Kollegen, bitte lest euch CETA durch! Da sind die Schiedsgerichte drin und nicht ein internationaler Handelsgerichtshof. Von Malmström bis Gabriel, alle sagen: Das kann nicht mehr verändert werden. – Wenn Sie diese Schiedsgerichte bei CETA akzeptieren, dann können 80 Prozent der amerikanischen Unternehmen über Kanada klagen, weil sie dort einen Standort haben.

Da 80 Prozent der Unternehmen in den USA über Kanada in Deutschland und in Europa klagen können, weil CETA die Schiedsgerichte beinhaltet, nützt Ihnen ein internationaler Handelsgerichtshof überhaupt nichts, sondern wenn Sie CETA nicht ablehnen, dann akzeptieren Sie letztendlich private Schiedsgerichte. Das ist der Zusammenhang.

Ich komme zu meinem nächsten Punkt: Selbst wenn Sie diesen internationalen Handelsgerichtshof hätten – ich gehe davon aus, dass es eine gewisse Zeit dauern wird, bis wir ihn kriegen –, hätten

Sie folgendes Problem: Auch das ist eine Sondergerichtsbarkeit. Vor diesem Gericht können nur die Unternehmen gegen die einzelnen Staaten klagen. Kein Bürger Europas hat die Möglichkeit, vor diesem internationalen Handelsgerichtshof zum Beispiel dagegen zu klagen, dass irgendein Konzern aus Amerika, aus Kanada oder sonst woher die Umwelt versaut und die Standards nicht einhält. Dafür müsste er vor ein deutsches Gericht gehen, wenn er deutscher Bürger ist. Für Franzosen und Italiener gilt das entsprechend. Das ändern Sie mit diesem internationalen Handelsgerichtshof überhaupt nicht.

Deshalb sage ich: Wir brauchen auch keinen internationalen Handelsgerichtshof; wir brauchen keine Sondergerichte. Die USA, Kanada, Frankreich, Italien und Deutschland sind Rechtsstaaten. Wenn jemand klagen will, dann soll er es da tun, wo er lebt, und damit hat sich das.

Meine Damen und Herren von der SPD, aufgrund Ihrer Frage und Ihrer Einlassung vorhin muss ich natürlich fragen: Welche Position hat eigentlich die SPD? Was will sie denn eigentlich mit diesem Schlingerkurs gewinnen? Ich kenne doch die Debatte. In der SPD

sind langsam immer mehr Leute frustriert, weil sie nicht mehr wissen, wohin Sie wollen.

Ich möchte den Vorsitzenden der IG Metall zitieren, weil immer so getan wird, als würde durch CETA Wachstum entstehen. Er hat gesagt: Da hat das Wetter mehr Einfluss auf das Wachstum als das Handelsabkommen.

Die Gewerkschaften, Sigmar Gabriel, sind euch von der Fahne gegangen. Sie demonstrieren mit uns am 10. Oktober gegen diese Abkommen. Ich weiß nicht, wo die Freunde noch sind, vielleicht bei Herrn Pfeiffer und anderen. Eigentlich ist es doch so, dass das breite Mehrheiten in der Bevölkerung inzwischen sehr, sehr kritisch sehen.

Meine Damen und Herren, wir wollen, dass es bei den Schutzvorschriften bleibt, die wir haben. Wir wollen, dass es bei unseren Regulierungen bleibt. Wir wollen nicht, dass die Regulierungen künftig nicht mehr von Parlamenten oder Regierungen ausgehen.

Dirk Wiese, SPD:

## Die Debatte braucht keine Feindbilder, sondern Argumente



Dirk Wiese (\*1983)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Lassen Sie mich für die SPD-Bundestagsfraktion zunächst Leines betonen: Ohne die vielen engagierten NGOs hätten wir heute hier im Haus keine so bewegende Debatte über das Für und Wider von Freihandelsabkommen.

Während sich früher nur eine Handvoll Spezialisten für Themen der internationalen Handelspolitik interessierte, so findet heute eine breite Diskussion darüber statt, wie wir Globalisierung gestalten wollen, und dies ist gut und richtig. Leider hat es dieses Interesse aber bei den über 100 bereits ratifizierten Freihandelsabkommen der Bundesrepublik Deutschland so nicht gegeben. Doch jetzt wird debattiert, Argumente werden ausgetauscht. Jede Diskussionsrunde hier in Berlin oder vor Ort in den

Wir wollen nicht, dass regulatorische Räte, die genauso geheim handeln und tagen werden, wie bisher dieser ganze Laden gelaufen ist, letztendlich die Geschichte bestimmen.

Ich komme zum Schluss. Wenn man sich das ganze Vertragswerk zu Kanada ansieht – und das wird die Blaupause für TTIP werden –, stellt man fest: Da sind auf der einen Seite Dinge von der Liberalisierung ausgenommen, auf der anderen Seite sind sie wieder drin. Wenn man das liest, hat man den Eindruck: Die Politik, die gemacht wird, läuft unter dem Motto: Wenn wir sie nicht überzeugen können, dann verwirren wir sie halt. Man kommt sozusagen nicht richtig an das Fleisch heran. Der eigentliche Sinn wird verschleiert. – Ich bin gleich fertig, Frau Präsidentin. – Es geht – und da hat

Herr Hofreiter vollkommen recht – nicht um die gelben oder roten Blinklichter. Es geht noch nicht einmal um das Chlorhühnchen.

Es geht darum, dass wir nicht wollen, dass Standards abgesenkt werden, dass private Schiedsgerichte Rechtsstaaten aushebeln. Vielmehr wollen wir, dass es dabei bleibt, dass die Parlamente entscheiden, welche

Regelungen wir haben.

Deshalb unterstützen wir die heutigen Anträge der Grünen, haben auch eigene vorgelegt und rufen alle Bürgerinnen und Bürger auf, am 10. Oktober mit uns gemeinsam gegen TTIP und CETA zu demonstrieren.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Wir wollen, dass es bei den Schutzvorschriften bleibt, die wir haben.**

keine Denkverbote, sondern Regeln, und zwar ganz im Sinne von Willy Brandt: „Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist, sie zu gestalten.“

Wir wollen an den Regeln aktiv mitwirken und unsere sozialdemokratischen Vorstellungen und Konzepte einbringen. Nur aktive Gestaltung und engagierte Mitarbeit ermöglichen Lösungen für unsere Bürgerinnen und Bürger: für gute Arbeitsplätze vor Ort, für eine tatsächliche Stärkung der ILO-Kernarbeitsnormen und für einen Weg hin zu einem internationalen Handelsgerichtshof bei Investitionsstreitigkeiten zwischen Rechtsstaaten, wie ihn Sigmar Gabriel vorgeschlagen hat. Dazu gehört auch – das möchte ich ausdrücklich betonen – eine umfassende Reform der Schiedsgerichtsbarkeit bei nicht vergleichbaren Rechtsstaaten. Die Ratifizierung der Mauritius-Konvention in diesem Jahr war ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

Aber wer sich nicht konstruktiv einbringt und auch nicht am Verhandlungstisch sitzt, der redet auch nicht mit.

Einfach und verführerisch klingt deshalb der Ruf „Stoppt TTIP!“. Das wäre allerdings aus meiner Sicht ein Pyrrhussieg. Würden wir

Fortsetzung auf nächster Seite

die Verhandlungen stoppen, dann gestalten zukünftig andere die Globalisierung und setzen ihre Regeln und Standards, und die EU und ihre Mitgliedstaaten würden ihren Gestaltungsanspruch aufgeben. Diese Art demonstrativer Ablehnung zeigt keine Stärke, sondern gibt einfach den Ball aus der Hand. Wir müssen aber am Verhandlungstisch mit starker Stimme präsent bleiben.

Wie geht es eigentlich bei TTIP und CETA weiter? Der heraufzie-

hende US Präsidentschaftswahlkampf bestimmt den Zeitplan. 10 von 27 Verhandlungsrunden sind gelaufen. Bis zum Jahresende wird daher ein Memorandum of Understanding angestrebt. Darin sollen der derzeitige Verhandlungsstand und etwaige Einigungen festgehalten werden. Aber es soll auch erneut deutlich gemacht werden, was nicht Gegenstand der Verhandlungen ist. Das MoU ist sehr sinnvoll, da man damit einen handfesten Zwischenstand für die

Diskussionen hat, woran sich alle handfest abarbeiten können.

CETA wird derzeit noch juristisch geprüft. Im Anschluss erfolgt die Übersetzung in die Amtssprachen der Europäischen Union. Die Resolution des Europäischen Parlaments vom Juli – noch einmal Dank an meinen Kollegen Bernd Lange; mein Kollege Martin Rosemann hat es bereits angesprochen – macht diesbezüglich klare Vorgaben und erteilt dem alten Schiedssystem eine klare Absage.

Die Reformvorschläge von Professor Dr. Krajewski im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft zeigen zudem den sozialdemokratischen Gestaltungswillen in der Debatte. Warten wir also die anstehenden Wahlen in Kanada am 16. Oktober in Ruhe ab.

Es freut mich ganz besonders – Harald Ebner hat das angesprochen –, dass auch die grün-rote Landesregierung von Baden-Württemberg einen TTIP-Beirat ins Leben gerufen hat. Sie hat sich in ih-

ren Eckpunkten klar zu den Chancen bekannt, hat aber auch aufgezeigt, wo Reformen und Änderungen in den laufenden Verhandlungen nötig sind, und dies ganz im Sinne von Sigmar Gabriel. Ich freue mich sehr, dass Winfried Kretschmann auf die Linie der SPD eingeschwenkt ist.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Joachim Pfeiffer, CDU/CSU:

## Die Empörungsindustrie ist undemokratisch organisiert



Joachim Pfeiffer (\*1967)  
Wahlkreis Waiblingen

Wenn man die Kollegen Hofreiter, Ernst und Konsorten reden hört, dann fragt man sich, worum es eigentlich geht. In der Sache geht es darum, den größten Binnenmarkt der Welt zu schaffen, der 800 Millionen Menschen umfasst, 500 Millionen aus Europa – wir haben 1992 einen vergleichbaren Binnenmarkt geschaffen, und zwar mit sehr vielen positiven Wirkungen, die hier im Haus mittlerweile von niemandem mehr bestritten werden, nicht einmal von ganz links – und 300 Millionen Amerikaner auf der anderen Seite des Atlantiks. Insgesamt werden auf diesem Binnenmarkt mehr als 50 Prozent des Weltsozialprodukts erwirtschaftet. Über ein Drittel des Welthandels wird damit umfasst. Gerade für Deutsch-

land als globalisierte Nation par excellence, die wie kein anderes Land in die Weltwirtschaft eingebunden ist, ist von zentraler Bedeutung, dass wir Freihandel, freie Regeln, Marktzugang und einheitliche moderne Standards schaffen. Es geht nicht darum, Standards abzusenken; es geht darum, Standards und Regeln zu vereinbaren,

die weltweit Vorbildcharakter haben.

Was sind die Instrumente? Sie wurden teilweise schon genannt. Es geht darum, den Marktzugang zu verbessern und Zölle, sofern noch vorhanden, abzusenken. Es geht nicht darum, Standards abzusenken, sondern darum, gleich hohe und vergleichbare Standards dort, wo es sinnvoll ist, gegenseitig anzuerkennen, genauso wie es 1992 auf dem Binnenmarkt der Europäischen Union der Fall war. Es geht nicht um Demokratieabbau, wie Sie behaupten, sondern um Bürokratieabbau und Verbesserung der Standards.

Es geht auch darum, einen Zugang – einen solchen haben wir bisher nicht – zu den Beschaffungsmärkten der öffentlichen Hand in den USA zu ermöglichen. Darüber wird verhandelt, und zwar zwischen der EU und den USA und nicht zwischen Deutschland und den USA, Herr Hofreiter. Auch Sie haben zugestimmt, dass die EU und nicht Deutschland das verhandelt. Erzählen Sie also nichts Falsches! Sie haben vorhin gesagt, dass Sie keinen Zugang zu

den Unterlagen hätten. Es verhandelt die Europäische Union mit den USA, und zwar transparent wie nie und demokratisch legitimiert. Die EU-Kommission, die auf unserer Seite die Verhandlungen

führt, wird eng begleitet vom Europäischen Parlament, das genauso demokratisch legitimiert ist wie der Deutsche Bundestag.

Ich frage Sie von der Linken und den Grünen: Wollen Sie sich in die Verhandlungen einbringen? Wollen Sie das beste Abkommen, das die besten Standards setzt und das unsere Anliegen berücksich-

tigt, oder sind Sie in Totalopposition und dagegen? Ich habe den Eindruck, dass Letzteres zutrifft. Herr Hofreiter und Herr Ernst sprachen von Bürgerinitiativen gegen TTIP. Mit Bürgerinitiativen kennen sich sicherlich manch andere besser aus als ich.

Ich jedenfalls denke, dass Bürgerinitiativen demokratisch strukturiert, legitimiert und verfasst sind. Dort kommen Bürger zusammen, die gemeinsam für eine Sache kämpfen.

Was steckt wirklich hinter diesen vermeintlichen Bürgerinitiativen, von denen Sie hier vorher gesprochen haben? Sie haben von Millionen Menschen gesprochen, die sich angeblich in der Sache bürgerschaftlich engagieren. Ich habe eher den Eindruck: Dort werden Ängste und Emotionen geweckt, bewusst bedient.

Deshalb habe ich den Begriff der Empörungsindustrie geprägt und hier auch schon mehrfach verwendet; ich will ihn an dieser Stelle ausdrücklich wiederholen.

Ich möchte das auch gern einmal mit ein paar Beispielen belegen, und zwar mit Zitaten, wie andere Kollegen das vorher auch getan haben. Zufälligerweise ganz aktuell, gestern, hat Cicero geschrieben, was sich hinter dieser Empörungsindustrie, wie ich sie nenne, verbirgt: „digitalen One-Klick-Aktivismus aus den USA nach Deutschland“ geholt. – Ich rede jetzt von Campact.

Das ist eine dieser Organisationen; andere sind Attac, Foodwatch; ich weiß nicht, ob ich es schaffe, heute auf alle einzugehen. Die kann man schön analysieren und zerlegen. Allein bei Campact „erreicht jede Aktionsmail fast 1,7 Millionen Protestwillige“. Sie nennen das „Bürgerinitiativen“. Cicero schreibt:

Von Aufklärung ist allerdings nicht viel zu sehen, stattdessen setzt Campact auf den schnellen

Protest. An die Stelle von Argumenten treten Emotionen und Angstkampagnen.

Ich führe weiter aus:

Der Etat der Organisation umfasst für das Jahr 2015 rund 6,2 Millionen Euro. Tendenz steigend. ...Rund 40 Mitarbeiter sorgen dafür, dass die Empörungsmaschine läuft. ...Und Campact braucht einen Partner, denn das Campact-Prinzip heißt: Inhaltliche Details interessieren uns nicht.

Der BUND, ver.di, die Diakonie und der Verkehrsclub Deutschland – viele große NGOs haben schon auf die Schlagkraft von Campact zurückgegriffen. Im besten Fall ist es eine Win-win-Situation, der eine liefert die Inhalte, der andere die Klick-Bataillone.

Ich kann nicht erkennen, dass sich hinter den Millionen von Klick-Aktivistinnen, allein 1,7 Millionen bei Campact, wirkliche Bürgerinteressen verbergen, Interessen von Bürgern, die auch informiert sind. Die sind vielleicht eher etwas hinter das Licht geführt worden. Das ist ja vorher schon angeklungen. Ich habe hier gerade die aktuellen Zahlen von der Europäischen Union. Es sind, wie gesagt, 1,3 Millionen, die sich in Deutschland beteiligt haben. Ein großes Thema ist zum Beispiel die Frage, ob öffentliche Dienstleistungen bzw. die öffentliche Daseinsvorsorge privatisiert werden sollen oder nicht. Über die wird ja gar nicht verhandelt. Die Dokumente von Malmström und Froman wurden gerade einmal 149 mal auf Deutsch abgerufen.

Das Konzeptpapier zum Investitionsschutz wurde seit dem 1. Januar 2015 601 mal abgerufen, das Infopapier zu CETA, von dem vorher auch gesprochen wurde, 899 mal, und, und, und. Das lässt sich fortsetzen. Ich stelle da eine gewisse Diskrepanz fest: Sie klagen Transparenz ein; diese ist aber schon vorhanden. Die Texte sind verfügbar, zwar nicht immer sofort auf Deutsch, aber die Transparenz ist da, ob man sich mit den Texten auseinandersetzt oder ob

man das nicht tut. Insofern frage ich Sie: Machen Sie sich gemeinsam mit diesen Leuten? Haben Sie Interesse an einem Abkommen, das das beste Freihandelsabkommen ist, das wir jemals hatten, oder haben Sie Interesse daran, hier mit Emotionen Angst zu schüren, um Ihr parteipolitisches Süppchen zu

kochen? Das frage ich Sie. Ich habe jedenfalls diesen Eindruck. Ich frage Sie auch: Machen Sie sich gemeinsam mit Campact und anderen wie Attac oder Foodwatch, die die Großdemonstration am 10. Oktober organisieren?

Dann führe ich weiter aus, um was es dort geht. Ich zitiere weiter:

... Campact braucht einen Partner ...Der Partner sind offensichtlich auch die Grünen und die Linken. Es ist gut, dass wir das wissen und dass Sie das auch hier für das Protokoll niedergelegt haben.

Sie sind ja immer für Demokratie. Sie sollten sich vielleicht auch einmal mit der Struktur von Campact auseinandersetzen.

In dem Verein, der in seinen Kampagnen gerne die Fahne der Bürgerbeteiligung schwingt, – ich zitiere weiter – herrscht vor allem Zentralismus. „Bürger machen selber Politik“ heißt das Motto von Campact, doch innerhalb der Organisation wird von oben nach unten durchregiert. ... Anders als beim amerikanischen Vorbild ... dürfen die Campact-Unterstützer bei der Auswahl der Kampagnen nicht mitentscheiden. Das wird sogar vom Vorsitzenden entsprechend konzediert. Er sagt ja selbstverständlich: Wir legen das fest. Er führt Campact wie ein „privates Protestunternehmen“. Und er sagt: TTIP ist unverhandelbar, da gibt es keinen Raum für Kompromisse. So sagen das auch die Linken. Bei den Grünen bin ich mir nicht ganz sicher. Man könnte auch sagen: Ein Kompromiss würde dem Geschäftsmodell schaden.

So weit das Zitat zu Campact.

Ich könnte das fortführen mit Attac. Dafür würde die Zeit nicht

**Sie sollten sich vielleicht auch einmal mit der Struktur von Campact auseinandersetzen.**

**In der Sache geht es darum, den größten Binnenmarkt der Welt zu schaffen.**

reichen. Lassen Sie mich noch etwas zu Foodwatch sagen; das ist auch so eine Spezialorganisation, bei Campact ist es übrigens ähnlich. Aber jetzt nehmen wir einmal Foodwatch. Die haben 30.000 Förderer, nicht stimmberechtigte Fördermitglieder und Einmalspender, also vor allem solche, die für die Aktivitäten dieses Unternehmens zahlen. Über die Aufnahme stimmberechtigter Mit-

glieder bestimmt der Aufsichtsrat. Der besteht aus fünf Personen. Die Zahl der stimmberechtigten Mitglieder hat Thilo Bode, der da der Vorderaktivist ist, einmal angesprochen – eine Veröffentlichung gibt es nicht –: Es sind 80. Mehr als 10 dürfen es nicht werden.

Die bestimmen sich alle gegenseitig. Mit Demokratie hat das, was diese Organisationen unter-

nehmen, nichts, aber auch gar nichts zu tun.

Jetzt frage ich mich: Lassen Sie sich vor deren Karren spannen? Sind Sie so einfach strukturiert, Herr Hofreiter, oder ist das Absicht? Dann kann sich jeder sein Bild selber machen.

Das hat mit demokratischer Legitimation überhaupt nichts zu tun. Ich stelle in der Tat die demokratische Legitimation von Cam-

pact, Attac, Foodwatch und den anderen Mitgliedern dieser Empörungswirtschaft infrage, und frage noch einmal – und darauf erwarte ich von Ihnen eine Antwort, entweder heute hier oder an anderer Stelle –, ob Sie mit denen gemeinsame Sache machen und was Ihre Intention ist. Ich will wissen, ob Sie sich in der Sache einbringen wollen, oder andere Dinge anführen. Ich glaube, Ihre Reaktion

zeigt, welch Geistes Kind Sie sind.

Bald werden Union und SPD über dieses so wichtige Abkommen mit der demokratischen Legitimation, über die sie verfügen, in Deutschland beschließen und die Europäische Union bei diesem Vorhaben unterstützen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Klaus Barthel, SPD:

## Nicht die Standards in Frage stellen



Klaus Barthel (\*1955)  
LandeslisteBayern

Wenn ich so viel Zeit hätte wie der Kollege Pfeiffer, dann müsste man sich auch einmal über Kampagnen unterhalten. Es gibt schließlich noch andere, zum Beispiel die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, in die jedes Jahr 10 Millionen Euro etwa von den Metallarbeitgeberverbänden fließen. Da müssten wir in der Tat mehr Transparenz herstellen.

Die Frage ist doch: Warum sind Millionen Menschen bereit, solche Kampagnen zu unterstützen?

Selbst wenn die Bundesregierung und die Befürworter von TTIP mit allem recht hätten, was sie sagen, müsste man sich doch fragen, warum offensichtlich so viele Menschen Ängste und Bedenken haben.

Ich glaube, mit dieser Frage müssen wir uns inhaltlich ernsthaft auseinandersetzen.

Da wir schon über Kampagnen reden, komme ich auf das Thema von vorhin zurück – das sollten wir vielleicht nicht ganz ausblenden –: Wer über Fluchtursachen und deren Bekämpfung reden will, der darf natürlich beim Thema Handelspolitik nicht schweigen.

Vieles spricht in der Tat für eine Neuorientierung unserer Außenwirtschafts- und Handelspolitik, für einen multilateralen Ansatz, für eine Nachbarschaftspolitik und für faire Regeln statt Liberali-

sierung. Deswegen halte ich die Teilnahme an der Demonstration am 10. Oktober dieses Jahres mit vielen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sowie mit vielen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern für sinnvoll.

Man muss aber schon lesen, was in dem Aufruf steht. Darin steht wesentlich mehr und etwas ganz anderes als das, was von den Grünen und den Linken vorgetragen wird. Dort heißt es zum Beispiel: Wir treten für internationale Abkommen ein, die die Umwelt- und Sozialstandards erhöhen, statt sie zu senken. Wir treten für Abkommen ein, die Arbeitsstandards wie die Kernarbeitsnormen festschreiben. Wir treten für eine Stärkung der Daseinsvorsorge, für kulturelle Vielfalt ein. Das heißt also: Wir sind für eine Gestaltung durch Verträge und Abkommen; denn wenn wir die nicht haben, dann bestimmen die Märkte, was in dieser Welt passiert.

Dem werden die hier vorgelegten Anträge bei weitem nicht gerecht; denn darin wimmelt es von Widersprüchen. Um ein Beispiel zu geben, möchte ich aus dem neuen Antrag der Grünen zitieren. Ich weiß nämlich nicht, ob Sie das Zeug lesen, was Sie hier vorlegen.

In ein und demselben Absatz heißt es dort einerseits, Sie seien für „robuste ökologische und soziale Standardsetzung“, und zwar auf höchstem Niveau. Zwei Sätze weiter heißt es zum Thema „Exportchancen von Entwicklungsländern“ andererseits – ich zitiere –: Ihre wirtschaftliche Entwicklung könnte dadurch gehemmt werden, dass zwischen Industriestaaten Standards festgelegt werden, die ihre Teilnahme am Markt enorm erschweren.

Das ist ein Widerspruch. Das fällt Ihnen aber gar nicht auf, und Sie lösen das im Antragstext auch nicht auf. Sie lehnen Living Agreements und regulatorische Kooperationen ab. Weiter heißt es im Text: Angesichts zukünftiger He-

rausforderungen dürfen politische Handlungsspielräume für zusätzliche Regulierungen nicht erschwert werden, um ein Überleben zukünftiger Generationen innerhalb der planetaren Grenzen sicherzustellen.

Der nächste Satz lautet dann:

Die Europäische Handelspolitik sollte sich stattdessen die robuste Standardsetzung auf internationaler Ebene zum Ziel setzen ...

Okay. – Aber ich frage Sie: Wie soll das gehen ohne regulatorische Kooperationen, ohne Living Agreements?

Lösen wir die planetaren Probleme durch nationale Regulierungen? Das frage ich Sie im Ernst.

Auch hier lösen Sie den Widerspruch nicht auf, indem Sie nach Wegen suchen, zum Beispiel die regulatorische Kooperation demokratisch auszugestalten und parla-

mentarische Beteiligung sicherzustellen und die Regeln und Ziele zu definieren, die mit der regulatorischen Kooperation erreicht werden sollen.

So geht es weiter; Sie hätten stehen bleiben können. Ihr Antrag trieft vor deutscher und europäischer Selbstgerechtigkeit, als hätte es nie Gammelfleisch, die bayerischen Eier, BSE, das Pferdefleisch und VW gegeben. Überall geht es nur darum, unsere Standards zu behaupten. Wäre es denn nicht besser, den jeweils höheren Standard zur gemeinsamen Norm zu machen, anstatt zweimal wirkungslos zu kontrollieren, wie es sich jetzt bei VW herausgestellt hat?

Das Gleiche gilt leider auch für die Anträge der Linken. Vieles ist überholt. Die Reden, die hier manchmal gehalten werden, hätte man vor einem Jahr hören können. In puncto Streitbeilegung zum Beispiel hat sich die Zeit geändert. Wenn ich zuerst lese, dass wir CETA ablehnen sollen, und einige Zeilen weiter steht, dass wir möglichst schnell eine deutsche Übersetzung auf den Tisch legen sollen, dann frage ich mich: Warum soll man das Abkommen

übersetzen lassen, wenn Sie es eh ablehnen?

Ähnlich ist es im Antrag der Grünen auf Drucksache 18/2620. Dort steht zuerst, dass wir CETA ablehnen sollen, und anschließend, dass wir das ISDS herausnehmen sollen. Was soll das eigentlich?

Alles in allem gibt es keinen Gestaltungsansatz. Die Anträge bleiben auch hinter dem zurück, was wir gemeinsam – die Sozialdemokraten, die Grünen und die Christdemokraten – im Europäischen Parlament beschlossen haben. Daran aber sollten wir, wie ich finde, im Sinne eines konstruktiven Ansatzes weiterarbeiten.

An unseren Koalitionspartner habe ich die Bitte: Sie sagen ja, dass Sie sich für gute Standards einsetzen und sie erhalten wollen. Aber dann nehmen Sie bitte nicht jede Gelegenheit wahr, erreichte Standards und soziale Leistungen wie zum Beispiel den Mindestlohn infrage zu stellen. Ansonsten wird sich das Misstrauen weiter erhöhen.

(Beifall bei der SPD)



Protest: Abgeordnete des Bundestages forderten vergangene Woche Leserecht für die TTIP-Unterlagen.

Barbara Lanzinger, CDU/CSU:

## Es gibt eine gezielte Desinformationskampagne



Barbara Lanzinger (\*1954)  
Landesliste Bayern

Nicht erst seit Monaten, sondern seit mehreren Jahren wird das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA sehr kontrovers und sehr hitzig, wie wir es gerade wieder erlebt haben, diskutiert – ein Abkommen, mit dem wir – davon bin ich und sind sehr viele überzeugt – eine der wichtigsten wirtschaftlichen Entscheidungen der nächsten Jahre treffen und treffen müssen. Es ist doch unbestreitbar, dass ein solches Abkommen mit zwei technisch und wirtschaftlich hochentwickelten Industriestaaten mit Herausforderungen verbunden ist. Hochentwickelte Strukturen führen zu einer erhöhten Komplexität. Hochentwickelte Strukturen können zusammengeführt werden und somit auch zu mehr Synergien führen. Genau das ist unser gemeinsames Ziel.

Ein Stopp der Verhandlungen, wie es die Linke fordert, ist sicherlich der falsche Weg. Hochemotionale und überhitzte Debatten bringen uns nicht weiter. Notwendig sind sachliche und inhaltlich richtige Diskussionen. Wir müssen klug abwägen und uns unserer ökonomischen, politischen und auch gesellschaftlichen Verantwortung bewusst sein.

Sachlich und inhaltlich richtig ist, dass der Kern dieses Abkommens die Abschaffung von Handelshemmnissen ist, mit dem Ziel, unsere Wirtschaft international zu stärken. Wie wichtig dies vor allem für die Gesellschaft eines Landes ist, liegt bereits in unserer Geschichte begründet; darauf gehe

ich gerne ein. Freier Handel ist die älteste Form des Wirtschaftens und seit Jahrhunderten das wichtigste Instrument für mehr Wachstum, Bildung und Beschäftigung. Handel ist auch der Ursprung für die Rechtsregeln in unserem Geschäftsverkehr. Ohne Handel würde es unseren heutigen Wohlstand so nicht geben.

Deshalb ist das Abkommen so wichtig für unsere Wirtschaft und für unseren gesamten Wirtschaftsraum.

Vor allem Deutschland hat einen unschlagbaren Vorteil im globalen Wettbewerb. Es hat Gott sei Dank immer noch einen starken Mittelstand, im Ausland bewundert und geschätzt. Nach wie vor gilt dieser Mittelstand als Jobmotor Nummer eins, als Treiber für Innovationen und schlicht als das Rezept für den Erfolg der deutschen Wirtschaft. Daher ist es besonders wichtig, EU weit nichttarifäre Handelshemmnisse abzubauen sowie regulatorische Vorschriften zu harmonisieren und gegenseitig anzuerkennen. Das Ergebnis muss sein, die internationalen Aktivitäten unseres Mittelstandes weiter zu fördern und auszubauen. Nur die Zölle abzuschaffen, reicht nicht aus. Dadurch hätten vor allem unsere KMUs, die kleinen und mittelständischen Unternehmen, mit ihrer hohen Qualität und Kompetenz so gut wie keine Vorteile oder Wachstumseffekte.

Das DIN, das Deutsche Institut für Normung, hat es einmal auf den Punkt gebracht: Normen sind die Sprache der Wirtschaft. – Wir sollten und müssen das Steuer ergreifen und die europäischen Normen die Sprache der Weltwirtschaft werden lassen. Das geht aber nicht im Alleingang oder durch rein europäische Aktivitäten, sondern nur gemeinsam. Es ist eine Schwarzmalerei, ständig von der Absenkung der Standards zu sprechen. Weder die USA noch die EU haben dies nötig. Beide Industriegesellschaften zusammen erwirtschaften immerhin 50 Prozent des gesamten internationalen Bruttoinlandsprodukts.

Handel, und zwar nicht nur regional, sondern auch international, ist eines unserer wichtigsten Güter – ein Gut, das leider seit TTIP und CETA – das sage ich ganz bewusst – von einigen Gruppierungen, zu denen ich nicht nur Verbände, sondern auch die Fraktionen der Linken und der Grünen zähle, grundsätzlich infrage gestellt wird. Allen, die Unheil

und Geister heraufbeschwören, sage ich ganz deutlich: Es geht um mehr als politische und ideologische Diskussionen. Wir haben eine gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen, und zwar für alle.

Gerade deshalb ist es wichtig, sorgfältig und differenziert, vor allem sachgerecht zu diskutieren, statt Stimmungsmache zu betreiben und gezielt Desinformationskampagnen zu führen.

Das möchte ich an zwei Beispielen verdeutlichen:

Erstens. Das internationale Schiedsgerichtsverfahren ist kein Verfahren, das neu zum Tragen kommt, sondern wird bereits vielfach in internationalen und europäischen Abkommen angewendet. Die EU-Mitgliedstaaten haben 1 400 Investitionsschutzabkommen vereinbart, die zu 95 Prozent einen Investorenschutz nach dem internationalen Schiedsgerichtsverfahren vorsehen, so zum Beispiel beim 1994 unterzeichneten Energiecharta-Vertrag.

Dem Energiecharta-Vertrag gehören neben der Europäischen Union auch Länder wie Japan, Russland oder auch Australien an. Haben Sie da jemals Beschwerden gehört? Haben Sie gehört, dass das Schiedsverfahren Schwierigkeiten bereitet?

Nein, und das, obwohl es bei diesem Abkommen um ein wesentliches Gut, die Energie, geht und das Verfahren exakt das gleiche ist. – Erfunden hat das Investitionsschutzabkommen im Übrigen Deutschland vor rund 50 Jahren, um das deutsche Kapital im

Ausland zu schützen. Und es sind beileibe nicht die Amerikaner, die weltweit am meisten klagen, also die aktivsten Kläger sind; die Klagen der USA machen gerade einmal 22 Prozent aus. Vielmehr sind es die Europäer, die am meisten klagen; auf sie entfallen 53 Prozent aller Klagen. In diesem langen Zeitraum gab es außerdem nur drei Klagen gegen Deutschland.

Man muss wirklich die Kirche im Dorf lassen. Ja, wir müssen das Investitionsschutzrecht sicherlich modernisieren – da gebe ich allen recht –; aber TTIP bietet eine Chance, verschiedene Verbesserungen zu erreichen, zum Beispiel klare Regeln für die Zusammensetzung und die Funktionsweise der Schiedsgerichte.

Desinformationskampagne Nummer zwei: mangelnde Transparenz. Die EU-Kommission informiert regelmäßig das Parlament und die EU-Mitgliedstaaten; das wurde heute schon erwähnt. Zudem gibt es zahlreiche Informationsveranstaltungen und -plattformen, darunter auch eine der CDU, auf denen ausschließlich über die Inhalte und den aktuellen Sachstand bei TTIP informiert wird. Nennen Sie mir ein Abkommen, das transparenter verhandelt worden ist! Die Beschuldigungen, dass Verhandlungsergebnisse verschleiert werden und die Öffentlichkeit nicht ausreichend eingebunden werde, sind falsch.

Wenn man die Pressemeldungen, die Informationen der Medien und die Demonstrationen verfolgt, dann kann man sicher sein, dass das Misstrauen gegenüber TTIP durch – auch das sage ich ganz bewusst – antikapitalistische und antiamerikanische Gruppierungen hervorgerufen und verbreitet wird.

Einigen professionellen Protestorganisationen scheint es nicht

um die Sache zu gehen, sondern einzig darum, das Abkommen aus Prinzip zu verhindern.

Diesen Eindruck gewinnt man.

Ich finde es schon erstaunlich, dass das Handelsabkommen der EU mit Vietnam, das kurz vor seinem Abschluss steht, noch niemals Anlass für Anträge oder Kampagnen war; ich habe jedenfalls nichts davon gehört. Bei diesem Abkommen mit einem südostasiatischen Land gibt es aber hinsichtlich der Standards ein weitaus größeres Gefälle zu überwinden als bei TTIP.

Freie Meinungsäußerung ist unser höchstes Gut. Das ist tagtäglich hörbar und unübersehbar. Schlimm und absolut nicht hinnehmbar – auch das ist mir wichtig zu erwähnen – ist für mich, wenn dieses hohe Gut dazu missbraucht wird, um bei den Menschen ganz gezielt Ängste zu schüren. Unsere Aufgabe als Politiker – ich komme zum Schluss – ist es vielmehr, zu erklären, aufzuklären und die Befürchtungen der Bürgerinnen und Bürger, die durchaus vorhanden sind, ernst zu nehmen. Wir müssen mit allen Bürgerinnen und Bürgern einen vertrauensvollen und sachlichen Dialog führen und ihnen in persönlichen Gesprächen die vorhandenen Ängste und Sorgen nehmen.

Für mich und für uns alle gilt: Wir müssen mit offenem Visier kämpfen, dürfen uns nicht von der Stimmungsmache treiben lassen, müssen den Fakten ins Auge blicken und diesem Abkommen, das mehr Vorteile als Nachteile bietet, offen gegenüberstehen. Wir sollten dieses Abkommen beschließen, gemeinsam mit unseren Bürgerinnen und Bürgern.

(Beifall bei der CDU/CSU)



Unterschriftensammlung gegen das Freihandelsabkommen

© picture alliance/dpa-Zentralbild

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Es sprachen außerdem Sigmar Gabriel (SPD), Alexander Ulrich (Die Linke), Andreas G. Lämmel (CDU/CSU), Katharina Dröge (B90/Die Grünen) und Rainer Spiering (SPD).

leicht  
erklärt!

# Frei-Handels-Abkommen

## Was ist das?



### Einleitung



Die Europäische Union und die USA reden im Moment über einen bestimmten Vertrag.

Der Name von dem Vertrag ist: TTIP.

Das spricht man ungefähr: Tie-Tipp.

TTIP ist eine besondere Art von Vertrag.

In schwerer Sprache nennt man ihn: Frei-Handels-Abkommen.

In diesem Text steht, was ein Frei-Handels-Abkommen genau ist.

### Was ist Handel?



„Handel“ ist schwere Sprache. Damit meint man das Kaufen und Verkaufen von Gegenständen.

Einen Gegenstand, den jemand kauft oder verkauft, nennt man in schwerer Sprache auch: Ware.



Alle Menschen machen beim Handel mit.

Zum Beispiel, wenn sie in einem Geschäft etwas kaufen.

Aber auch Firmen machen beim Handel mit.

Denn auch sie kaufen und verkaufen Waren.

### Probleme beim Handeln

Handel kann innerhalb von einem Land stattfinden.

Er kann aber auch zwischen mehreren Ländern stattfinden.

Zum Beispiel:



Eine Firma aus den USA möchte ihre Waren in Geschäften in Deutschland verkaufen.

Das ist manchmal nicht ganz einfach.

Denn in verschiedenen Ländern gibt es verschiedene Regeln für den Handel.

Hier ein paar Beispiele:

### Zoll

Eine Firma möchte ihre Waren in einem anderen Land verkaufen.



Manchmal muss sie dem Land dafür Geld geben.

Dieses Geld nennt man in schwerer Sprache: Zoll.

Das Zoll-Geld muss die Firma wieder verdienen.

Sie muss also ihre Waren teurer machen.

Dann kaufen aber vielleicht weniger Leute die Waren.

Also verkauft die Firma lieber nicht in dem anderen Land.

### Nicht alles darf man überall verkaufen



In manchen Ländern darf man bestimmte Waren gar nicht verkaufen.

Sie sind verboten.

Oder man darf nur eine bestimmte Anzahl verkaufen.

Die Anzahl legt das Land fest.

### Gute Waren

In den meisten Ländern darf man Waren nur verkaufen, wenn sie eine bestimmte Qualität haben.

Zum Beispiel in Deutschland:

- Maschinen darf man nur verkaufen, wenn sie niemanden verletzen können.
- Nahrungs-Mittel darf man nur verkaufen, wenn sie keinem Menschen schaden können.
- In Spielzeug darf nichts sein, was Kinder krank machen könnte.



Eine Firma aus einem anderen Land möchte in Deutschland Waren verkaufen.

Dann muss sie sich an die Regeln von Deutschland halten.

Und eine Firma aus Deutschland muss sich an die Regeln von anderen Ländern halten.

Manchmal gibt es zu viele Regeln.

Dann lohnt es sich für die Firmen nicht mehr, Waren in anderen Ländern zu verkaufen.

Das ist dann schlecht für den Handel auf der Welt.



### Was ist Frei-Handel?

Das schwere Wort „Frei-Handel“ bedeutet:

Es soll möglichst wenige Dinge geben, die das Handeln schwerer machen.

Es soll also zum Beispiel kaum Zölle geben.

Und möglichst wenige Verbote.

Und viele Länder sollen die gleichen Regeln für die Qualität von ihren Waren haben.

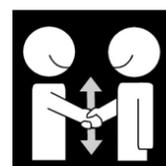
Damit Firmen so viel in anderen Ländern handeln können wie möglich.

### Frei-Handels-Abkommen

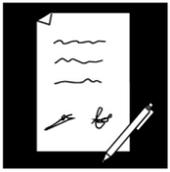
Deswegen schließen Länder Frei-Handels-Abkommen.

Darin legen sie fest: Das Handeln soll so einfach wie möglich sein.

Und es soll gemeinsame Regeln geben.



## Frei-Handel früher



Frei-Handels-Abkommen gibt es schon sehr lange.

Das erste gab es vor fast 7-Hundert Jahren.

Genauer: Im Jahr 1353.

Und zwar zwischen England und Portugal.

## Was bringt Frei-Handel?



Es gibt verschiedene Ideen, warum Frei-Handel gut ist.

Zum Beispiel:

In einem Geschäft können wir sehr viele verschiedene Dinge kaufen.

Diese vielen Dinge können wir aber nicht alle in Deutschland herstellen.

Zum Beispiel, weil es zu teuer ist.

Wir müssen sie also in einem anderen Land kaufen.

Dafür kann eine Firma in Deutschland vielleicht Dinge herstellen, die das andere Land nicht herstellen kann.

Das Land kauft diese Dinge also bei uns.

Das ist gut für beide Länder.

Denn:

Es wird mehr gehandelt.

Dadurch müssen Firmen mehr Dinge herstellen.

Mehr Menschen bekommen deswegen Arbeit.

Und sie verdienen auch mehr Geld.

Außerdem ist die Auswahl in den Geschäften größer.

Und die Dinge kosten nicht so viel.



Aber:



Manche Menschen sagen auch: Frei-Handel ist nicht gut.

Denn:

Manche Länder können bei den Abkommen mehr mit-bestimmen als andere.

Deutschland könnte zum Beispiel sagen: Das andere Land muss sich an die Regeln von Deutschland halten.

Sonst darf es hier keine Waren verkaufen.

Kleinere Länder können sich dagegen kaum wehren.

Sie haben dann vielleicht Nachteile durch das Abkommen.

## Frei-Handel weltweit

Inzwischen gibt es sehr viele Frei-Handels-Abkommen auf der Welt.

Zum Beispiel von der Europäische Union.

Sie hat Verträge mit über 1-Hundert anderen Ländern.

Und mit über 40 anderen Ländern spricht sie im Moment darüber.



## Die WTO

Frei-Handel auf der ganzen Welt zu machen ist schwierig.

Darum haben sich viele Länder zu einer Gruppe zusammen-gegan.

Der Name der Gruppe lautet kurz: WTO.

Das ist die Abkürzung für den englischen Namen von der Gruppe.

Auf Deutsch heißt sie: Welt-Handels-Organisation.



Die WTO soll den Handel für alle ihre Mitglieder leichter machen.

Und sie soll verhindern, dass es zwischen ihnen Streit gibt.

Bei der WTO machen im Moment 161 Länder von der Erde mit.



Auf der Erde gibt es ungefähr 190 Länder.

Die meisten Länder sind also in der WTO.

## TTIP

Ein Beispiel für ein Frei-Handels-Abkommen hat als Abkürzung den Namen: TTIP.

Das spricht man ungefähr: Tie-Tipp.

Denn das ist die Abkürzung für den englischen Namen von dem Abkommen.

Auf Deutsch heißt es: Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft.



TTIP ist ein Frei-Handels-Abkommen zwischen der Europäischen Union und den USA.

Durch TTIP soll es den Menschen in der Europäischen Union und in den USA besser gehen.

Denn:

- Es soll mehr gehandelt werden.
- Dadurch soll es mehr Arbeits-Plätze geben.
- Und die Menschen sollen mehr Geld haben.

Viele Leute sind darum für TTIP.



Es gibt aber auch Leute, die TTIP nicht gut finden.

Vor allem in der Europäischen Union.

Sie sagen zum Beispiel:

- TTIP macht die Situation von Arbeit-Nehmern schlechter.
- Die Qualität von unseren Waren wird schlechter.
- Niemand weiß genau, was in dem Vertrag steht.



Noch sprechen die Länder über TTIP.

Das heißt, das Abkommen ist noch nicht unterschrieben.

Bis dahin wird noch einige Zeit vergehen.

Und das, was in TTIP steht, kann sich noch ändern.

Weitere Informationen in leichter Sprache gibt es unter:  
[www.bundestag.de/leichte\\_sprache](http://www.bundestag.de/leichte_sprache)

## Impressum

Dieser Text wurde in leichte Sprache übersetzt von:



**Nachrichten  
Werk**

[www.nachrichtenwerk.de](http://www.nachrichtenwerk.de)

Ratgeber Leichte Sprache:  
<http://tny.de/PEYPP>

Die Bilder sind von Picto-Selector und:  
Titelbild: dpa/picture-alliance

Beilage zur Wochenzeitung  
„Das Parlament“ 41-42/2015

Die nächste Ausgabe erscheint am  
19. Oktober 2015